PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 21.10.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

23. Oktober 1975 Jg. 3 Nr. 42 50 Pfennig

Ob CDU/CSU, FDP oder SPD:

Die Parteien streiten um ein Programm gegen die Massen

Der Krach innerhalb und zwischen den bürgerlichen Parteien entwickelt sich weiter. Der CDU-Vorsitzende Kohl konnte in der letzten Woche nur mühsam eine Audienz beim CSU-Vorsitzenden Strauß bekommen. Und während die beiden über erfolgreiche Beilegung der Differenzen verlautbarten, erschien der "Bayernkurier" erneut mit einem Leitartikel gegen den CDU-Generalsekretär Biedenkopf, dem vorgehalten wurde, eine schädliche Debatte angezettelt zu haben, "um einen möglichen 'Standort' (von CDU/CSU) 'links von der Mitte' " und damit Unklarheit geschaffen zu haben.

Der FDP-Vorsitzende Genscher erklärte, der Bestand der Regierungskoalition sei in Frage gestellt, wenn die SPD Forderungen nach Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige und nach Investitionskontrolle beschließe.

Und auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD antwortete ihm der SPD-Vorsitzende Brandt, die SPD bedürfe keiner wirtschaftspolitischen Schulmeistereien. Kaum hatte Brandt den Parteitag verlassen, schlugen dort die Wellen hoch, und einer der Vorstandskandidaten fiel bei den Wahlen durch.

Die Krise zwingt zum Manövrieren

Das ist die eine Seite der gegenwärtigen Entwicklung: Die tiefe und anhaltende Krise zwingt die Parteien, Stellung zu nehmen und zu manövrieren, um von dem vorher mehr oder weniger von allen vertretenen Reformgerede wegzukommen. Das geschieht in heftigen Auseinandersetzungen gegeneinander, wobei die CDU nicht müde wird, der SPD ihre alten Sprüche als Sünden der Vergangenheit vorzuhalten. Worauf die SPD damit antwortet, daß fast alle Gesetze der letzten sechs Jahre auch mit den Stimmen der CDU beschlossen worden seien.

Ein gemeinsames Programm zeichnet sich ab

Alle gemeinsam streben sie hin auf ein Programm des westdeutschen Finanzkapitals in der Krise. Feste Konturen eines solchen Programms zeichnen sich im Streit der Parteien immer deutlicher ab. In der Bundestagsdebatte am 15. Oktober über das Haushaltsstrukturgesetz war zwischen den Parteien überhaupt nicht mehr umstritten, daß arbeitslose Lohnabhängige auch eine ihrer "bisherigen Tätigkeit nicht entsprechende Beschäftigung anzunehmen haben", anderenfalls ihnen das Arbeitslosengeld gestrichen wird. Nicht umstritten war, daß im öffentlichen Dienst länger gearbeitet werden und die auf 62 Jahre vorgezogene freiwillige Altersgrenze auf 63 hinausgeschoben werden soll. Nicht umstritten war die Streichung der Graduiertenstipendien und ihre Umstellung auf Darlehen, war die Kürzung von Kurmaßnahmen nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Einwände der CDU

Bedenken machte die CDU geltend gegen die Streichung der Regelbeförderung im öffentlichen Dienst, gegen die Streichung von Ortszuschlägen bei Ehegatten im öffentlichen Dienst, bei der Kürzung der BAFöG-Zahlungen an die Studenten, bei der Verringerung der Spar- und Wohnungsbauprämien, der Kürzung der Antragsfrist für Lastenausgleichszahlungen, der Streichung des Aufwertungsausgleichs für die Landwirte und bei der Verringerung des Steuerprivilegs für Sparkassen und Kreditinstitute.

Welcher Art diese Bedenken sind, machte der Abgeordnete Althammer (CDU/CSU) deutlich, als er die Situation der Jugendlichen beklagte, die nach Beendigung ihrer Ausbildung laut Gesetzentwurf der Regierung "nicht mehr die Möglichkeit haben, in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu kommen. Man muß sich einmal die Situation dieser jungen Menschen vorstellen, die dann im Notfall eben sofort zum Sozialamt gehen müssen."

Fortsetzung S. 2

Furcht vor dem Kampf der Arbeiter

Dieter Kirchner, Doktor und Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, will in der Tarifpolitik so eine Art Unternehmensversicherungsvertrag durchsetzen; Helmut Schmidt, Bundeskanzler, will die Lohnquote drücken, um die Investitionsquote zu heben; Graf Lambsdorff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP, fordert von den Arbeitern Lohnverzicht, um die Gesellschaftsordnung zu retten. Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, äußert: *"Es steht uns nichts Gutes bevor, wenn der Tanz losgeht, auch nicht in der öffentlichen Meinung."* (Frankfurter Rundschau, 1. Oktober)

Frech treten die Vertreter der Kapitalistenklasse auf. Aber ihre Selbstsicherheit ist nur vorgespielt. Sie wissen, daß sie durch die Hände der Arbeiter gefüttert werden und daß die Arbeiter diese Ernährung einstellen können. Ein Dr. Kirchner wird dann erleben müssen, daß nicht er Herr der Produktion ist, sondern die Arbeiter, daß es ihre Arbeit ist, die die Produktion am Laufen hält und nicht er und seine Kumpane. Dies weiß der Herr Doktor, deshalb hat er jetzt so starke Worte, um es möglichst nicht zu dieser Auseinandersetzung kommen zu lassen. Er hofft durch seine Ansprachen und Interviews über Abbau der Arbeitslosigkeit durch Lohnraub, die Arbeiter am Kampf zu hindern.

Desgleichen die bürgerlichen Politiker. Graf Lambsdorff versucht, die [illegible] Arbeiter, die etwas Positives an der bürgerlichen Demokratie sehen, zu schrecken. Ein Streik könnte die ganze Gesellschaft durcheinander bringen und den revolutionären Kräften die Möglichkeit zum Umsturz geben. Graf Lambsdorff weiß, wenn die Arbeiter kämpfen, erfahren sie, welche Kraft sie tatsächlich haben, daß ihre Lage nicht unabänderlich ist, daß es nur an ihnen liegt, eine Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen.

Schmidt, Wehner und die anderen sozialdemokratischen Regierungspolitiker hoffen mit der Treue zur Regierung die Arbeiter fesseln zu können. Ein Streik könnte der Regierung den Kopf kosten, lassen sie erkennen und meinen, die sozialdemokratischen Arbeiter würden darauf reinfallen, daß durch Stillhalten eine Regierungsübernahme durch die Reaktionäre von der CDU/CSU verhindert werden kann.

Ihr Spiegelbild findet diese Politik in den Gewerkschaftsvorständen. Wenn Loderer sagt, es steht uns nichts Gutes bevor, wenn der Tanz losgeht, dann tritt er auf als einer, der auf der Seite der Arbeiter steht und warnend sagt: Kollegen, es gibt harte Zeiten, wenn wir unsere Forderungen durchsetzen werden.

In der Tat werden es harte Zeiten. Weil dieArbeiter in einem Streik die ganze bürgerliche Klasse gegen sich haben. Für Loderer resultiert daraus nicht, daß Vorbereitungen getroffen werden müssen für diesen Kampf, sondern daß zurückgesteckt werden muß, weil die Arbeiter zu schwach seien, wie er sagt. Dahinter steckt Methode, wenn Loderer als Warner in den eigenen Reihen auftritt. Auch er weiß, daß die Kraft der Arbeiter als produzierende Klasse nicht gefesselt werden kann, wenn sie ihre Einheit im Kampf herstellen.

Weil er das weiß, tritt er frühzeitig auf, um vor der Übermächtigkeit des Feindes zu warnen. Alle, die ihm und seinesgleichen entgegentreten, sollen dann die *Abenteurer* sein oder bestenfalls *Illusionäre*, die es zwar gut meinen, aber dumm und damit gefährlich sind.

Alle bürgerlichen Vertreter, die jetzt das Wort ergreifen, fürchten, daß sich die Erkenntnis unter den Arbeitern verbreitet: daß der Lohn der Preis ihrer Arbeitskraft ist, um den sie kämpfen müssen. Egal in welcher Lage sich der Kapitalismus befindet, weil die Kapitalisten ständig diesen Preis drücken wollen. Die bürgerliche Klasse sieht mit Sorge, daß die selbständigen Widerstandsaktionen und Streiks der Arbeiter in Klein- und Mittelbetrieben, in einzelnen Abteilungen zunehmen, daß es ihnen nicht gelungen ist, sie zu unterdrücken. Die bürgerliche Klasse kennt diese Zeichen, und sie kann nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse sie auch erkennt.

Portugal

Erfolg für rebellierende Soldaten/ Neue Koalitionen in Vorbereitung

Der Revolutionsrat hat am 17.10. ein Gesetzesdekret erlassen, das viele an die Lage in Chile vor dem Putsch Pinochets zurückdenken läßt. Alle Waffen, die in privatem Besitz sind, sollen zurückgegeben werden. Nach Ablauf von acht Tagen werden diejenigen, die die Waffen besitzen, mit Gefängnis von zwei bis zehn Jahren bestraft oder mit einer Strafzahlung von bis zu 100 000 DM belegt. Es wird verschärft nach Waffen im Besitz der Arbeiterkommissionen und der revolutionären Gruppierungen gefahndet werden.

Dieses Dekret richtet sich nicht gegen die in Portugal operierenden bewaffneten faschistischen Kommandos der ELP. Es richtet sich vielmehr gegen diejenigen Arbeiter und Revolutionäre, die sich bewaffnet haben, weil sie wissen, daß man sich im Kampf gegen den Faschismus auf den bürgerlichen Staat nicht stützen kann. Gleichzeitig läuft seit einiger Zeit Rekrutierung von Söldnern der Interventionstruppe AMI.

So wird neuerdings eine zirka 1 600 Mann starke Kampftruppe aus alten Kolonialkämpfern zusammengestellt, die ein Gehalt von über 500 DM beziehen, während portugiesische Wehrpflichtige einen Sold von knapp 30 DM monatlich haben. Auf die Frage, warum nicht die jetzt dienenden Soldaten in die AMI eingeordnet werden, meinte einer der mit der Anheuerung Betrauten: "Die taugen nichts, es fehlt ihnen der alte Geist, den nur die Veteranen des Afrikafeldzuges haben." Was ist das für ein alter Geist? Es ist die Söldnermentalität, die bedenkenlos die Waffe auf die Arbeiter und das Volk richtet.

Rebellierende Soldaten setzen ihre Forderungen durch

Dieser Geist geht den jungen Soldaten heute vielfach ab, die sich in den Kasernen gegen die faschistische Reglementierungsordnung und gegen die reaktionären Offiziere wenden. Die sich an die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Ausbeuter und Unterdrücker stellen. Da diese Soldaten im bürgerlichen Heer heute in der Mehrzahl sind und ihre Bewegung wichtige Siege erzielt hat, geht der bürgerliche Staat daran, sich besondere Söldnertruppen gegen das Volk zu schaffen.

Die Soldaten der Artilleriekaserne RASP, die gemeinsam mit den Soldaten aus vielen umliegenden Kasernen in Pôrto ihr Quartier besetzt gehalten und die Forderung nach Wiedereröffnung der CICCA-Kaserne aufgestellt hatten, haben solch einen wichtigen Sieg in der vergangenen Woche errungen. Generalstabschef des Heeres Fabiao mußte ihren Forderungen nachgeben. Die CICCA-Kaserne wird wieder eröffnet und Fabiao mußte sein Wort geben, daß auf keinen an der Besetzung beteiligten Soldaten Repressionen zukommen würden.

Das hat dem General Fabiao die Kritik vieler seiner Kollegen eingetragen, die es lieber gesehen hätten, wenn hier ein Exempel statuiert worden wäre. Heute sprechen viele reaktionäre Offiziere offen von der baldigen Absetzung General Fabiaos. Jaimes Neves, der in letzter Zeit durch Einsätze gegen das Volk bekannt geworden ist, sagte: "Ich glaube, der General Fabiao ist heute sehr müde, er muß sich zur Ruhe setzen." Es wäre nicht verwunderlich, wenn Fabiao während seiner Reise in die BRD, die er Ende des Monats auf Einladung der Bundeswehrführung unternimmt, in Lissabon durch einen härteren Mann abgelöst wird.

Fortsetzung S. 3

CDU bringt eigenen Entwurf zum § 218 ein. Neues parlamentarisches Manöver

Die CDU hat am 21. Oktober einen eigenen Gesetzentwurf zum § 218 herausgebracht. Sieht der SPD/FDP-Entwurf vor, über die sogenannte soziale Indikation die Ärzteschaft als Familienpolizei einzusetzen, so hat die CDU beschlossen, diesen Familienpolizisten strengste Vorschriften zu geben. Eine soziale Indikation soll erst dann vorliegen, wenn aus seelischen oder körperlichen Gründen eine direkte Gefährdung der Gesundheit der Frau zu befürchten ist. Auch sollen die Ärzte, die Familienpolizei spielen dürfen, speziell ausgesucht werden, damit für jeden einzelnen die Polizeihundeeigenschaft garantiert ist. – Die CDU hat sich damit doch noch für eine erneute parlamentarische Intrige entschlossen. Der Widerspruch der Volksmassen gegen den § 218, der droht, sich gegen Parlament und Verfassungsgericht zu entwickeln, soll an einem parlamentarischen Widerspruch zwischen CDU- und SPD-Entwurf aufgehängt und zersplittert werden.

10 Tote bei "Reforger 75"

Das Manöver "Reforger 75" hat bereits in der ersten Woche eine "ungewöhnlich hohe Zahl von Todesopfern" gefordert (Süddeutsche Zeitung, 20.10.). Bei Unfällen sind zehn Menschen getötet worden, 30 wurden verletzt. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem US-Militärlastwagen und einem deutschen Pkw starben die beiden Pkw-Insassen an der Unfallstelle. Ein Panzer stürzte in die Tauber: die beiden Soldaten ertranken. Ein weiterer US-Panzer stürzte in einen Steinbruch: ein Toter. Bei einem Flugzeugabsturz starben die beiden Piloten. Eine deutsche Autofahrerin fuhr auf einen unbeleuchteten Panzer und erlitt tödliche Verletzungen. Die Polizei sah sich daraufhin veranlaßt, auf unbeleuchtete Manöverfahrzeuge hinzuweisen und auf die Kettenfahrzeuge, die "aus der Spur ausbrechen". (nach Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verteidigung)

Die Sowjetunion liefert Israel den Soldatennachschub

In den fünf Jahren seit 1970 haben die sowjetischen Behörden 119 140 Juden – 98,4 Prozent der Antragsteller – die Ausreise aus der UdSSR gestattet. Die meisten wollten nach Israel auswandern. Diese von der Sowjetunion veröffentlichten Zahlen bestätigen, daß die Sozialimperialisten den zionistischen Aggressorstaat gegen die arabischen Völker mit seinem wichtigsten Nachschub – mit neuen Menschen für die Kriegführung – reichlich versorgt haben. (nach Frankfurter Rundschau, 17.10.1975)

Christliche Moral, humanistischer Protest

Die Botschafter des offiziellen Europa weilen wieder in Madrid. Dem Protest folgte der Übergang zur Tagesordnung. Aber wie sah dieser Protest denn selber aus und was muß man von ihm halten? Der Kehrreim des offiziellen Protestes lautete: Franco solle nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Der Papst brachte es auf den Begriff: Man müsse auch gegenüber dem Terror Gnade walten lassen.

Wieviel offizielle Proteste, soviel offizielle Fußtritte für das gegen den Faschismus kämpfende spanische Volk und soviel offizielle Beweise der Ehrerbietung für den faschistischen Oberhenker!

All diese offiziellen Proteste bedeuteten noch einmal soviele Verurteilungen der Hingerichteten. Nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, das heißt: Die Todesstrafe ist gerecht, doch soll sie gnädigerweise nicht vollstreckt werden. Nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, das heißt: Der Faschist Franco solle sich nicht auf eine Ebene mit seinen Feinden hinunterbegeben. Nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, das bedeutet, dem spanischen Volk in den Rücken fallen und Franco unterm Tisch die Bruderhand reichen.

Fortsetzung von S. 1

Streit um ein Programm gegen die Massen

Was schlägt nun der Abgeordnete Althammer vor? Etwa eine Regelung, wonach die Jugendlichen Arbeitslosenunterstützung oder gar Arbeitslosengeld bekommen sollen, wenn sie weder Ausbildungsplatz noch Arbeitsstelle finden? Weit gefehlt! Der Abgeordnete Althammer meint, notwendig sei es, für Vollbeschäftigung zu sorgen, dann gebe es auch das Problem der jugendlichen Arbeitslosen nicht: "Wir sind der Auffassung, daß es dringend notwendig ist, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Wiedereingliederung der arbeitslosen Bürger zu treffen." Und die Maßnahmen dazu: "Wenn wir diese Frage stellen, dann muß ich jetzt wirklich fragen: Wie lange soll das Hickhack in der Koalition über die Frage, ob jetzt steuerliche Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft eingeführt werden sollen oder nicht, eigentlich noch dauern? (...) Kommen Sie endlich mit solchen Maßnahmen heraus! Denn wir brauchen sie dringend!" Nicht Schutz der arbeitenden Jugend vor den Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern mehr Geld für die Kapitalisten, das ist seine Schlußfolgerung.

Wofür die CDU eintritt ...

Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wird von der CDU abgelehnt mit dem Argument, das führe zur Erhöhung der "Staatsanteilsquote am Bruttosozialprodukt" undzur "totalen Verbürokratisierung". Stattdessen solle "der Staat dem Bürger die Eigenvorsorge ermöglichen" und erst dann eingreifen, "wenn die Eigenvorsorge nicht mehr möglich ist" (Althammer, CDU/CSU). Das soll wohl heißen, man bräuchte die Beiträge nicht zu erhöhen, wenn man den Arbeitslosen zunächst mal einige Monate nichts zahlte und sie auf "Eigenvorsorge" setzte. Die Forderung, daß die Kapitalisten und nur diese die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen hätten und daß sie auch für eventuell nötige Beitragserhöhungen aufzukommen hätten, wenn sie einen immer größeren Teil des von ihnen ausgebeuteten Arbeiterheeres in die Reservearmee entlassen, diese Forderung war nirgendwo im Bundestag zu hören.

Die Bedenken der CDU liefen so vor allem darauf hinaus, für die Kapitalisten noch mehr Geld als bisher schon zur Verfügung zu stellen, damit seien die Interessen auch der Lohnabhängigen am besten gewährleistet. Weiter sprach die CDU/CSU zugunsten der kleinen und mittleren Eigentümer (Sparprämie, Aufwertungsausgleich für die Landwirtschaft, Lastenausgleich) und zugunsten der Beamten. Für letztere vor allem unter dem Gesichtspunkt, das "Berufsbeamtentum ... beizubehalten und fortzuentwickeln". "Wir sind deshalb dafür, weil sich gerade mit Blick auf Nachbarländer zeigt, wie ungeheuer wichtig das Berufsbeamtentum für die Dienstleistungen für unsere Bevölkerung ist, sei es im Bereich der Bahn, sei es bei der Post, sei es bei den sonstigen Ämtern. Hier sind wir der Auffassung, daß es gerechtfertigt ist, ... wenn eine Berufsgruppe von sich aus immer wieder deutlich erklärt, sie nehme das Streikrecht nicht für sich in Anspruch, dieser Berufsgruppe eine Existenzberechtigung erhält."

... die SPD hat's schon gemacht

Die Funktionäre des Staates, insbesondere die höheren, müssen bei der Stange gehalten werden, gibt die



Aus: Ortsbeilage Seesen

CDU zu bedenken. Lieber soll man die Zahl der unteren verringern. Jährlich um 35 000, hatte die CDU vorgeschlagen. Über so kleinliche Zahlen kann Finanzminister Apel nur lachen: "Ich muß Sie darauf hinweisen, daß wir allein bei der Bahn und bei der Post rund 100 000 öffentliche Bedienstete einsparen wollen, beim Bund im nächsten Jahr 1 000. Dies wird der Beginn sein."

Bei all ihren Bedenken zu bestimmten Kürzungen gibt die CDU jedoch zu verstehen, sie seien so ernst nun auch wieder nicht gemeint. Als der Abgeordnete Windelen (CDU) über die BAFöG-Kürzungen klagt und befragt wird "Was ist denn Ihre Auffassung dazu?", weicht er aus: "Üblicherweise wird die Einzelberatung in den Ausschüssen stattfinden." Und angekündigt hat er, die CDU sei bereit, "auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen".

Unübersehbar ist die Richtung, in der sich alle Parteien einig sind: Die Kapitalisten sollen durch Staatsaufträge, durch Zuschüsse und eventuell durch Steuersenkungen gestopft werden. Die Masse der Lohnabhangigen soll bluten. Und gleichzeitig sollen die Mittelschicht, Teile des öffentlichen Dienstes, Bauern, Kleineigentümer, bessergestellte Angestellte, Studenten für dieses Programm gewonnen werden, obwohl sie selber draufzahlen müssen.

Die Parteien manövrieren dabei unterschiedlich, weil sie auf unterschiedliche Klassen und Schichten Einfluß haben, aber gegen dieses Programm des Finanzkapitals stellt sich keine von ihnen. Bei all ihrem Streit untereinander wirken sie zusammen bei der Durchsetzung des Programms gegenüber den verschiedenen Teilen des Volkes, die so gegeneinander ausgespielt werden. Mit Sicherheit kann man vorhersagen, daß sie sich schließlich auf Maßnahmen einigen werden, die noch einschneidender sind als die jetzt von der Regierung vorgelegten: "Das Artikelgesetz, das wir jetzt vorliegen haben, ist aber – alle wissen das, auch Sie wissen das doch – nur die Spitze des Eisbergs." (Windelen, CDU)

Am schlimmsten wird dabei mitgespielt der Arbeiterklasse, die an die SPD politisch noch gebunden ist. Nicht nur, daß erwartet wird, sie durch die SPD-Regierung wehrlos zu machen gegenüber Maßnahmen, die sie selber treffen: Zusätzlich kann man sie so im Volk isolieren. Breite Volksmassen machen die SPD verantwortlich dafür, was das Programm des Finanzkapitals ihnen an Einschränkungen bringt. Und die SPD, das sind für viele die Arbeiter. Auf die Arbeiter und ihre Forderungen soll so der Zorn der Volksmassen über die Krise der Kapitalisten und deren Folgen gelenkt werden. Wenn das gelingt, ist es ein schwerer Schaden für die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe. Statt als
terklasse und ihre Kämpfe. Statt als
revolutionäre Klasse Führerin der Volksmassen zu sein gegen den bürgerlichen Staat, der das ganze Volk drückt, steht sie unter der bürgerlichen Führung der SPD schließlich allein und hat das ganze Volk gegen sich. Die Sozialdemokratie ist das Unglück der Arbeiterbewegung, und es ist höchste Zeit, daß damit gebrochen wird. – **(wm)**

Alle Zitate aus der Bundestagsdebatte am 15. Oktober

Aus der Organisation: Bildung neuer Ortsgruppen

Auf Antrag des Kommunistischen Kollektivs Aachen, des Kommunistischen Kollektivs Bochum, der Kommunistischen Gruppe Essen und der Kommunistischen Gruppe Münster hat das Zentrale Komitee des KBW die Mitglieder dieser Organisationen in den KBW aufgenommen und sie berechtigt, Ortsgruppen des KBW in Aachen, Bochum, Essen und Münster zu bilden.

Arbeiter verlassen die SPD

Seit jeher rechtfertigt die Parteiführung der SPD vor der Arbeiterbewegung jeden neuen Schritt ihrer Partei nach rechts mit der Notwendigkeit, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten, die Beamten, den Mittelstand gewinnen zu müssen, um bei den Wahlen die Mehrheit zu bekommen. An der Entwicklung der SPD kann die Arbeiterklasse gegenwärtig gut studieren, daß die Theorie nicht stimmt, wonach die Arbeiterbewegung die Mittelklassen für sich gewinnen kann, wenn sie ihre revolutionären Ziele aufgibt und bürgerliche Politik betreibt.

Die SPD erleidet gegenwärtig Wahlniederlage auf Wahlniederlage, und es sind vor allem Teile der Mittelklasse, die im Zuge der Reformbewegung zur SPD gestoßen waren und ihr nun diese Niederlagen aus Enttäuschung über uneingelöste Versprechen bereiten.

Aber mehr als das: Nicht nur kann die Arbeiterbewegung durch bürgerliche Politik die Mittelklassen nicht gewinnen und halten. Sie wird selber durch bürgerliche Politik politisch desorganisiert. Darin hat die SPD es herrlich weit gebracht bis heute. Kürzlich wurden aus München Daten über die Zusammensetzung der örtlichen SPD-Parteiorganisationen bekannt, die bemerkenswert sind. (Nach: Peter Glotz, Anatomie einer politischen Partei. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 11. Oktober) Waren 1905 77 Prozent der Münchener SPD-Mitglieder Arbeiter, so sind es 1974 noch ganze 18 Prozent der 13 927 Mitglieder. Die Tendenz ist weiter fallend. In der Münchener SPD gibt es 76 junge Arbeiter zwischen 21 und 24, dafür 433 Schüler und Studenten. Nur 15 Prozent der unter Zwanzigjährigen sind Lehrlinge, 67 Prozent dagegen Schüler. Der gesamten Münchener SPD gehören nur 84 Hilfsarbeiter an, aber 126 Journalisten, 127 Künstler, 333 Lehrer und Hochschullehrer. Im geschäftsführenden Vorstand und im erweiterten Vorstand ist kein einziger Arbeiter zu finden. Von ihrer Zusammensetzung her hat die SPD aufgehört, eine Partei von Arbeitern zu sein. Sie tritt in wachsendem Maße den Beweis an, daß Arbeiter kaum dafür zu gewinnen sind, bürgerliche Politik zu betreiben. Das ist erfreulich.

Ein Verbrechen aber ist es, was durch bürgerliche Politiker in ehemaligen Arbeiterorganisationen der Arbeiterbewegung angetan worden ist. Eine politisch hochorganisierte und selbstbewußte Arbeiterklasse ist politisch desorganisiert worden und nur gewerkschaftlich noch zusammengeschlossen, auch dort jedoch unter bürgerlicher Führung, und das heißt vielfach gespalten.

Die Zustände in der Münchener SPD sind keineswegs ein Einzelfall. Über den Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD war zu erfahren, daß von den 300 Delegierten ganze 16 Arbeiter waren.

Der KBW als junge revolutionäre Organisation hat allen Grund, zuversichtlich zu sein: Der Einfluß der SPD in der Arbeiterbewegung, so überwältigend stark er erscheint, geht organisatorisch und politisch ständig zurück. Revolutionäre Klassenpolitik kann an Boden gewinnen, wenn die Kommunisten an den Zielen der Arbeiterbewegung festhalten und sich in der Führung der Bewegung bewähren.

Geld gut angelegt

Zur Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt im September dieses Jahres versendete die Pressestelle des japanischen Konzerns Nissan/Datsun eine Informationsmappe an die Zeitungsredaktionen, die über den Konzern und sein Produktionsprogramm informiert. Die deutsche Presseabteilung ließ diese Mappe im Heilbronner Gefängnis von Gefangenen zusammenlegen und fertigstellen. Nissan sei heute, so heißt es in der Werbeschrift, ein "Wirtschaftsimperium". Der Konzern, der hauptsächlich Personen- und Lastwagen herstellt, aber auch Raketen produziert und eine Restaurantkette betreibt, besitzt heute ein Nominalkapital von 200 Billionen Yen. Er war 1933 mit einem Startkapital von, wie es heißt, "vergleichsweise bescheidenen" 10 Millionen Yen, heute etwa 100 000 DM, gegründet worden. In vierzig Jahren haben die japanischen Arbeiter durch Kriegs- und Friedenszeiten hindurch den Nissan-Kapitalisten zu dem Zigtausendfachen ihres ursprünglichen Besitzes verholfen. Auch wie das zustandekommen konnte, ist dem Werbematerial zu entnehmen. Unter der Überschrift "Von Anfang an" wird die "NISSAN-Geschichte" dargestellt. Da heißt es zu dem Jahr 1943: Die Firmenleitung entschließt sich zu einer Kapitalerhöhung auf 120 Millionen Yen. "Das Geld wird gut angelegt und in Yoshiwara – den Zeiten entsprechend – ein Werk für Flugzeug--Triebwerke errichtet." Die "Zeiten" – das war der Zweite Weltkrieg, an dem die Nissan-Kapitalisten offensichtlich so gut verdienten, daß sie noch heute darauf stolz sind. Flugzeugmotoren zur Verwirklichung der imperialistischen Träume der japanischen Faschisten – Riesenprofite für die Nissan-Kapitalisten – die Arbeiter haben ihre Knochen hingehalten – das alles zusammen bedeutet für die Kapitalisten immer nur: "Geld gut angelegt!" – **(d.h., Heilbronn)**

Berufsverboteregelung im Bundestag

Einig über Bespitzelung

1972 haben Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Länder im sogenannten Ministerpräsidentenerlaß beschlossen, gegen die Mitglieder und Anhänger revolutionärer Parteien und Organisationen ein "Berufsverbot" für den öffentlichen Dienst zu verhängen. Seitdem gibt es um diesen Schritt der Bundesregierung und der Länderregierungen zur Einschränkung der Rechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst heftige Auseinandersetzungen. Nach einer Aufstellung der Zeitschrift "päd. extra" sollen vom 28. Januar 1972 bis 15. Juli 1975 mehr als 553 Bewerber oder Angehörige des öffentlichen Dienstes von der Maßnahme der Regierungen getroffen worden sein. An der Spitze stehen dabei Baden-Württemberg und Westberlin, wo der Senat ebenfalls die Bundesregelung anwendet.

Donnerstag oder Freitag dieser Woche nun soll der Bundestag eine endgültige und einheitliche Regelung beschließen durch eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes, in der festgelegt wird, wie die Überprüfung und Bewachung für Bewerber des öffentlichen Dienstes erfolgt. Die SPD ist für die sogenannte "Einzelfallprüfung" bei der Ablehnung von Bewerbern. Es "müssen die in der Person eines Bewerbers liegenden Umstände festgestellt werden, die gegen seine Verfassungstreue sprechen" (Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 31. Juli 1974). Die CDU will das ergänzt wissen durch die Bestimmung: "Die Mitgliedschaft in einer Partei oder sonstigen Vereinigung, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, begründet in der Regel Zweifel daran, ob der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird" (Gesetzentwurf von Baden-Württemberg und Bayern, beschlossen vom Bundesrat).

Völlig einig sind sich beide, daß die Bespitzelung und Beschnüffelung der Bewerber für den öffentlichen Dienst und der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst auf Verfassungsfeindlichkeit grundsätzlich notwendig und unentbehrlich ist.

Im Beamtenrahmengesetz heißt es, daß in das Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, wer "die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt". Und was die "freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" ist, das ist festgelegt worden im KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956.

Wenn man von allen möglichen Girlanden absieht, dann ist laut KPD-Urteil die freiheitliche demokratische Grundordnung eine solche Ordnung, in der es verboten ist, "planvoll" die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten zu bekämpfen, und in der es verboten ist, dafür einzutreten, daß die arbeitenden Massen die Herrschaft über die reichen Ausbeuter ausüben und sie dazu zwingen, von eigener Hände Arbeit zu leben. Das widerspricht der "Aufgabe ... des sozialen Kompromisses", auf den die "staatliche Ordnung der freiheitlichen Demokratie" angelegt sein muß (KPD-Verbot. Dokumentarwerk Band 3, Seite 643).

Wer von Ausbeutung redet, ist ein Staatsfeind

Überhaupt ist es verboten, die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten zu behaupten: "Die freiheitliche Demokratie (lehnt) es ab, den wirtschaftlichen Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmer als solchen allgemein als Ausbeutung zu bezeichnen." (KPD-Verbot. Dokumentarwerk Band 3, Seite 647) Wer es dennoch tut, wird die Idee befördern, daß man die Ausbeutung bekämpfen muß. Und wer erst die Ausbeutung bekämpfen will, wird die Ausbeuter nicht ungeschoren lassen, sondern sie unterdrücken wollen, indem ihnen die Produktionsmittel weggenommen werden, die sie als Privateigentum besitzen. All das ist unvereinbar mit der "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" und damit verboten. Das stellt das KPD-Verbotsurteil von 1956 fest. Die "freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" ist also eine Ordnung, in der die Ziele der Arbeiterklasse und der internationalen Arbeiterbewegung unter Verbot sind. Und das Beamtenrecht stellt fest, daß jemand, der für diese Ziele eintritt, nicht in den öffentlichen Dienst darf. Der ganze gegenwärtige Streit zwischen CDU/CSU auf der einen und der SPD auf der anderen Seite geht ausschließlich darum, wie dieses Verbot im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden soll.

Jusos: Für gesetzliche Verfolgung

In diesem Streit treten die Jungsozialisten gegen "Scharfmacherei" auf. Sie sind für ein verfassungsmäßig einwandfreies Vorgehen gegen Revolutionäre im öffentlichen Dienst. Keine einzige Äußerung gibt es von ihnen, welche das KPD-Verbot angreift, das die rechtliche Grundlage für das Vorgehen der Regierungen bildet. So häufig Bundesregierung, CDU/CSU, FDP und SPD das KPD-Verbotsurteil auch gebrauchen, um gegen Feinde der bürgerlichen Ordnung zu Felde zu ziehen: Sie erwähnen es nicht gerne. Das Verbot der Ziele der Arbeiterklasse und der Partei der Arbeiterklasse durch Gerichtsbeschluß, das sind keine populären Maßnahmen. Die Jungsozialisten nehmen auf diese Empfindlichkeiten von Regierung und Parteien Rücksicht und decken das einschneidende Verbot mit Schweigen. In Wirklichkeit erkennen sie damit die prinzipielle Berechtigung der Bespitzelung und Beschnüffelung von Staatsfeinden an. Der Kampf gegen Bespitzelung und gegen die Entrechtung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kann aber nur geführt werden, wenn das KPD-Verbot angegriffen wird.

Ähnlich verfährt die DKP, die für verfassungsfeindlich erklärt, wenn man ihre Mitglieder aus dem Schuldienst wirft. Auch sie verleugnet die Tatsache, daß das Verfassungsgericht mit dem KPD-Urteil die Grundlagen für die Entrechtung als Ausfluß der Verfassung verbindlich festgelegt hat. Von den Jungsozialisten unterscheidet sich dieDKP nicht etwa dadurch, daß sie die bürgerliche Rechtsordnung und das KPD-Verbot angreifen würde, sondern dadurch, daß die Jungsozialisten fast immer ungeschoren bleiben, die DKP-ler aber fliegen. Es sind betrogene Betrüger.

Nach Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien und Beschlußfassung in Bundestag und Bundesrat bleibt für eine Politik, die darauf beharrt, daß Verfolgung und Entrechtung auf gesetzliche Weise vorgenommen werden soll, ohnehin kein Raum mehr. Die gewünschten Gesetze sind dann da und der Staatsapparat kann wüten ohne weitere Verunsicherung durch die Frage, ob es denn wohl auch genauso gewünscht sei, was ohne gesetzliche Grundlage einen Regierungsdirektor schon mal verunsichern kann. Man muß dem bürgerlichen Staat das Recht bestreiten, die Ziele der Arbeiterklasse für verboten zu erklären, wenn man Berufsverbote und Entrechtung im öffentlichen Dienst bekämpfen will. Nieder mit dem KPD-Verbot! – **(wm)**

Die Entwicklung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung

Die portugiesische Arbeiterklasse ist bis heute nicht unter revolutionärer Führung geeint, sondern in verschiedene politische Lager zersplittert. Das macht es ihr schwer, die Volksmassen in der Revolution zu führen. In dem kurzen Zeitraum von eineinhalb Jahren seit dem Sturz des Caetano-Regimes am 25. April 1974 haben sich aber starke Umgruppierungen unter den Arbeitern entwickelt, wobei die Revolutionäre an Boden gewinnen. In dem kürzlich zu Ende gegangenen Gewerkschaftswahlen ist das zum Ausdruck gekommen. Der folgende Artikel berichtet über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Portugal in den letzten Jahren.



Portugiesische Metallarbeiter im Streik

Die portugiesische Gewerkschaftsbewegung ist organisatorisch äußerst zersplittert. Es gibt insgesamt über 130 Gewerkschaften. Von daher wird klar, welche Bedeutung der Intersindical zukommt, die sozusagen als Dachverband jeweils die Führungen der einzelnen Gewerkschaften zusammenfaßt.

Die PCP, die im Faschismus relativ stark in den Betrieben verankert war, hatte aufgrund ihrer revolutionären Vergangenheit nach dem 25. April das meiste Gewicht und das meiste Ansehen in der jetzt sich frei entfaltenden Gewerkschaftsbewegung, so daß sie in fast allen gewählten Gewerkschaftsführungen die dominierende Rolle einnahm.

Es saßen nun also die "Genossen" derselben Partei sowohl in der Gewerkschaftsführung der einzelnen Betriebe wie in der Verwaltung der einzelnen nach wie vor kapitalistischen Betriebe. Es ist klar, daß das unmittelbar der Entwicklung der gewerkschaftlichen Kämpfe entgegenwirken mußte. Die PCP in der Regierung verbreitete die Illusion, mit den Nationalisierungen seien die Betriebe und Banken nun im Dienste des Volkes, und es wäre nun die Stunde nicht für "übertriebene" Forderungen, sondern für die Produktionsschlacht im Interesse der Nation. Die Arbeiter wurden aufgefordert, mit ihren Forderungen zurückzustecken, mehr zu arbeiten, da von nun ab die Industrie in ihrer Hand sei.

Dies führte zum direkten Boykott gewerkschaftlicher Kämpfe seitens der Gewerkschaftsführungen, die gegenüber ihren Mitgliedern hervorhoben, daß jetzt die Arbeiter "sogar" jemanden ihres Vertrauens in die Verwaltungen wählen könnten. Die "Mitbestimmung" sah – wie mir ein leitender Gewerkschafter der PCP mitteilte – in den nationalisierten Betrieben etwa so aus, daß drei oder vier Verwaltungsleute vom Staat benannt wurden und einer von der Belegschaft gewählt wurde.

In der Schreibmaschinenfabrik MESSA kam es gleich nach dem 25. April zum Streik. Es wurden von den Arbeitern wichtige Siege erzielt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurde erkämpft, die Frauen waren nicht mehr im Lohn benachteiligt, es wurden faschistische Verwaltungsleute aus der Fabrik hinausgesäubert und eine Gewerkschaftskommission gewählt. Dieser erste Streik in der Fabrik bewirkte einen großen Zusammenschluß der Arbeiter.

Erste Kämpfe nach dem 25. April 1974

So entfaltete sich in vielen großen Fabriken der Kampf der Arbeiter nach dem Sturz der faschistischen Regierung. Aber dieser Zusammenschluß wurde im folgenden nicht benutzt, um weitere Siege zu erkämpfen, sondern über ihren entscheidenden Einfluß in der Gewerkschaft gelang es der PCP zunächst, den Arbeitern das Heft aus der Hand zu nehmen. Politische Ereignisse, vor allem die Putschversuche Spinolas, gaben der spontanen Bewegung in der Arbeiterklasse schnell wieder Auftrieb. Es wurden in vielen Fabriken des Landes Arbeiterkommissionen gebildet. Diese Kommissionen verstanden sich als politische Kampforganisationen.

Die PCP hat das Entstehen dieser demokratischen Organe der Klasse immer scharf bekämpft. Anfangs trat sie überhaupt gegen solche Organe auf. Als diese Kommissionen sich aber ausbreiteten, als sie entscheidende Siege erkämpften – beispielsweise in manchen Betrieben als Kontrollorgane bis in heiligste Heilige des Kapitalisten, seine Rechnungsführung, vordrangen, als diese Kommissionen zeigten, daß sie die Klasse in gewaltigen Demonstrationen wahrhaft zu mobilisieren verstanden –, da schwenkte die PCP ein. Heute tritt sie scheinbar für solche Kommissionen ein, in Wirklichkeit arbeitet sie gegen sie. Ein leitender PCP-Mann sagte mir, diese Kommissionen seien schlecht, denn es gebe plötzlich zwei Organisationen im Betrieb mit demselben Ziel: einmal die Gewerkschaftskommissionen, zum anderen die Arbeiterkommissionen. In Betrieben, in denen es noch keine Gewerkschaftskommissionen gebe, ja, dort hätte die Arbeiterkommission ihre Berechtigung.

Anders sei es mit den Einwohnerkommissionen, die hätten Sinn. Die könnten sich sinnvoll betätigen in der Planung des Stadtteils, im Kampf gegen die Droge, im Aufbau besserer Schulverhältnisse und im Wohnungswesen. Aber im Betrieb müsse man dahin arbeiten, daß diese Betriebs kommissionen in der Gewerkschaft aufgehen.

Arbeiterkommissionen und Gewerkschaften

Es ist hier das ganze reformistische Unverständnis über die politischen Machtorgane der Arbeiterklasse enthalten. Oder besser gesagt: Die ganze Angst des bürgerlichen Politikers vor den Organen der Arbeiter, die weiter noch als die Gewerkschaften **alle** Arbeiter eines Betriebes umfassen und die zugleich einmal zu den Organen des Aufstandes werden können, weil sie eben im politischen Kampf die Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat zu einen imstande sind – und das auch tun.

Die PCP hat in dem letzten Monat in der Gewerkschaft massiv an Einfluß verloren. Sie hat die Führung in einer Reihe wichtiger Gewerkschaften verloren, so in der Bank- und Büro-Gewerkschaft, in der Telefon- und Telegrafengewerkschaft des Nordens, in der Postgewerkschaft usw. Fast in sämtlichen Gewerkschaften der Dienstleistungen ist die Führung von anderen Gruppen übernommen worden. In den Arbeitergewerkschaften sind überall Gegenlisten gegen die PCP entstanden, die, wie bei den Chemikern, z.T. Erfolg hatten.

Welche politischen Richtungen haben den Revisionisten Niederlagen bereitet? Es haben sich auf den Gegenlisten ganz unterschiedliche Gruppierungen zusammengetan. Die Revolutionären Listen wurden von der UDP gebildet, die oft mit fortschrittlichen Elementen der PS zusammengeht, aber auch mit Mitgliedern kleinbürgerlich-radikaler Organisationen. Eine andere "Koalition" hat gegenüber der PCP große Erfolge gehabt: gemeinsame Listen zwischen der PS und der MRPP.

Die PS hat in letzter Zeit deutlich an Einfluß in den Gewerkschaften gewonnen. Das allerdings nur in den Gewerkschaften der Dienstleistungen. Im Arbeiterbereich stehen den Revisionisten ausschließlich revolutionäre Listen gegenüber, die z.T. große Anhängerschaft haben.

Die Sozialdemokraten rücken vor

Die PS hat es vor allem auf die politische Beherrschung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst abgesehen. Die PS segelt hier unter der Fahne der Mitbestimmung. Auf einer Arbeitssitzung der sozialdemokratischen Arbeiter im öffentlichen Dienst wurde festgestellt, daß "der Staat eine wichtige Rolle beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft spiele", daß von daher die Angestellten im öffentlichen Dienst "dieselben Rechte wie die anderen Arbeiter haben, aber ihre Verantwortung größer ist. Das Nichtfunktionieren der Staatsmaschine . . . kann den ganzen produktiven Apparat des Landes paralysieren." "Der Kampf wird aus diesen Gründen nicht so sehr gegen den Arbeitgeber – in unserem Fall die Regierung – geführt, sondern er wird vielmehr eine Kontrolle der Regierung sein . . ."

Der PS ist es darum zu tun, das Staatsgefüge wieder zusammenzuschließen, um den Staatsapparat als Unterdrückerinstrument funktionsfähig zu erhalten. Die PS macht keine großen Anstrengungen, in den Fabriken Fuß zu fassen. Dort hat sie in der Wahl, sie weiß es, wenig Chancen.

Die Politik der Revisionisten in den Gewerkschaften hat tiefe Verwirrung gestiftet. Schon viele durchaus nicht reaktionäre Arbeiter und Angestellte sprechen sich heute gegen die Einheitsgewerkschaft aus, weil sie Front gegen die bürokratische Politik der Intersindical beziehen.

Die PS und die MRPP gehen schon offen daran, eine zweite Einheitsgewerkschaft aufzubauen. Die Verfassunggebende Versammlung konnte es sich leisten, die Einheitsgewerkschaft abzulehnen und stattdessen lediglich den Einheitsgedanken für die Gewerkschaften festzuschreiben, also die Möglichkeit zur Vereinigung zu begründen.

Das alles sind schwere Schläge für die Arbeiterbewegung.

Die Einheitsgewerkschaft, aber eine Einheitsgewerkschaft, die eine Klasseneinheit verwirklicht, ist eine dringende Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung in Portugal. In dieser Richtung arbeiten die Kommunisten in Portugal, und sie gewinnen dabei immer mehr Anhänger. **(kkw)**

Fortsetzung von S. 1

Neue Koalitionen in Vorbereitung

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Soldaten in Kasernen, die fest in der Hand der Reaktionäre waren, ihre Forderungen durchsetzen konnten, indem sie sich zusammenschlossen. In manchen Kasernen haben zum ersten Mal Plenarversammlungen stattgefunden. Soldaten setzten durch, daß sie in Militärlastwagen zu Demonstrationen fahren konnten. Sie machten zum Teil Schluß mit den Offizierskasinos und erreichten eine allgemeine Kantine. Sie weigerten sich, in den öffentlichen Transportmitteln die Fahrkarten zu bezahlen. Sie verhinderten die Hinaussäuberung von revolutionären Soldaten und Offizieren. Das alles hat die Klassenspaltung in den Kasernen sichtbar gemacht, und heute gehen in der Region Lissabon die Soldaten daran, die Soldatenkommissionen in den Kasernen zu vereinheitlichen und Interkommissionen für die Region zu schaffen.

Zweifellos haben in vielen Kasernen die Demonstrationen der SUV zu einem Aufschwung der Bewegung geführt, der sich jetzt in der Bildung von rechenschaftspflichtigen und direkt den Plenarversammlungen verantwortlichen Soldatenkommissionen ausdrückt.

Die PCP, die anfänglich die Bildung von Kommissionen überhaupt bekämpft hatte und damit der Entfaltung der direkten Demokratie in den Weg trat, ist jetzt mit Übereifer dabei, diese Kommissionen als Organe bestehender Volksmacht zu propagieren, so als hätten sie schon Macht in Händen.

Gleichzeitig beginnt aber eine breite Auseinandersetzung in den Kommissionen selber darüber, wie die Vereinheitlichung der Kommissionen zur Volksversammlung vonstatten gehen sollte. Während die PCP die Organe des Volkswillens gerne in den bürgerlichen Staat integriert sehen möchte, treten dagegen Kommissionen wie folgt auf: "Wir wollen hervorheben, daß die Autonomie und die Unabhängigkeit Prinzipien sind, die sich nicht mit einer Teilhaberschaft am bürgerlichen Staatsapparat auf irgendeiner Ebene vertragen. Unserem Verständnis nach hat eure Initiative (gemeint ist die Initiative einiger von den Revisionisten beherrschter Kommissionen für eine Demonstration vor der Munizipalkammer in Lissabon, kkw) zum Ergebnis, die Keimformen der Volksmacht an die Leine der Munizipalkammer in Lissabon zu legen, Was ihr vorschlagt, Genossen, ist konkret gesprochen die Teilhaberschaft an der Führung des bürgerlichen Staates, womit wir uns nicht einverstanden erklären können."

Man sieht, daß hier die Frage aufgeworfen wird, sollen die Organe des Volkswillens zu Organen des Aufstands gegen den bürgerlichen Staat werden oder zu Organen der Reform des bürgerlichen Staates.

Die Parteien in der verfassungsgebenden Versammlung

Wie wenig Aussichten die Reform des bürgerlichen Staates hat, das belegt das Schicksal der verfassungsgebenden Versammlung. Die Liberalen beklagen sich des öfteren, daß die am 2. Juni vom Staatspräsidenten Costa Gomes feierlich eröffnete verfassungsgebende Versammlung keinerlei Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit genieße. Das entspricht den Tatsachen. Das Volk, das sich in seinen demokratischen Kampforganen organisiert, will eine andere Demokratie als den bürgerlichen Parlamentarismus. Die Bourgeoisie und das Großkapital, die ausbeuten wollen und das Volk wieder voll unterdrücken, wissen, daß die verfassungsgebende Versammlung dazu nicht taugt.

Die PCP hat, solange sie die Regierung bestimmte, der verfassungsgebenden Versammlung keinerlei Stellenwert beigemessen. Sie hat keinen Verfassungsvorschlag eingebracht. Ihre Parlamentarier sind niemals zu den Debatten erschienen, die sich mit der aktuellen Politik befaßten. Das ist jetzt anders, nachdem die Partei in der Regierung nicht mehr das Sagen hat. Ihre Abgeordneten erscheinen wieder zu der Debatte, um Regierungsbeschlüsse anzugreifen.

Die Arbeiterkommissionen sind durchweg der Meinung, daß man diese verfassungsgebende Versammlung auflösen und heimschicken sollte.

Die Kapitalisten, Großgrundbesitzer und imperialistischen Agenten sind zwar gegenwärtig nicht dafür, die Versammlung aufzulösen, sind aber ebenfalls der Meinung, daß diese Versammlung nicht taugt für ihre Zwecke. Sie setzen auf die faschistischen Bewegungen und schüren den Bürgerkrieg.

Zwei Parteien, die PS (Sozialisten) und die PCP (Revisionisten), geben sich neuerdings einige Mühe, das Ansehen der Versammlung aufzupolieren. Sie tun das, weil ihre Existenz vom Gelingen des Verfassungswerkes abhängt. Also davon, ob sie das Volk auf eine bürgerliche Verfassung festlegen können oder nicht. Beide Parteien sind durch den Fortgang des Klassenkampfes in ihrer Existenz unmittelbar bedroht. In diesem Kampf stehen die Arbeiterklasse, die Bauern und die übrigen Werktätigen den Kapitalisten, den Großgrundbesitzern und dem Imperialismus gegenüber. In diesem Kampf geht es um die Frage der Macht im Staat. Entweder wird die Arbeiterklasse und das Volk die demokratische Diktatur des Volkes über die Ausbeuter errichten oder die Ausbeuter werden ihre Herrschaft über das Volk errichten, und dazu müssen sie äußerst hart durchgreifen. So steht die Frage.

, Das ist tödlich für eine sozialdemokratische Partei und das ist auch tödlich für eine revisionistische Partei, die davon leben, die Hoffnung auf Versöhnung der Klassen zu verbreiten und die Widersprüche abzustumpfen. Die PS stützt sich vor allem auf das Kleinbürgertum der Städte und auf Intellektuelle, aber in dem Kampf, um den es geht, bestimmen weder Intellektuelle noch das städtische Kleinbürgertum die Kampfrichtung. Das augenblickliche Gewicht der PS in der Regierung rührt daher, daß diese Partei das Bindeglied zwischen der PCP "links" von ihr und damit zu der von den Revisionisten gebundenen Arbeiterbewegung und der PPD rechts von ihr und damit zur Bourgeoisie ist.

Neue Konstellationen der Parteien in Vorbereitung

Die rechte und die linke Seite wollen mit der PS alleine regieren. Die PC will die PPD, die PPD die PC-Revisionisten draußen haben. Die PS will aber mit beiden zusammengehen. Und sie ist klug genug, um zu wissen, daß sie weiter nichts wäre als ein Anhängsel in der Regierung, wenn sie sich anders entschiede, da sie ja selber nichts ins Feld zu führen hat als ein wenig internationales Renomme und den zweifelhaften Vorzug, aus einer bürgerlichen Wahl als stärkste hervorgegangen zu sein.

Die PC ist gut organisiert im Fabrikproletariat und unter den Landarbeitern des Südens. Aber diese Klasse, auf die die PCP sich stützt, will die Revolution und den Sturz der Ausbeuterordnung und das will die PC nicht.

Ebensolche Furcht hat die PCP vor dem Faschismus, und da weiß sie sich einig mit der PS, denn beide Parteien werden im Faschismus zerschlagen. Beiden Parteien bleibt deshalb nicht viel anders übrig als den ungeliebten Versuch zu machen, in Portugal den bürgerlichen Rechtsstaat, den bürgerlichen Legalismus gegen rechts und links zu verteidigen.

Die PPD ist seit der neuerlichen Einsetzung von Carreiro als Parteisekretär weiter nach rechts gerückt. Die PS hat ein neues parlamentarisches Sekretariat gebildet, das aus den 'Linken' dieser Partei zusammengesetzt ist. Die CDS knüpft ihre Verbindungen zu den faschistischen Bewegungen enger und steuert auf ein Bündnis mit der PPD zu. Die PC schließlich hängt wie eine Klette an der PS, greift ihre Führung nur an, um ein Bündnis mit dieser Partei herzustellen, ein Bündnis zur Erhaltung der bürgerlichen Republik.

Heute sieht es so aus, als könnte man diesem Bündnis und der bürgerlichen Republik einige Erfolgsaussichten zusprechen. Aber die Lage bleibt nicht so wie sie ist. Die ökonomische Krise wird sich verschärfen und damit die Lage der arbeitenden Massen, von denen sich beträchtliche Teile schon in offener Rebellion befinden.

Das Heer, Hauptinstrument zur Niederhaltung der Rebellion, befindet sich in Auflösung. Soldaten gehorchen den Offizieren nicht mehr, wenn der Befehl kommt, gegen Arbeiter oder gegen das Volk vorzugehen.

Das sind keine guten Perspektiven für eine bürgerliche Republik und eine Politik der Klassenversöhnung. Je tiefer die Krise geht, um so deutlicher werden die Wege abgesteckt: Revolution oder Konterrevolution, Herrschaft der Arbeiterklasse oder faschistische Diktatur der Bourgeoisie. – **(kkw. 21.10.75)**

Tausende auf der Kundgebung nach dem Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofs

Wyhl: Der Platz bleibt besetzt



Wyhl: Die Kaiserstühler sind entschlossen, den Kampf gegen das Kernkraftwerk fortzusetzen

Mehrere Tausend Menschen, nach Schätzungen zwischen fünf- und zehntausend, nahmen am Sonntag an einer Kundgebung auf der NATO-Rampe unweit des Bauplatzes für das geplante Kernkraftwerk in Wyhl teil, um ihre Antwort auf das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim zu geben. Auf einem großen Transparent stand: "Filbinger hat unser Recht verletzt, darum bleibt in Wyhl der Platz besetzt."

Daß der Platz besetzt bleiben muß, das ist die Auffassung der Landbevölkerung. Der Platz ist das Faustpfand der Bevölkerung im Kampf gegen Landesregierung und Badenwerk.

Der Platz wurde von der Bevölkerung trotz starkem Polizeischutz gestürmt, er muß in der Hand des Volkes bleiben.

Auf der Kundgebung sprachen mehrere Vertreter der Bürgerinitiativen. Die Position der Bevölkerung zeigte sich sehr deutlich in ihrer Reaktion auf die unterschiedlichen Beiträge.

Großen Beifall erhielt der Beitrag der Winzerin Annemarie Bacherer aus Ober-Rottweil: "Obwohl wir mitten in der Weinernte sind, sind viele Winzer auch heute gekommen. Das zeigt, wie entschlossen wir sind, das Kernkraftwerk zu verhindern."

Ein Vertreter des Arbeitskreises Umweltschutz von der Universität Freiburg nahm die Werbekampagne der Landesregierung für das Kernkraftwerk auseinander. Er zeigte die große Lüge auf, wenn die Landesregierung davon spricht, daß durch das Kernkraftwerk neue Arbeitsplätze geschaffen würden, und verwies auf die Erfahrung der Arbeiter, daß jede Fortentwicklung der Maschinerie in dieser Gesellschaft weitaus mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue schafft.

Der Landwirt Karl Meier aus Bottingen fragte: "Wer hält den bisherigen Verlauf unseres Kampfes für richtig?" und forderte diejenigen auf, die Hand zu heben, die dieser Auffassung sind. Alle erhoben die Hand, ebenso bei der nächsten Frage, wer bereit sei, diesen Weg aktiv weiterzugehen, auch wenn jetzt die Zeiten härter würden. Der Landwirt erhielt auch großen Beifall, als er sagte: "Wenn die Gesetze nicht mit dem Gewissen vereinbar sind, dann muß man Widerstand leisten."

Als sich dagegen der Apotheker Schött als neuer Landtagsabgeordneter der FDP mit dem Zusatz "Ich werde euch nach wie vor unterstützen" vorstellte, stieß er auf viel Skepsis und erhielt wenig Beifall. Überhaupt keinen Beifall erhielt der Schlußredner der Kundgebung, Sifritt, als er Gespräche mit der Landesregierung ankündigte und davon sprach, daß man bereit sei, unter gewissen Bedingungen den Platz zu räumen, ohne diese Bedingungen näher zu bezeichnen, und überhaupt nicht mehr vom Ziel des Widerstands, das Kernkraftwerk zu verhindern, sprach.

Der KBW hatte einen großen Stand am Platz aufgestellt und verteilte 4 000 Exemplare seines Extrablattes mit der Überschrift: "Das Volk hat längst entschieden, das Kernkraftwerk wird nicht gebaut". Das Interesse an unserem Stand, den Broschüren des KBW gegen den Bau des Kernkraftwerks und die Hetze der Landesregierung sowie an unserem Flugblatt war groß. Eine Bauchladenverkäuferin berichtet: "Die Broschüre 'Kein Kernkraftwerk in Wyhl' haben viele Menschen schon gekannt und ich bin des öfteren angesprochen worden, habt ihr nichts Neues, die kennen wir schon. Großes Interesse fand die Broschüre 'Eine Antwort auf die Broschüre der Landesregierung'. Die Broschüre der Landesregierung war offensichtlich vielen bekannt und wurde von den Menschen beschimpft. 'Die wollen uns ja für dumm verkaufen!' 'Die lügen, wenn sie's Maul aufmachen.' So bestand auch ein großes Interesse daran zu erfahren, was wir als Antwort geben. Die meisten, mit denen ich sprach, sagten, daß sie entschlossen sind, den Bauplatz weiter zu besetzen.

Ein junger Winzer aus Ober-Rottweil, der mitbekommen hatte, wie einige Führer der Bürgerinitiativen die Kommunisten beschimpften, 'Hier wird keine Parteipolitik gemacht!', kam zu mir, als der Apotheker Schött am Mikrofon versicherte, seine Partei, die FDP, würde die Sache in Wyhl unterstützen. Er regte sich furchtbar auf über soviel Scheinheiligkeit und sagte: 'Die können soviel reden, wie sie wollen, an der konkreten Unterstützung muß man sie messen!'

Zwei andere sagten zu mir, als ein Führer der Bürgerinitiativen meinte, unsere Anwesenheit würde der Sache nur schaden: 'Das sind die Abwiegler. Was uns schadet oder nicht, können wir schon selbst entscheiden.' "

Was tatsächlich dem Kampf schadet, das ist der Versuch einiger Führer der Bürgerinitiativen, den Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung zu binden an die bürgerliche Justiz und den Bauplatz für einige Versprechungen der Landesregierung aus der Hand zu geben. Daß die Bevölkerung von einer solchen Politik nichts hält, das hat sie deutlich gemacht mit der Kundgebung am Sonntag. – (m., Freiburg)

Chronik des Kampfes gegen ein Kernkraftwerk in Wyhl

27.4.1974: Mit Traktoren und Personenwagen demonstrieren Hunderte von Bauern gegen den Plan der Landesregierung, in Wyhl ein Kernkraftwerk zu errichten, nachdem das Vorhaben der Landesregierung, in Breisach ein Kernkraftwerk zu errichten, am Widerstand der dortigen Bevölkerung gescheitert ist.

Bis Anfang Juli 1974 haben fast hunderttausend Menschen am Kaiserstuhl einen Sammeleinspruch gegen den Bau des Kernkraftwerks unterschrieben.

16.9.1974: Als auf der anderen Rheinseite, im elsässischen Marckolsheim, mit dem Bau eines Bauzaunes auf dem Gelände begonnen wird, auf dem ein von der Bevölkerung abgelehntes Bleiwerk errichtet werden soll, besetzen am folgenden Wochenende etwa 2 500 Menschen den Platz. 21 elsässische und badische Bürgerinitiativen beschließen, sich jeweils gegen den Bau des Kernkraftwerks und des Bleiwerks zu unterstützen und mit Platzbesetzung dagegen vorzugehen.

6.11.1974: Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Eberle gibt die Genehmigung für den ersten Bauabschnitt des Kernkraftwerks. Die CDU-Landtagsfraktion wird am gleichen Tag in Kiechlingsbergen am Kaiserstuhl von Bauern mit Traktoren eingekreist. "Ein Vorgeschmack!" sagen die Bauern.

12.1.1975: Aufgrund von massivem Druck und allerlei Versprechungen erreicht die Landesregierung bei einem Bürgerentscheid in dem Ort Wyhl über den Verkauf des Grundstücks für das Kernkraftwerk eine knappe Mehrheit. Eine Woche später demonstrieren 3 000 in Weisweil. "Die Region läßt sich in Wyhl kein Kernkraftwerk aufzwingen", ist die Parole.

18.2.1975: Als am Bauplatz die ersten Baumaschinen auftauchen, besetzen 600 Menschen den Platz.

20.5.1975: Früh morgens gehen fünf Hundertschaften Bereitschaftspolizei mit äußerster Brutalität gegen die Besetzer vor, räumen den Platz und errichten einen meterhohen Stacheldrahtzaun.

21.2.1975: "Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht" ist die Parole einer Protestkundgebung, an der 4 000 Menschen teilnehmen.

23.2.1975: Aus einer Kundgebung, an der 10 000 Menschen teilnehmen, heraus wird der Bauplatz zurückerobert und erneut besetzt. Seitdem wird der Platz nicht mehr aus der Hand gegeben. Auch nach der Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts im März, daß mit dem Baubeginn vor der Entscheidung im Hauptverfahren nicht begonnen werden darf, wird die Besetzung nicht aufgehoben.

Das Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofs:

Ein Urteil für den Profit

Mit seiner Entscheidung vom 14. Oktober hat der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim, die höchste Verwaltungsgerichtsinstanz in Baden-Württemberg, den von dem Freiburger Verwaltungsgericht verfügten Baustopp für das Kernkraftwerk in Wyhl wieder aufgehoben und der Kernkraftwerk Süd GmbH das Recht zugesprochen, mit dem ersten Bauabschnitt zu beginnen. Das Gericht hat den Betreibern des Kraftwerkbaus höchstrichterlich bescheinigt, daß ihr Vorgehen in voller Übereinstimmung mit dem Gesetzbuch steht und rechtens ist. Es entspricht dem herrschenden Recht, daß die Kernkraftwerk Süd GmbH gegen den erklärten Willen von über 100 000 Bauern, Winzern, Fischern der Umgebung von Wyhl auf dem rechtmäßig erworbenen Grundstück mit dem Bau des Kernkraftwerks beginnt. Auch wenn noch nicht einmal die Entscheidung im Hauptverfahren gefallen ist, in dem entschieden werden soll, ob Einwände der KKW-Gegner gegen den Bau des Kernkraftwerks wegen der damit verbundenen Folgen für die Gesundheit und die wirtschaftliche Existenz der Bevölkerung berechtigt sind.

Für rechtens erklärt ist damit unausgesprochen auch das Vorgehen der Landesregierung, die die Genehmigung für den Bau erteilt hat und den Vollzug der Genehmigung mit dem Polizeiknüppel vergeblich durchzusetzen versucht hat. Vollständig illegal hingegen ist nach diesem Urteil das Vorgehen der Bauern, die sich gegen die Landesregierung zusammengeschlossen haben, um den Bau des Kernkraftwerks zu verhindern, von dem sie die Vernichtung ihrer Existenz befürchten. Gestützt auf das Urteil von Mannheim, kann die Landesregierung deren Vorgehen als *"Willkür"* hinstellen, können die bürgerlichen Zeitungen erneut über die Kaiserstühler herfallen. *"Anarchie ist es, wenn mit Gewalt – wenn auch nur mit passiver Gewalt – ein Rechtstitel seiner Wirksamkeit beraubt wird. Ein Stück repräsentativer Demokratie wird verhindert, wenn eine rechtmäßig vom Volk gewählte Regierung an der Ausführung ihrer Beschlüsse gehindert wird . . .*", schreibt die "Stuttgarter Zeitung" vom 15. Oktober.

Ausdrücklich wird in der Urteilsbegründung erklärt, daß das Gericht das *"öffentliche Interesse"* an der Energieversorgung in seinem Urteil unberücksichtigt lasse. Darauf hatte sich das Urteil der ersten Instanz noch ausführlich bezogen. Die Mannheimer Richter beziehen sich dagegen ausschließlich auf die Eigentümerrechte der Kernkraftwerk Süd GmbH. *"Das besondere Interesse der Beigeladenen"*, heißt es, *"an der sofortigen Vollziehung, d.h. die Eilbedürftigkeit besteht darin, daß mit einem Zuwarten für sie erhebliche wirtschaftliche Nachteile verbunden sind. Diese Nachteile liegen in der Notwendigkeit, die für das Kernkraftwerk bereits aufgewandten Beträge – Planungskosten, Grundstückskosten – über eine längere Zeit zu verzinsen, als es bei einem sofortigen Baubeginn erforderlich gewesen wäre."*

Der Eigentümer hat das Recht, über sein Eigentum zu verfügen und dabei seinen Profit zu machen, und dieses Recht muß von den bürgerlichen Gerichten geschützt werden, nach diesem Grundsatz hat das Mannheimer Gericht konsequent geurteilt. *"Das schützenswerte Interesse an einem sofortigen Baubeginn bleibt auch dann erhalten"*, hat das Gericht hinzugefügt, *"Wenn es den Beigeladenen gelingen sollte, den Verlust* (durch die Verzögerung des Baubeginns, Red.) *über den Strompreis auf die Allgemeinheit abzuwälzen, denn eine Minderung ihrer Gewinnspanne muß sie auch dann befürchten."*

Mit dem Recht des privaten Eigentümers zu argumentieren, ist etwas, wogegen die Bauern schwer etwas sagen können, treten sie doch selber als die Eigentümer von Grund und Boden am Kaiserstuhl auf, mögen sich die Richter gedacht haben.

Aber handelt es sich um die gleiche Sorte von Privateigentum? Ist es dasselbe, wenn der eine ein Stück Land und ein paar Maschinen besitzt, um damit selbst dem Boden soviel abzuringen, daß er damit seine Existenz fristen kann? Oder wenn der andere Boden und Produktionsmittel in einer Größenordnung besitzt, daß er davon leben kann, fremde Arbeitskraft damit arbeiten zu lassen und immer größeren Reichtum für sich aufzuhäufen? Ist es dasselbe, mit dem Eigentum an seinem Stück Land seine Existenz zu verteidigen oder mit dem Eigentum an Produktionsmitteln das Recht zu verteidigen, Hunderte, Tausende auszubeuten? Das ist ganz offensichtlich nicht dasselbe, und deshalb haben die kleinen Bauern am Kaiserstuhl nicht den geringsten Grund, sich von der Beweisführung des Gerichts beeindrucken zu lassen.

Klar können sie dagegen an dem Urteil ablesen, welche Art von Eigentum von den bürgerlichen Gerichten geschützt wird und welche nicht: Die Kernkraftwerk Süd hat das Recht bekommen, der Gier nach Profit schonungslos zu folgen, auch wenn dabei die Ruinierung der Bauern in Kauf genommen wird.

Daß der Spruch für den Profit ein Schlag gegen die Existenz der Bauern ist, spricht das Gericht nur nicht so gerne offen aus. Um daran vorbeizukommen, hat es sich etwas ausgedacht, womit es meint die Bauern übertölpeln zu können.

Das Gericht behauptet in einer *"Abwägung"* der beiderseitigen Interessen: *"Soweit die 1. Teilerrichtungsgenehmigung die Errichtungs- und Baumaßnahmen betrifft, überwiegt das besondere Interesse der Beigeladenen* (also der Kernkraftwerk Süd GmbH, Red.) *an der Anordnung der sofortigen Vollziehung das Interesse der Antragsteller an der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes auf dem Bauplatz; denn einerseits beeinträchtigt die Baueinstellung erheblich die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Beigeladenen, während andererseits schätzenswerte Interessen der Antragsteller durch die bloße Errichtung der genehmigten Anlage nicht berührt werden . . .*", da ja der Reaktor selbst im 1. Bauabschnitt noch nicht gebaut würde. *"Erst durch den Betrieb des KKW"* könnten die Bauern *"in ihrem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit beeinträchtigt werden, dagegen nicht durch die Errichtung des Bauwerkes"*. Was wollt ihr Bauern, ein paar Gebäude und Rohrleitungen tun doch niemandem weh, dagegen könnt ihr doch nichts haben. Also geht von dem Bauplatz da runter. Es ist ja nichts verloren. Im Hauptverfahren wird genau geprüft, ob eure Ablehnung des Reaktorbetriebes berechtigt ist.

Stand hinter dem von der ersten Instanz verhängten Baustopp die Berechnung, durch ein vorübergehendes Entgegenkommen die Bevölkerung für eine Entscheidung auf juristischer Ebene gefügig zu machen, nachdem es mit dem Polizeiknüppel nicht gegangen war, so will das Mannheimer Gerichtsurteil der Kernkraftwerk Süd GmbH ermöglichen, vollendete Tatsachen zu schaffen, gegen die die Bevölkerung dann auf verlorenem Posten ist. Im Hauptverfahren in vielleicht zwei Jahren hätte das Gericht dann leichtes Spiel.

Das Gericht verlangt von den Bauern am Kaiserstuhl, daß sie sich den Entscheidungen der Landesregierung unterwerfen und daß sie die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie einhalten. Die Vorstellung der Bauern von Demokratie ist nach dem Spruch des Gerichts illegal. Diese Vorstellung besteht darin, daß die, die in der Gegend das Land besitzen und selbst bearbeiten, das Recht haben, Widerstand gegen eine Politik zu leisten, die den Bauern ihre Lebensgrundlage entzieht.

Dieser Widerstand ist vollständig gerecht. Die Arbeiterklasse weiß, daß das kleinbäuerliche Privateigentum gegenüber der kapitalistischen Großproduktion rettungslos verloren ist, und sie kann den kleinen Bauern keinerlei Versprechungen machen, daß ihr kleines Privateigentum erhalten bleiben kann. Die Arbeiterklasse kann den kleinen Bauern nur versprechen, daß sie „nicht wider ihren Willen in ihre Eigentumsverhältnisse eingreifen" wird, wenn sie die politische Macht erkämpft hat. (Friedrich Engels, Marx/Engels-Werke Band 22, Seite 402) Wo sich der bürgerliche Staat über ihren erklärten Willen gewaltsam hinwegsetzt, werden die kleinen Bauern deshalb immer die Unterstützung der Arbeiterklasse finden. – (r., Freiburg /hv)

8. November: Zentrale Kundgebung des DGB in Dortmund

Die Sozialdemokraten werden die Forderungen der Arbeiter nicht ersticken können

Am 8. November wird der DGB eine zentrale Kundgebung durchführen. Diese Kundgebung soll in der Westfalenhalle in Dortmund stattfinden. Die Sozialdemokraten, die den DGB beherrschen, wollen diese Kundgebung unter dem Motto "So geht's nicht weiter" und "Damit es besser wird" durchführen. Im ganzen Land soll für diese Kundgebung mobilisiert werden. Hin sollen aber bloß Fünfundzwanzigtausend dürfen.

Heinz Oskar Vetter wird auf der Kundgebung sprechen. Er wird begründen, daß die "Unternehmer investieren müssen" und die "paritätische Mitbestimmung gebraucht" wird. Alles, damit es "besser" wird – das Berufsbildungsgesetz soll "zukunftsorientiert" sein.

Es handelt sich um einen schlecht getarnten Versuch der Sozialdemokraten, die Arbeiterbewegung auf dem Scherbenhaufen ihrer Illusionen zu versammeln. Gewöhnlich verhalten sich die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft nach der königlich preußischen Beamtendevise "Die erste Bürgerpflicht ist Ruhe". Davon müssen sie mit dieser zentralen Kundgebung ein Stück abrücken. Das müssen sie, denn wenn jetzt die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft nicht anfangen, sich von den Sozialdemokraten in der Regierung etwas zu unterscheiden, wird ihr Einfluß dahinschmelzen.

Die freche Willkür vor Augen, mit der die Kapitalistenklasse die kapitalistische Krise ausnutzt, um der Arbeiterbewegung erkämpfte Errungenschaften wieder abzunehmen; eine sozialdemokratisch geführte Regierung im Nacken, die dem Lohnraub das Wort redet und die die Kapitalisten in noch nicht gesehenem Ausmaße aus öffentlichen Mitteln füttert; die gleichzeitig die Massen durch Erhöhung der Steuern und Abgaben plündert und die, um all diese "Reformen" vor der Gegenwehr der Arbeiter zu sichern, auch noch umfassend die Rechte der Arbeiter verkürzt und allerhand Polizeibefugnisse des bürgerlichen Staatsapparates zusätzlich erfindet: unter dem Druck all dieser Vorgänge breitet sich in der Arbeiterbewegung die alte Erfahrung aus: Niemand tritt für die Interessen der Arbeiter ein, wenn es die Arbeiter der Arbeiter ein, wenn es die Arbeiter nicht selber tun.

Selbständige Kämpfe der Arbeiter entwickeln sich auf breiter Front. Immer wieder muß die bürgerliche Presse berichten von Streikkämpfen, die verbissen und hartnäckig geführt werden. Freilich, meist brechen solche Kämpfe aus, wo die Willkür und der Übermut eines einzelnen Kapitalisten ein unerträgliches Maß angenommen hat. Und meist sind es bloß kleine Belegschaften, denen es gelingt, sich selbständig zusammenzuschließen, auch ohne Unterstützung durch die Gewerkschaftsorganisationen den Kampf aufzunehmen. Bezeichnend ist aber, daß diese Kämpfe sofort, wenn sie bekannt werden, die Sympathie und Unterstützung aller Arbeiter haben. Genauso unverkennbar meldet sich die Arbeiterbewegung in politischen Fragen zu Wort. Die Arbeiterjugend, deren Ausbildung verkommt, weil sie ganz der Willkür der Kapitalisten überlassen bleibt, ist in großen gewerkschaftlichen Aktionen aufgetreten. Und an den Berufsschulen flackern immer wieder Auseinandersetzungen mit dem staatlichen Schulapparat auf, der eine Ausbildung nicht garantiert, sondern damit knapst und spart, so daß die bürokratische Bevormundung das Hauptergebnis des Berufsschulbesuches ist und die Anwesenheit in den Hilfsarbeiter- und Arbeitslosenklassen dem Straflager gleicht.

In den Gewerkschaften reißt die Diskussion um den § 218 nicht ab. Und die gegenwärtige Säuberung im öffentlichen Dienst führt auch nicht dazu, daß die Radikalen weniger werden. In der Vorbereitung des Gewerkschaftstages der ÖTV gibt es eine breite Diskussion, daß man die Abschaffung des besonderen Dienstrechtes verlangen und erkämpfen muß. Das bedeutet Aufhebung des Beamtenrechtes und ist ziemlich radikal.

Das ist die Lage, der sich die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften gegenübersehen. Und solange sie versuchen, in diesen Auseinandersetzungen die Politik der Regierung schnurstracks zu rechtfertigen, werden sie nichts erreichen, sondern bloß an Einfluß verlieren.

Sie müssen daher so tun, als ob sie einerseits kämpfen wollten, und müssen andererseits solche Forderungen aufstellen, auf die sich die Arbeiter niemals einigen können.

Eine solche Forderung ist die Mitbestimmung. Das ganze Chaos der kapitalistischen Produktion soll bleiben, die Konkurrenz soll bleiben und die Ausbeutung soll bleiben. Bloß daß die Arbeiter dann "paritätisch" mitbestimmen, wie und welche Konkurrenzstrategien die Konzerne gegeneinander aushecken. Es ist eine Forderung, auf der sich die Arbeiter niemals zusammenschließen können, weil schon die erste Erfahrung der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf lehrt, daß man sich gewerkschaftlich zusammenschließen muß über die Schranken des einzelnen Kapitals hinweg, daß man die Kapitalisten gegeneinander ausspielen muß und sich auf gar keinen Fall darauf einlassen darf, daß die Mitbestimmer dann bei Ford sich überlegen, wie sie ihre Kollegen bei VW hereinlegen können.



Die Ausbildung darf nicht Privatsache der Kapitalisten bleiben / Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr

Genauso, wenn der DGB vorschlüge, für "Stabilität" zu demonstrieren. Wann je hat sich eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse in der Geschichte unter der Forderung "für Stabilität" zusammenschließen können?

Solche "Forderungen" stellen die Sozialdemokraten auf, weil sie davon ausgehen, daß die Arbeiter unter allen Umständen die Kapitalisten erhalten müssen. Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die Arbeiter unfähig sind, die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen. Sondern bestenfalls "mitbestimmen" können. Dabei sollten es die Sozialdemokraten besser wissen. Immerhin leben inzwischen viele von ihnen nicht schlecht vom Fleiß der Arbeiter und besetzen im bürgerlichen Staatsapparat allerhand wohlgefettete Posten. Von diesen Posten aus gesehen ist "Stabilität" ein hoher Wert und nimmt sich anders aus als aus dem Blickwinkel des Fließbandes.

Exakt dieses ist aber der Blickwinkel, den die Arbeiterklasse hat, und heute ist es schon so weit, daß der Gedanke an eine Fließbandbeschäftigung und Ausbeutung immer noch erfreulich erscheint gegenüber dem Los der Arbeitslosigkeit, das die kapitalistische Wirtschaft über die Arbeiterklasse bringt.

Es wird daher nichts daraus werden, wenn Heinz Oskar Vetter den müden Aufguß lange widerlegter und durch praktische Anschauung lächerlich gemachter Vorstellungen unter dem frenetischen Beifall von fünfundzwanzigtausend Arbeitern vorzutragen gedenkt.

Höchstens, wenn die DGB-Führung sich ganz darauf verlegt, diese Sache polizeimäßig durchzuführen. Geplant ist es. Gesichtskontrolle bei den Bussen. Dann nochmals bei Eintritt in die Westfalenhalle. Und sowieso streng begrenzte Teilnehmerzahl, so daß eigentlich gerade Platz da ist für die sozialdemokratischen Funktionäre.

Indessen ist vielen der unteren Gewerkschaftsfunktionäre ihre Ruhe das Heilige. Selbst wenn es nicht gelingt, eine Erhöhung der Kontingente durchzusetzen, wird sich nicht vermeiden lassen, daß Kollegen, die in den Auseinandersetzungen des Jahres tätig waren, teilnehmen werden.

Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften unterschätzen die politische Reife der Arbeiterbewegung. Obwohl es wirklich naheliegend wäre, den Sozialdemokraten das Vergnügen zu überlassen, sich eine halbe Stunde Heinz Oskar anzuhören, ist doch klar: Schädlich wär es, den sozialdemokratischen Spitzenfunktionären zu erlauben, den Namen der Gewerkschaft DGB zu benutzen, um ihre Parteifahne herauszuhängen.

Deswegen wird in den Betrieben, Lehrwerkstätten und Berufsschulen fraglos beraten werden, wie man in der Vorbereitung dieser Kundgebung den Forderungen Geltung verschafft, die sich in den Kämpfen des letzten Jahres bewährt haben, unter denen die Einheit im Kampf möglich war, weil sie von den Interessen der Arbeiter ausgehen und sie gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat zusammenschließen. – **(mf)**



Kampf der kapitalistischen Rationalisierung und Arbeitshetze



Mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit

Ford Köln: Allein von 1969 bis 1973 lag der Reingewinn für die Kapitalisten bei über 1 Milliarde DM

„Spitzen aus Staat und Wirtschaft" feiern 50 Jahre Ford

Köln. Am Donnerstag, dem 16. Oktober, wurde in Köln mit großem Getöse das fünfzigjährige Jubiläum von Ford Deutschland gefeiert.

Die sogenannten "Spitzen aus Staat und Wirtschaft" und das Lumpenpack, das um sie herumschwirrt, waren ins Kölner Schauspielhaus gekommen, um das Jubiläum "festlich zu begehen".

Auf einen Nenner gebracht, waren all die geladen, die für die Produktion bei Ford noch keinen Finger krumm gemacht haben.

Diejenigen, die den ganzen Reichtum produziert haben, die seit 1925 insgesamt über 8,7 Millionen Autos zusammengebaut haben, die waren natürlich nicht eingeladen. Die hatten ihr Jubiläum schon hinter sich: Mit 10 Millionen Prämie – im Schnitt weniger als 100 DM pro Kollege – hatten sie sich Anfang September schon zufriedengeben müssen.

Dementsprechend war die Stimmung am Donnerstag in der Belegschaft: "Das sind nur die oberen Zweitausend, mit denen haben wir nichts zu tun", meinte ein Kollege, als er die riesigen Zeitungsartikel am Freitag in der Kölner Presse entdeckte.

Und wirlich, alles was sich bei "Atlantik-Hummer, Kalbsrücken mit Trüffelsauce, Gänseleber und Früchtebecher 'Tin Lizzy' mit Marzipan" (Kölner Stadtanzeiger, 17. Oktober) im Schauspielhaus (!) produzierte, hatte einen Arbeitsanzug oder einen Kittel immer nur bei anderen gesehen: Berg (BDI-Ehrenpräsident), Grünewald (Vorsitzender Bayer-Werke), Köppler (CDU-Fraktionsvorsitzender), Riemer (Verkehrsminister) usw. und van Nes Ziegler (Kölner Oberbürgermeister), Wirtschaftsminister Friderichs und natürlich Henry Ford II, der sich in der Präsidentensuite des Nobelhotels Interconti (Kosten wahrscheinlich mehrere Tausend DM pro Nacht) von einem leichten Hüsteln erholte.

Sogar die anwesende Delegation des Gesamtbetriebsrates, sonst schon zutraulicher im Umgang mit den Konzerngrößen, kam sich fehl am Platz vor. Mit Recht!

– Henry Ford II meinte, die deutschen Arbeiter (und natürlich die Manager) hätten "Disziplin, Fleiß und Können". "Boys, ihr seid einmalig", war der Spruch, der zentimetergroß im "Express" präsentiert wurde. Diese tatsächlichen Leistungen wurden allerdings nicht freiwillig, sondern unter dauerndem Druck, Antrieb und Drohung der Handlanger der Geschäftsleitung im Betrieb erbracht.

– Und Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) haute in die gleiche Kerbe: "Leistung ist auch heute noch eine Form der Selbstverwirklichung der Persönlichkeit." (Express, 17. Oktober) Da kann man wirklich nur noch die kalte Wut kriegen: jahraus, jahrein – täglich mehrere Hundert Male die gleichen Handgriffe, erzwungen unter dem Druck des unerbittlichen Tempos der Bänder und Maschinen; täglich Hunderte von Malen Felgen montieren, Scheiben einsetzen oder Karosserieteile pressen, das soll "Selbstverwirklichung der Persönlichkeit" sein! Das ist blanke Profitschinderei und nichts anderes.

– Und weiter: "Die amerikanischen Produzenten seien in der Lage, bei ziemlich niedriger Kapazitätsauslastung auch noch mit Gewinn zu arbeiten." (Kölner Stadtanzeiger, 17. Oktober) Das aber läuft schon so, auch ohne den "Rat" von Herrn Friderichs. Nicht umsonst steigt die Stückzahlleistung pro Kollege in diesem Jahr von 9,4 Autos (1974) auf voraussichtlich 12,7 Autos (1975).

Und wem das alles nützt, das hat die IG Metall auf der letzten Betriebsversammlung berichtet: In der Zeit von 1969 bis 1973 lag der Reingewinn für Henry Ford bei über einer Milliarde (!) DM.

– Und da kommt dieser "letzte Autokönig", wie er von der verlumpten bürgerlichen Presse tituliert wird, daher und schwafelt was von: "Vorsicht beim Ausbau der Mitbestimmung" Was dieses Prachtexemplar von Großkapitalist allerdings fürchtet, ist nicht das zur Debatte stehende Modell des DGB, sondern was anderes: Vielleicht könnten Gewerkschaftsvertreter sich eines Tages nicht mehr "loyal gegenüber dem Unternehmer verhalten" (Kölner Stadtanzeiger, 17. Oktober). – **(o., Köln)**

Auch Nichtorganisierte mit nach Dortmund

Speyer. Die DGB-Jugendgruppe Speyer hat am 17. Oktober mehrheitlich eine Resolution gefaßt, in der gefordert wird, daß auch nicht im DGB Organisierte an der Fahrt zur Demonstration am 8. November in Dortmund teilnehmen dürfen.

Mindestens 125 DM Erste Forderungen aus den Abteilungen

Bremen. Auf der Vulkan-Werft haben die Schlosserei und die Dreherei 10 Prozent, mindestens 125 DM gefordert, außerdem drei Tage mehr Urlaub bis 1977. Die Kollegen im Maschinenbau forderten 140 DM für alle und zwei Tage mehr Urlaub für 1976.

Berichtigung

In dem Artikel "Betriebsrat aufgelöst / Wie VAW bei Reynolds Hamburg einsteigt" (KVZ Nr. 41/1975, Seite 7) stand geschrieben, daß der Betriebsrat seiner **"Auflösung"** zugestimmt habe. Das ist nicht richtig. Der Betriebsrat hat seiner **"Aufspaltung"** in zwei Betriebsräte zugestimmt, in einen für das Walzwerk und einen für den Hüttenbereich.

Streik für tarifliche Absicherung des Weihnachtsgeldes

Aachen. Am Dienstag, 21. Oktober, beendeten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schirmfabrik Brauer und Co. erfolgreich ihren Streik. Für die tarifliche Absicherung des Weihnachtsgeldes waren sie am Mittwoch 15.10. in einen unbefristeten Streik getreten.

Nachdem die Gewerkschaft Textil und Bekleidung seit Mai ohne Ergebnis mit dem Verband der deutschen Schirmindustrie verhandelt hatte, drängten die Arbeiter die Gewerkschaft zum Kampf. Bis zu diesem Mittwoch hatte die Gewerkschaft schon einige Positionen in den Verhandlungen auf Bundesebene aufgegeben. Am Anfang stand die Forderung von 9 Prozent mehr, wobei diese 9 Prozent ein Paket von Lohnerhöhung, einem zusätzlichen Tag Jahresurlaub und einem Weihnachtsgeld von 30 Prozent des Monatslohnes umfaßten. Während der Verhandlungen war die Gewerkschaftsführung von dem Tag Jahresurlaub abgewichen und hatte sich auf eine Lohnerhöhung von 6,2 Prozent eingelassen. Auf Bundesebene wollten sich die Schirmkapitalisten auf Verhandlungen über das Weihnachtsgeld nicht einlassen, weshalb die Verhandlungen auf dieser Ebene für gescheitert erklärt wurden. Es sollten jeweils Haustarife abgeschlossen werden.

In Aachen schlug der Schirmkapitalist Brauer ein Weihnachtsgeld von 25 Prozent des Monatslohnes vor, jedoch als freiwillige Zahlung. Die Arbeiterinnen und Arbeiter beharrten aber gerade in der jetzigen Krise auf der richtigen Forderung nach tariflicher Absicherung. Sie wissen: Alles, was nicht niet- und nagelfest im Tarifvertrag verankert ist, versuchen die Kapitalisten, wenn es ihnen paßt – wie sich in der Krise zeigt – zu streichen, und deshalb gibt es auch eine entschlossene Streikfront, in der 120 von etwa 150 Arbeitern stehen.

Eine große Stärkung in dem Kampf war eine Solidaritätserklärung des Vertrauensleutekörpers der Firma Garbe und Lahmeyer und eine Solidaritätsresolution, die auf einer Veranstaltung der Lehramtsanwärter für die Grund- und Hauptschule der Bezirksseminare Aachen I und II von etwa 70 Teilnehmern unterstützt wurde.

Das Ergebnis wurde bei 99 anwesenden Streikenden mit 96 Stimmen angenommen. Es gilt für die gesamte Schirmbranche: 6,2 Prozent Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Juni 1975. Tarifliche Festlegung von 25 Prozent Weihnachtsgeld vom Durchschnittslohn. Kein Streikender darf gemaßregelt werden. Alle Streikenden müssen ab Mittwoch wieder an ihrem alten Arbeitsplatz eingesetzt werden. Keiner darf wegen des Streiks benachteiligt werden. Die Kollegen drücken ihre Geschlossenheit darin aus, daß sie sich am Mittwochmorgen geschlossen vor dem Tor treffen, um geschlossen in den Betrieb zu gehen. – (f., Kommunistisches Kollektiv Aachen)



Mit großer Geschlossenheit streikten die Kolleginnen der Schirmfabrik

Vertrauensleute Klöckner Osnabrück

Kürzere Laufzeit für den neuen Tarifvertrag!

Osnabrück. Höchstens sechs Monate Laufzeit für den nächsten Stahltarifvertrag wurde am 10. Oktober auf der ganztägigen IG-Metall-Schulung für alle Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Osnabrück von zweien der insgesamt vier Arbeitskreise gefordert. Die beiden anderen Arbeitskreise forderten: kürzere Laufzeit als 12 Monate. Von vielen Kollegen wurde die 8-Prozent-Forderung als unzureichend kritisiert. Am 9. September hatte der IG-Metall-Ortsvorsitzende Weber auf der Vertrauensleutesitzung die Diskussion über eine konkrete Forderung unterbunden, obwohl nur zehn Tage später die Tarifkommission der Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte 8 Prozent als Forderung aufstellte. Jetzt deutet der IG-Metall-Ortsvorsitzende an, daß "man wohl bei 6 Prozent hängen bliebe". Gegen die Forderung auf kürzere Laufzeit spielte er die vermögenswirksamen Leistungen aus. Da am 30. Juni 1976 die Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen auslaufen würden, könne jetzt ein Tarifvertrag über 12 Monate abgeschlossen werden.

Als Urlaubsgeld forderten die Vertrauensleute einen gleichen Betrag für alle. In einer Abstimmung stellten sie die Forderung nach 50 Prozent vom Ecklohn als Urlaubsgeld auf.

Das zweite Thema auf der Schulung war die geplante Zusammenlegung der beiden Klöckner-Werke Osnabrück und Georgsmarienhütte. Nachdem die beiden Werke 1970 getrennt worden waren, hatten die Kapitalisten in Georgsmarienhütte 1971 Betriebsabteilungen stillgelegt und 1 800 Arbeiter entlassen. Bei der erneuten Zusammenlegung sollen durch Rationalisierungen 5 bis 20 Millionen DM eingespart werden. Wo und an welcher Stelle eingespart werden soll, verschweigen die Klöckner-Kapitalisten. Sie wollen erst einen Beschluß im Aufsichtsrat herbeiführen, um dann die Maßnahmen gegen die Arbeiter mit der Stimme der "Arbeitnehmervertreter" durchführen zu können. Ein Kollege zeigte in einem Beitrag auf, daß es in den Aufsichtsräten der gesamten Stahlindustrie seit Bestehen der Montanmitbestimmung nur eine einzige Kampfabstimmung bei Hoesch-Union gab. Über die Mitbestimmung habe man auch damals bei den 1 800 Entlassungen in Georgsmarienhütte 1971 nichts für die Arbeiter durchgesetzt.

Den Vertrauensleuten ist klar, daß die 5 bis 20 Millionen DM nicht dadurch eingespart werden, daß einige Direktoren ihren Posten verlieren. Deshalb fordern sie die Offenlegung aller Pläne und keine Entlassungen. Eine Resolution an die IG Metall Abteilung Mitbestimmung Düsseldorf wurde vom Vertrauensleutekörper einstimig verabschiedet, in der bekräftigt wird, keine Maßnahme der Klöckner-Kapitalisten gegen die Arbeiter hinzunehmen. – (f., Betriebszelle Klöckner Osnabrück/Red.)

Kapitalistendrohung

Die WAHRHEIT überschrieb die Geschäftsleitung der Schirmfabrik Bauer, Aachen, ihre Anzeige an die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen. In den "Aachener Nachrichten" vom 18. Oktober drohte sie den Kollegen, die für eine tarifliche Festlegung des Weihnachtsgeldes streikten, daß der Streik "mehr Arbeitslosigkeit verursacht". "Opfert Eure Existenz nicht für eine Kraftprotzerei!" warnen sie und schwenken die Entlassungsscheine, denn sie sind es, die bedenkenlos die Existenz der Arbeiter opfern, wenn es an ihren Profit geht. Seit Mai hatten sie sich geweigert, ein Angebot auch nur vorzulegen. Jetzt erklären sie den Streik als "mutwillig". Erst unter dem Druck des Streiks aber wurde die Geschäftsleitung gezwungen, auf die Forderung der Gewerkschaft zu antworten.

So sieht die Praxis aus! Ein Kollege schreibt zum Bericht des "Stern" über Arbeitsunfälle.

„Wer noch alle Finger hat, ist ein fauler Hund"

Der "Stern", ein hinreichend bekanntes Blatt, hat in seiner Ausgabe Nr. 42 vom 9. Oktober unter dem Titel "Tatort Arbeitsplatz" zu einer für die Bourgeoisie brisanten Frage Stellung bezogen, zur Frage der Unfälle am Arbeitsplatz. Die Stellung des "Stern", so erkennt man aus diesem Artikel, ist im Sinne der herrschenden Klasse.

Hin und wieder, so scheint es mir, schreckt einer der Bourgeois-Ideologen auf, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, die aus der ihm so düster und dunkel erscheinenden Welt der Arbeit an sein Ohr dringen. Mein Gott, wie ist das möglich, wird er sich fragen, sich abergleichzeitig ausrechnen, wieviel die "Lösung" dieser Frage, gedruckt in einer Zeitung wie dem "Stern", für ihn einbringen kann. In diesem Falle brachte sie wohl genug ein.

Wilde Schauergeschichten, brutale Fotos von einer abgequetschten Hand, von arm- und beinamputierten Kollegen leiten die Sache ein. Dann folgen Zahlen, die in der Tat sehr erschreckend deutlich machen, wieviele Kollegen für die Profitgier der Kapitalisten ihr Leben lassen, Arme, Beine opfern müssen oder durch sonstige Verletzungen für diese Ausbeuterordnung "zahlen" müssen. *"Alle 15 Minuten verunglückt ein Arbeiter auf dem Bau, im Bergwerk, in der Fabrik, im Hafen. Alle sieben Minuten macht ein Arbeitsunfall einen Maurer, Monteur, Maschinisten oder Schauermann zum Invaliden. Alle zwei Stunden schließlich wird ein Mensch an seinem Arbeitsplatz getötet."*

Diese Zahlen veröffentlicht der "Stern", die kann er nicht verheimlichen. Und wen macht er für diese hohen Unfallzahlen verantwortlich? Die Bourgeoisie, die diese Gesellschaftsordnung aufrechterhält, die ihrem Gott, dem Profit, Menschen opfert wie in früheren historischen Epochen die Menschen ihren Göttern Tiere?

Weit gefehlt: *"Fachleute schätzen die 'Leichtsinnsquote' unter den Arbeitsunfällen auf mehr als 50 %"*, schreibt das Blatt, und damit schreibt es, was alle Bourgeoisideologen zu diesem Thema zu sagen haben. Natürlich, es sind ja nicht alle so leichtsinnig; *"oft verunglücken Arbeiter, weil sie abgelenkt, müde oder überfordert sind"*. Und natürlich gibt es, laut dem dort zitierten Arbeitsschutz-Präsidenten Prof. Hagenkötter, *"immer noch Unternehmer und Meister, die pflichtwidrig versäumen, die Belegschaft mit neuen Arbeitsgeräten und Maschinen vertraut zu machen"*.

Mehr noch: eine sogenannte "Kölner Arbeitsgemeinschaft für System- und Konzeptforschung" fand sage und schreibe heraus, *"daß in einem Metallbetrieb die Schutzvorrichtungen von den Metallpressen entfernt worden waren, um die Leistung zu erhöhen"*. Für die Arbeitsgemeinschaft war es vielleicht eine ganz neue Entdeckung, das es sowas gibt. Einzelfälle, werden sie sagen.

Im allgemeinen aber, werden sie dem "Stern" beipflichten, sind die Arbeiter selbst schuld, weil sie eine falsche Auffassung von "Mannesmut" und "Heldentum" haben. Besonders schlimm sei es bei den Arbeitern der Eisen- und Hüttenwerke des Siegerlandes. Dort heiße es (so berichtet uns Hagenkötter): *"Wer noch alle Finger hat, ist ein fauler Hund."* Soviel "Dummheit" läßt einem Arbeitsschutzpräsidenten die Haare zu Berge stehen. Aber wer die Arbeiter kennt, weiß natürlich, wieviel grimmige Ironie in diesem Satz steckt, weiß natürlich, was es für die Arbeiter bedeutet, dort zu arbeiten nämlich: "abbe Finger". Und die Herren, in deren Fabriken die Arbeiter ihre Finger lassen, sind allerdings faule Hunde, ihnen fehlen keine Finger!

"Mehr Aufklärung"

Nachdem nun die Dummheit, der Leichtsinn der Arbeiterklasse für die hohen Unfallzahlen verantwortlich gemacht wurde, nachdem durch die Befragung von "Wissenschaftlern" diese Behauptung "wissenschaftlich fundiert" wurde, nachdem man durch die Äußerung eines Druckers, "etwas Schlampigkeit" sei schuld an seiner verlorenen Hand, die Dummheit und den Leichtsinn der Arbeiterklasse durchschlagend bewiesen hat, nachdem die Bourgeoisie sich von aller (oder sagen wir mal, der meisten) Schuld reingewaschen hat, wird nun der Schluß gezogen, daß das einzige Mittel zur Bekämpfung von Dummheit und Leichtsinn die gewissenhafte Aufklärung sei.

In den Betrieben prangen dann die verschiedensten Plakate, entweder modische Pin-up-Plakate, die z.B. vor aus Planken stehenden Nägeln warnen (das Plakat zeigt dann ein nacktes Mädchen mit Blumen im Haar, das sich gerade mit dem Arsch auf spitze Nägel setzt), oder man bringt "geistreiche" Sprüche an wie: *"Gar mancher Unfall bleibt erspart, wenn sich Verstand mit Vorsicht paart"*. so in dem Betrieb, in dem ich arbeite.

Abschließend werden in dem "Stern"-Artikel dann noch einzelne Betriebe aufgeführt, die durch Aufklärung usw. die Unfallrate senken konnten, was als weiterer Beweis der oben aufgestellten Theorie gilt.

Ich arbeite bei Karmann in Osnabrück, einem Karosserie- und Preßwerk und Werkzeugbau mit etwa 5 000 Beschäftigten. An einigen Beispielen will ich zeigen, was es mit dem "Leichtsinn" der Arbeiter auf sich hat – diese Beispiele sind durchaus typisch für alle kapitalistischen Betriebe.

a) Preßwerk

Vor einiger Zeit funktionierte an einer Presse die Lichtschranke nicht. Die Kollegen aber wurden angetrieben und gezwungen, trotzdem an dieser Presse zu arbeiten. Ergebnis: Einem Kollegen wurde durch die abfahrende Presse die Hand abgequetscht; dem Meister, der die Anordnungen gab, geschah nichts.

b) Lager

Die Kollegen wurden gezwungen, aufgrund von Produktionsumstellungen im letzten Jahr, im Lager Kisten und Paletten bis in den Fahrweg hinein hoch aufzustapeln. Dabei kam es zu Unfällen durch herabstürzende Kisten, die von den Gabelstaplern in den viel zu engen Wegen umgerissen wurden. Diese Vorfälle fielen in eine Zeit, wo das Scirocco-Band eingerichtet wurde und wo nachfolgend die Produktionszahlen ungeheuer in die Höhe gejagt wurden. Auf Teufel komm raus wurde produziert, und die Zahl der Unfälle stieg beträchtlich in die Höhe. Die Stückzahlen wurden von 65 auf 130 Wagen pro Schicht gesteigert. Die Kollegen arbeiten wie wild, alles steht voller Material, sie können sich kaum bewegen. Als dann mal ein Unfall passiert, kann der herbeigerufene Unfallwagen nicht mal zur Unfallstelle, weil die Zufahrtswege voller Kisten mit Autoteilen stehen.

c) Werkzeugbau

‚Es ist Berichten von Kollegen zufolge vorgekommen, daß beim Umdrehen großer Werkzeuge, die oft 10, 20 oder mehr Tonnen wiegen, mit dem Kran die Seile aus den ungünstig angeordneten Tragevorrichtungen der Werkzeuge rutschten und das Werkzeug zu Boden fiel. Dabei kamen auch Unfälle vor. Bezeichnend ist, daß die zuständigen Vorarbeiter und Meister, sobald sie sahen, daß so ein Werkzeug umgedreht werden sollte, schnell verschwanden, damit, falls ein Unfall passiert, ja nicht sie, sondern der *"Leichtsinn und die mangelnde Vorsicht"* der Kollegen verantwortlich gemacht werden können.

d) Unterweisung im Unfallschutz bekommen z. B. die Lehrlinge.

Das geht so vor sich: Der Sicherheits-Ingenieur kommt rein, erklärt den verdutzten Versammelten, daß er schon an den Olympischen Spielen teilgenommen habe, daß er auch mal jung war und daß er deshalb die Probleme der Lehrlinge besser kenne als sie selber. Darauf schwelgt er noch eine Weile in dieser seiner Fähigkeit, bringt dann den Zuhörern bei, was eine Berufsgenossenschaft ist, wo sie ihren Sitz hat und daß sie nicht zahlt, wenn man keine Sicherheitsschuhe, keine Schutzbrille und kein Haarnetz aufhat. Danach verschwindet er wieder.

e) Für schwere Unfälle steht in unserem Betrieb ***kein Unfallwagen*** zur Verfügung; der Betriebsarzt, ein "Obermedizinalrat", sieht einmal in der Woche nach dem Rechten. Sonst gibt es in dem Betrieb nichts außer Erste-Hilfe-Kästen und je einem Stuhl für "Empfindliche".

Kein Leben ist so abenteuerlich wie das Leben eines Arbeiters, sagte ein Kollege zu mir. Und da hat er unbedingt recht.

So sieht die Praxis aus, Herr "Stern"-Reporter! Arbeitshetze, Rationalisierungen, Kostenersparnis, Ausbeutung, Profitgier, ja die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse sind die Ursache für die hohe Zahl der Arbeitsunfälle – und diese Zahl wird sich erst entscheidend verringern, wird erst unbedeutend werden, wenn die Produzenten, die Arbeiter, selbst die Macht ausüben und in der Produktion bestimmen. Die Herren, die jetzt diese Verhältnisse durch ihre Schmiererei verschleiern, werden wir dann in die ihnen sicher nicht genehme Welt der Arbeit eingliedern. – **(k., Betriebszelle Karmann, Osnabrück)**

Eine Provokation: 4-Prozent-Angebot

Kassel. Provokatorische 4 Prozent als Lohnerhöhung boten die hessischen Handwerkskammern den Elektrohandwerkern an. Darauf antworteten die über 300 Handwerker auf rund 30 Baustellen in Kassel mit einem einstündigen Streik.

Am letzten Freitag fand eine Protestkundgebung der IG Metall statt mit anschließender Demonstration zur Handwerkskammer unter der Parole: Und ist die Handwerkskammer noch so stark, wir kämpfen jetzt um jede Mark.

Streik der Siemens-Belegschaft in St. Wendel

Saarbrücken. Die Belegschaft des Siemens-Zweigwerkes in St. Wendel verließ am Nachmittag das Werk. Mit einem Protestmarsch demonstrierten 450 Beschäftigte, meist Frauen, gegen die geplante Stillegung. Auf Transparenten forderten sie: "Wir wollen keinen Sozialplan, sondern Erhaltung unserer Arbeitsplätze" Arbeiter anderer Betriebe schlossen sich dem Protestzug an. Die Siemens-Kapitalisten wollen in St. Wendel, St. Ingbert die Werke schließen und in Bruchsal 350 bis 500 Arbeiter entlassen.

Philips: Streik gegen Stillegung

Limburg. Drei Stunden legten die Kollegen des Philips-Zweigbetriebes in Limburg am Freitag die Arbeit nieder. Der Betriebsrat hatte erfahren, daß der Betrieb geschlossen werden soll.

Entlassung zurücknehmen!

Kiel. Fünfzig der hundert Arbeiter bei der Fischkonservenfabrik Otto Richter haben am Montag, den 13. Oktober, gegen die Entlassung zweier Kollegen gestreikt. Die beiden hatten sich in den Wochen davor darum bemüht, im Betrieb einen Betriebsrat aufzubauen. Gegen die Arbeitsbedingungen hatte sich schon seit längerem der Unmut der Kollegen entwickelt. Das zeigte sich daran, daß einer der jetzt Entlassenen innerhalb einer Woche 50 Kolleginnen und Kollegen für die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten werben konnte.

In Solidarität mit den Streikenden forderte der Kreisjugendausschuß des DGB Kiel/Plön den DGB auf, mit einer Protesterklärung gegen die Entlassungen an die Öffentlichkeit zu treten

Bezirksvorstand der Postgewerkschaft beantragte Ausschluß einer Personalrätin aus dem Personalrat

Verboten: Für die Interessen der Kollegen einzutreten

Freiburg. Am 8. Oktober beschloß das Verwaltungsgericht Freiburg auf Antrag des Bezirksvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) den Ausschluß der Personalrätin Ulrike Küstler aus dem Personalrat beim Fernmeldeamt Freiburg und dem Bezirkspersonalrat bei der Oberpostdirektion (OPD) Freiburg. Die Gewerkschaftsführung hatte zuvor schon die Personalrätin mit der Begründung: Mitgliedschaft im KBW aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Zugleich vertagte das Verwaltungsgericht den Antrag der Oberpostdirektion (und des Fernmeldeamtes) auf fristlose Entlassung der Personalrätin. Der Richter begründete diese Vertagung damit, daß einer gewöhnlichen Entlassung von U. Küstler nichts mehr im Wege stehe, wenn der Ausschluß aus den Personalräten rechtswirksam werde.

Herausgekommen bei dem Ganzen ist, daß U. Küstler weiterhin in den Personalräten sitzt, in die sie von ihren Kollegen mit der höchsten Stimmenzahl der Arbeitervertreter hineingewählt wurde, und daß die fristlose Kündigung nicht wirksam wird bis zur Entscheidung in der zweiten Instanz.

Mit dem Ausschluß von U. Küstler aus dem Personalrat und der fristlosen Entlassung wollen die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft und die Postverwaltung in konzertierter Aktion die Ruhe im Fernmeldeamt wiederherstellen. Um eine Kommunistin loszuwerden, war der Bezirksvorstand der DPG bereit, einem Personalratsmitglied per Gericht verbieten zu lassen, konsequent für die Interessen der Kollegen einzutreten. Wie ist die Lage bei der Post?

Seit langem vorbereitete Rationalisierungen sollen jetzt Zug um Zug durchgesetzt werden. 28 000 Dienstposten sollen bis Ende 1977 im Bundesgebiet bei der Post wegrationalisiert werden. Der Arbeitsdruck wird überall verschärft durch neue Bemessung der Vorgabezeit für alle Tätigkeiten. Dagegen entwickelt sich aber notgedrungen der Widerstand der Kollegen bei der Post. So haben die Kolleginnen in der Auskunft in Freiburg auf die Zeitschinderei des Amtes, auf die Abschaffung der Pausen und auf die verstärkte Antreiberei so geantwortet: "Wenn mehr geschafft werden soll, müssen eben mehr Leute her." Das Amt war gezwungen, drei Leute zusätzlich einzusetzen.

In einer solchen Lage zeigt es sich, daß Gewerkschaften notwendig gebraucht werden, um den Widerstand zu organisieren. Es zeigt sich aber auch sehr schnell, was aus der Gewerkschaft in der Hand der Sozialdemokraten wird. So ist der Stellenvorsteher in der Auskunft, der die Mehrarbeit gegenüber den Kolleginnen durchsetzen soll, zugleich im Bezirksvorstand der Gewerkschaft und im Vorstand des Personalrats. Das ist kein Einzelfall.

Den Widerstand gegen die Rationalisierung und die Auseinandersetzung um die Aufgaben der Gewerkschaft versuchen deshalb die Postverwaltung und die Gewerkschaftsführung Hand in Hand zu ersticken. So wurden die Anträge auf Entlassung durch Gewerkschaftsausschlüsse vorbereitet.

Ende November wurden Ulrike Küstler und zwei weitere Gewerkschaftsfunktionäre wegen Unterstützung des KBW ausgeschlossen, die in vielen Punkten den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft gegenübergetreten sind. Sie unterstützten Lohnforderungen in Mark und Pfennig, den Kampf gegen alle Rationalisierungsmaßnahmen, gegen den Schieß-Erlaß, für eine 1. Mai-Demonstration und für die Wahl von Vertrauensleuten.

Die Erklärung gegen den Ausschluß, mit der sich die drei Ausgeschlossenen an ihre Kollegen wandten, dient jetzt als Aufhänger, um ihre Entlassung zu betreiben. Um sie aus den Personalräten rauszuwerfen, wurde Ulrike Küstler vorgeworfen, sie habe die Schweigepflicht als Personalrat gebrochen. Einmal, weil sie einen Artikel in der KBW-Betriebszeitung mit umfangreichen Informationen über geplante Rationalisierungsmaßnahmen veröffentlicht habe, und zweitens weil sie eine Kollegin von einer Entscheidung informiert habe, die diese selbst betraf. Diese Vorwürfe konnten nicht bewiesen werden. Im Gegenteil konnte daran gut gezeigt werden, daß die Kollegen ein berechtigtes Interesse haben, zu erfahren, was aus ihren Arbeitsplätzen wird, und daß die Schweigepflicht eine unerträgliche Fessel für die Personalräte ist, die nur den Interessen der Verwaltung dient.

Genausowenig konnte bewiesen werden, daß das Verteilen der Erklärung gegen den Gewerkschaftsausschluß den Arbeitsfrieden gestört hat. So blieb nur der Inhalt der Erklärung. Dazu entschied das Gericht: Da es bekannt sei, daß die Personalrätin KBW-Mitglied ist, da in der Erklärung gegen den Ausschluß aus der Gewerkschaft Auffassungen über die Gesellschaft in der BRD vertreten würden, die auch der KBW vertritt, habe sie die von ihr geforderte "parteipolitische Neutralität" verletzt, und gegen ihre Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Verwaltung habe sie mit folgendem Satz in der Erklärung gegen den Ausschluß aus der Gewerkschaft verstoßen: *"Wir werden uns durch den Gewerkschaftsausschluß nicht behindern lassen, das zu tun, was wir weiterhin für das Entscheidende bei der gewerkschaftlichen Arbeit halten: Wir werden überall dort, wo wir sind, versuchen, die Interessen der Kollegen gegen die Interessen der Verwaltung durchzusetzen."*

Die Stellung der Postverwaltung in diesem Prozeß war klar. Die sah darin eine passende Ergänzung ihres Antrags, U. Küstler mit einer fristlosen Entlassung aus dem Amt zu entfernen. Der Amtsvorsteher verstieg sich in seiner Stellungnahme dazu, ihr vorzuwerfen, daß sie in allen Personalversammlungen auftrete.

Die traurigste Figur in diesem Prozeß gab aber der Bezirksvorsitzende Gotterbarm ab. Unterstützt wurde er dabei von dem Vorsitzenden des Personalrats beim Fernmeldeamt und der Oberpostdirektion. Statt angesichts der Angriffe auf die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen für die Bewegungsfreiheit und die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Beschäftigten im Betrieb einzutreten, redeten sie der engherzigsten und reaktionärsten Auslegung der Gesetze das Wort. Aber wer sich "die Verteidigung der Demokratie westlicher Prägung" auf die Fahnen geschrieben hat, wie es Gotterbarm beim Gewerkschaftsausschluß erklärte, der muß schließlich alle Maßnahmen des Staates gegen die Arbeiter und das Volk unterstützen. So sind sie schließlich gezwungen, auch in der Frage der Rationalisierung und der Sparmaßnahmen mit der Gegenseite zusammenzuarbeiten.

Die Rolle der Gewerkschaft in diesem Prozeß wurde von vielen Kollegen im Fernmeldeamt einer harten Kritik unterzogen, denn dieses Urteil bedeutet, daß ein Personalrat im öffentlichen Dienst sich zu gewerkschaftlichen Fragen nicht mehr äußern soll und schon gar nicht für eine konsequente Interessenvertretung aussprechen. Damit kommt die herrschende Klasse ihrem Ziel näher, daß Betriebs- und Personalräte, einmal gewählt, nicht mehr den Forderungen der Belegschaft verpflichtet sein sollen, sondern den Interessen des Fabrik- oder staatlichen Dienstherrn. Die Kollegen im öffentlichen Dienst werden es sich aber immer weniger leisten können, daß sie sich ducken und still halten, sonst wird ihnen das Fell über die Ohren gezogen. Sie brauchen im Gegenteil die Gewerkschaften, um sich zusammenzuschließen, denn als einzelne sind sie wehrlos. Von der Zusammenarbeit mit der Gegenseite ist nichts zu erwarten. Deshalb wird es auch immer deutlicher, daß man ein solches Dienstrecht bekämpfen muß, das einen zwingen soll, mit der Arbeitskraft auch die Gesinnung zu verkaufen. Die Kollegen im Fernmeldeamt diskutieren aufgrund dieser Erfahrungen die Vorbereitung der Personalratswahl Anfang des kommenden Jahres. – (u., Freiburg)

ÖTV

Festgeldforderung

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Osnabrück: Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Osnabrück am 11. Oktober (etwa 130 Vertreter von 5 600 Kollegen) hat mehrheitlich einem Antrag zugestimmt, in dem für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst eine Festgeldforderung von 150 Mark zur Diskussion und Meinungsbildung vorgeschlagen wird.

Vertrauensleutekörper der Stadtwerke Osnabrück: Der Vertrauensleutekörper der Stadtwerke Osnabrück hat am 16. Oktober einstimmig eine Festgeldforderung von 150 Mark für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst verabschiedet.

"Unzumutbare Demontage"

Die Arbeitsgemeinschaft der Gesamtpersonalräte der hessischen Städte Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Kassel, Hanau, Marburg, Offenbach und Wiesbaden haben die Regierungsmaßnahmen als "unzumutbare Demontage" abgelehnt. Die Kürzungen seien "genau das Gegenteil der bisherigen politischen Aussagen". Die ÖTV wurde aufgefordert, Maßnahmen einzuleiten.

Beamte fordern Streikrecht

Waiblingen. Die ÖTV-Beamtenkonferenz der Kreisverwaltung Ludwigsburg/Waiblingen forderte am 7. Oktober die Kreisdelegiertenkonferenz auf, die Angriffe der baden-württembergischen Landesregierung auf die Tarifautonomie zurückzuweisen. In einem weiteren Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz wird die Gewerkschaft aufgefordert, "die Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Verhandlungen mit der Regierung voranzutreiben. Dabei muß die Voraussetzung sein, daß die Rechtsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Tarifvertrag geregelt werden. Die Abschaffung des besonderen Dienstrechts für Beamte und das Streikrecht für Beamte müssen in diesem Zusammenhang durchgesetzt werden."

rechts für Beamte und das Streikrecht für Beamte müssen in diesem Zusammenhang durchgesetzt werden."

Opel Vertrauensleute solidarisch

Offenbach. Vor der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV wurde eine Solidaritätserklärung der Opel-Vertrauensleute aus Rüsselsheim verlesen, daß der Angriff auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur dazu diene, den Angriff auf alle Arbeiter und Angestellten vorzubereiten.

Solidarität mit Metallarbeitern

Saarbrücken. Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe an der Universität Saarbrücken lehnte in einer Resolution die Sparmaßnahmen der Regierung ab. Alle Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und in den Fabriken müßten solidarisch zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen. Dies gelte insbesondere für die bevorstehende Metalltarifrunde. Der Vertrauensleutekörper wird aufgefordert, bei gegebenem Anlaß Schritte einzuleiten, um der Solidarität Ausdruck zu geben. Weiter soll rechtzeitig eine Mitgliederversammlung einberufen werden, damit für die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst Art und Höhe der Forderung diskutiert werden kann.

Kampfmaßnahmen erforderlich

Oldenburg. Der Vertrauensleutekörper der Universität Oldenburg wies in einer Resolution die sogenannten Sparmaßnahmen der Bundesregierung zurück. Es heißt in der Resolution: "Der Vertrauensleutekörper ist sich darüber im klaren, daß die erfolgreiche Zurückweisung dieser Angriffe auf den Lohn der Beschäftigten insgesamt Kampfmaßnahmen erfordern wird."

Keine Kürzung des Schlechtwettergelds!

Solingen. Die DGB-Kreisdelegiertenversammlung protestierte am 4. Oktober gegen die geplante Kürzung des Schlechtwettergeldes für Bauarbeiter ab 1. Januar 1975. Bis jetzt bekommen die Bauarbeiter zum Schlechtwettergeld für jede Ausfallstunde einen Zuschlag von 30 Pfennig. Dieser Zuschlag soll gestrichen werden.

IG Bau Mitglieder in Hamburg fassen Beschluß gegen Bezahlung unter Tarif

Über 300 Stunden im Monat auf dem Bau gearbeitet

IG Bau Mitglieder in Hamburg fassen Beschluß gegen Bezahlung unter Tarif

Über 300 Stunden im Monat auf dem Bau gearbeitet

Die Produktion in der Bauindustrie fiel bis August um 12 Prozent unter das Niveau des Vorjahres. Für 1976 wird eine weitere Schrumpfung der Zahl der fertiggestellten Wohnungen um mindestens ein Viertel erwartet (Süddeutsche Zeitung, 18. Oktober). Den verstärkten Konkurrenzkampf untereinander tragen die Baukapitalisten aus, indem sie in breitem Umfang die Bauarbeiter zwingen, unter dem Tariflohn zu arbeiten. Auf einer Versammlung der IG Bau in Hamburg beschlossen die Mitglieder, die Lohndrückerei nicht mehr hinzunehmen.

Hamburg. Am 1. Oktober hatten die Zimmerer und Einschaler der IG Bau Steine Erden von Hamburg ihre Fachgruppenversammlung. Hauptpunkt auf der Tagesordnung war: Wie läßt sich die Anwendung von gültigen Tarifverträgen zur Sicherung der Arbeitseinkommen durchsetzen?

Dazu berichtete ein Kollege, daß Unternehmer immer noch erfolgreich sind im Lohnraub der Arbeiter, daß Zimmererkolonnen 10 bis 15 Prozent unter Akkordtarif arbeiten. Die Unternehmer begründen dieses damit, sonst würden sie den Auftrag nicht bekommen, sie müßten so scharf kalkulieren, und wenn ihr hier zurücksteckt, dann habt ihr mindestens noch ein halbes Jahr Arbeit. Doch real sieht das in diesem Fall so aus: Die Kollegen haben höchstens für vier Monate noch Arbeit, weil durch Überstunden der Bau früher fertiggestellt worden ist. Die Überstunden machen die Kollegen, weil sie so die 10 bis 15 Prozent weniger Akkord wieder ausgleichen wollen, sonst kommen sie in eine finanziell noch schlechtere Lage.

Doch wie sieht das Arbeitslosengeld aus, wenn diese Kollegen bei der nächsten Baustelle die Lohndrückerei und die Überstunden nicht mehr mitmachen wollen und deshalb die Kündigung bekommen haben? Das Arbeitslosengeld fällt niedriger aus, weil die Berechnungsgrundlage ja um 10 bis 15 Prozent niedriger ist.

Die Kollegen, die solche Lohndrückerei mitmachen, stehen hinterher schlechter da, sie haben dem Unternehmer nochmal in die Tasche gewirtschaftet, aber selbst dabei verloren. Sie stehen dann vor der Entscheidung, entweder sie werden arbeitslos (mit weniger Arbeitslosengeld), oder sie arbeiten für niedrigen Lohn weiter und machen Überstunden, um auf den gleichen Lohn zu kommen.

Diese Überstunden nützen aber nur dem Unternehmer. Ein Kollege berichtete, daß auf der Baustelle Oberpostdirektion City Nord Arbeiter über 300 Stunden im Monat arbeiten (normal sind ungefähr 170 Stunden) und daß diese Baustelle etwa drei bis vier Monate früher fertig ist. Diese drei bis vier Monate frühere Fertigstellung ist ein zusätzlicher Profit der Unternehmer, von den Arbeitern durch Überstunden erreicht. Der Profit ergibt sich folgendermaßen: Der Baukapitalist bekommt eine Prämie für vorzeitige Fertigstellung; es werden drei bis vier Monate früher Arbeitskräfte frei, und er kann das nächste Bauvorhaben beginnen; außerdem trägt er den Konkurrenzkampf mit den anderen Unternehmern zu Lasten seiner Arbeiter aus.

Der Betriebsrat dieser Baustelle, der anwesend war, wurde aufgefordert, seine Zustimmung zu den Überstunden auf der Baustelle Oberpostdirektion zu verweigern, wozu er das Recht hat. Daraufhin stellte der Fachgruppenvorstand den Antrag, daß alle Anwesenden die Lohndrückerei nicht mehr hinnehmen und keine Überstunden mehr machen und dies auch auf den Baustellen bei ihren Kollegen durchsetzen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wie ich aus dem Radio entnahm, regt sich auch ein SPD-Mann über Überstunden auf (NDR II vom 15. Oktober, "Kurier am Mittag"). Er sagte: Es sei bei einer Million Arbeitslosen und Tausenden von Kurzarbeitern nicht mehr tragbar, daß in den Betrieben noch Überstunden gemachtwerden. Er nannte daraufhin ein Beispiel:

In einem Automobilwerk werden bis zu 14 Stunden Sonderschichten gefahren, das wären bei der Belegschaftsstärke 560 000 Arbeitsstunden im Jahr. In diesem Betrieb hätten 3 250 Arbeiter eingestellt werden können, um auf die gleiche Produktion zu kommen. Dieses Werk bezieht außerdem noch zusätzlich vom Arbeitsamt 6 Millionen DM jährlich.

Seine Alternative war schließlich: Um diesen Überstunden entgegenzutreten, müßte man eine Überstundensteuer erheben. Also nicht den Kapitalisten soll es an den Profit, sondern der Arbeiter soll noch mehr Steuern von seinem sauer verdienten Lohn geben. – (h., Hamburg)

Ein jugoslawischer Kollege, der abgeschoben wurde:

„Mit leerem Koffer fahre ich nach 14 Jahren zurück"

Freiburg. Als ich vor dem Sozialamt die Kommunistische Volkszeitung verkaufte, sprach mich ein Mann an und bat mich, seine Geschichte und seine Erfahrungen für die Kommunistische Volkszeitung berichten zu dürfen.

Der Mann wurde 1939 in Split geboren. 1962 kam er nach Deutschland und hat anfangs bei Tiefbaufirmen in Kiel, dann in Krefeld gearbeitet.

Während der fast fünfzehn Jahre, die er in Deutschland war, hat er Tausende von Rohren umgewechselt und Tausende von Randsteinen angesetzt. Er hat im Regen und im Winter gearbeitet, bis er seine Gesundheit verloren hat.

Voriges Jahr war er bei seiner letzten Firma, bei Koch in Freiburg. Da wurde er krank. Während seiner Krankheit bekam er die Kündigung, es sei keine Arbeit da. Das Arbeitsamt schickte ihn dann in die neurochirurgische Klinik, die feststellte, daß es für ihn unmöglich sei, weiter auf Baustellen zu arbeiten. Er hatte chronische Ischias, Schwierigkeiten mit den Beinen und noch einiges andere.

Er hat dann Arbeitslosengeld bekommen. Er ist immer zum Arbeitsamt gegangen und hat nach Arbeit gefragt – welche, die für ihn möglich sei. Solche Arbeiten gab es aber keine. Jetzt hat er bald ein Jahr keine Arbeit mehr, sein Arbeitslosengeld kriegt er nur noch bis zum 12. Januar 1976.

Das Ausländeramt sagte ihm, er müsse im Januar nach Jugoslawien zurück. Auf dem Ausländeramt hat er nach einer neuen Arbeitserlaubnis und einer neuen Aufenthaltsgenehmigung gefragt. Dort sagte man: Jetzt ist fertig mit dir, jetzt bist du ein jugoslawisches Problem.

Die ganze Zeit ist nichts mit ihm vorgekommen, mit der Polizei oder so. Er hat auch nicht auf die Regierung geschimpft. Er war kein Kommunist.

Jetzt, nach 15 Jahren, ist er ein "jugoslawisches Problem", wo er seine ganze Gesundheit in Deutschland gelassen hat, bei schmutzigen Rohren und Randsteinen.

Jetzt ist es für ihn nicht möglich, in Jugoslawien Arbeit zu kriegen, jedenfalls nicht in seinem gegenwärtigen Zustand. Er hat keinen anderen Beruf in Jugoslawien, von was kann er dort leben?

"Ich bin mit leerem Koffer nach Deutschland gekommen, mit leerem Koffer nach den 14 Jahren fahre ich zurück." "Ich denke, ich bin nur ein Pferd, das nicht mehr ziehen kann, und jetzt wird mein Fleisch verkauft. Keine Rente, nichts, keine Arbeit. Wenn du was zum Chef sagst oder zum Polier, fliegst du raus. Die ausländischen Arbeiter sollen auch hier anfangen, sich zu wehren. Ich war in meiner Seele gegen den Kommunismus; wenn ich aber sehe, was diese Kapitalisten mit den Arbeitern machen, muß ich Kommunist sein."

Er hat teilweise bis zu 250 Stunden pro Monat gearbeitet und früher etwa 1 000 DM netto verdient. Er hatte mal ein Auto. Er hat sein ganzes Geld, das er einmal hier verdiente, verbraucht.

Ohne zu wissen, wie es weitergeht, von was er leben soll, ist der Mann am Mittwoch Abend nach Hause gefahren zu seiner Mutter. Eine Familie zu gründen ist ihm hier schon verwehrt geblieben, ohne Grundlage wird er sie zu Hause auch nicht gründen können.

Er ist entschlossen, in seiner Heimat dafür einzutreten, daß die Kapitalistenherrschaft zu Ende geht und daß die Arbeiter zu bestimmen haben. – (rk, Freiburg)

Schulsprecherwahlen

Rausschmiße und Verpflichtung auf das Grundgesetz

Mannheim. Mit mehreren Protestaktionen antworteten die Schüler des Kurpfalz Gymnasiums auf Versuche der Schulleitung, durch politische Unterdrückungsmaßnahmen die Schulsprecherwahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Am 2.10. hängte die Direktion zu diesem Zweck einen Erlaß an das Schwarze Brett, daß als Schülervertreter nur kandidieren dürfe, wer auf dem Boden der *"freiheitlich demokratischen Grundordnung"* stehe.

Der Direktor ließ auch gleich heraus, wogegen sich diese politischen Bevormundungsmaßnahmen richten. Angesprochen von uns darauf, auf wen denn dieser Erlaß zutreffe, erklärte er: *"Sicherlich auf den Schüler Andreas Pecht."*

Dieser kandidierte mit zwei anderen Schülern gemeinsam auf der "Liste für demokratische Rechte" zu den Schulsprecherwahlen. Das Programm der "Liste für demokratische Rechte" richtet sich hauptsächlich gegen die politische Bevormundung der Schüler durch die Direktion als Vertreter des Staates, tritt dafür ein, daß wir eine starke Schülervertretung haben und wendet sich gegen die Sparmaßnahmen, die zu einer immer weiteren Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen führen.

Daß wir Schüler auf einer Vollversammlung unsere Vertreter wählen und unsere Forderungen gegen die Direktion geltend machen, wollte der Schulleitung nicht passen. Prompt leitete sie Rausschmißverfahren gegen zwei Kandidaten der "Liste für demokratische Rechte" ein. Offensichtlich begnügt sich der Staat mittlerweile nicht mehr mit der politischen Entlassung von Lehrern, sondern will auch das Recht auf Ausbildung vom politischen Wohlverhalten abhängig machen.

Groß war die Empörung unter den Schülern über diesen Schritt von Oberschulamt und Schulleitung. Nach Bekanntwerden dieser Maßnahme versammelten sich am Freitag spontan Schüler im Schulhof und verabschiedeten eine Resolution gegen diese Disziplinierungsversuche der Schulleitung. Am Dienstag fand eine weitere Kundgebung statt, an der sich über 300 Schüler beteiligten.

Als Reaktion auf den breiten Protest und die Unruhe unter den Schülern erteilte die Direktion am nächsten Morgen einem der beiden nächsten Morgen einem der beiden vom Rausschmiß bedrohten Schüler ein Hausverbot und suspendierte ihn vom Unterricht. Weit über 300 Schüler beteiligten sich daraufhin an einer Kundgebung in der großen Pause und verabschiedeten mit großer Mehrheit erneut eine Resolution. Darin forderten sie die sofortige Rücknahme der politischen Disziplinierungsmaßnahmen, freie Wahl der Schülersprecher, keine Einmischung durch die Direktion und das Recht auf freie politische Betätigung an der Schule.

Bewaffnet mit dieser Resolution zogen wir zu rund 200 in einem Demonstrationszug zur Direktion, um ihr diese Resolution zu überbringen.

Die Tür war verschlossen, vom Rektor Heckmann nichts zu sehen. "Heckmann raus!" war daraufhin unsere Parole. Nichts. Keiner ließ sich sehen.

Die Demonstration ging dann wieder zum Schulneubau zurück, wo über Megaphon den anderen Schülern berichtet wurde, daß Heckmann sich tot stellt.

Nach der 4. Stunde versammelten wir uns wieder, um die Resolution der Lehrerkonferenz zu überbringen, die zu diesem Zeitpunkt tagen sollte. Aber auch hier hatte die Schulleitung auf ihre Art vorgesorgt: Ein gutes Dutzend Polizisten in einem Mannschaftswagen hatte sie aufgeboten, um sich vor unserem Protest zu schützen.

Am Freitag erhielt auch der zweite vom Rausschmiß bedrohte Schüler Hausverbot.

Am Samstag dann ließ der Direktor über die hauseigene Rundsprechanlage die Schüler aufrufen, sich bei den Wahlversammlungen ruhig und diszipliniert zu verhalten. Sorgen muß er sich gemacht haben, und wie sich herausstellte zu Recht.

Der Kandidat der Liste für demokratische Rechte, gegen den ein Rausschmißverfahren eingeleitet worden war und der als Oberstufensprecher kandidierte, wurde trotz Hausverbot zum Oberstufensprecher gewählt. Der Kandidat der Liste für den Gesamtschulsprecher, der ebenfalls Hausverbot hatte, erhielt über 150 Stimmen, davon 102 in der Oberstufe.

Zum Gesamtschulsprecher wurde dann ein Schüler gewählt, der sich für eine starke Schülervertretung und gegen die Rausschmisse eingesetzt hatte. Insoweit war das Wahlergebnis eine Niederlage für die Schulleitung.

Auch sie hatte unter den Kandidaten einen Vertreter, Mitglied der Schülerunion, der zum zweiten Gesamtschülersprecher gewählt wurde. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Schüler im Kampf gegen die politische Bevormundung durch die Schulleitung noch nicht vereinheitlicht sind, daß aber die große Mehrheit von ihnen auf ihren Rechten als Schüler gegenüber der Schulleitung beharrt., Zelle Kurpfalz der KSG/Red)

Kandidaten des Schüleraktivs erfolgreich

Münster. Bei uns am Ratsgymnasium standen nach den Sommerferien die Schulsprecherwahlen an. Die Lage an der Oberschule ist gegenwärtig gekennzeichnet durch verstärkten Leistungsdruck und verschärfte Konkurrenz unter den Schülern als Folgen der Reform der Sekundarstufe 2. In dieser Situation machte unsere Zelle einen Plattformvorschlag zu einer "Roten Liste".

Unsere Forderungen waren unter Unsere Forderungen waren unter anderem: "Höchstens zwei Arbeiten pro Woche!" und "Keine Hausaufgaben während des Arbeitenblocks!".

Unter diesen und ähnlichen Forderungen schlossen sich über 20 Schüler in einem "Schüleraktiv" zusammen. Auf diesem Programm wurden acht Schüler als Kurssprecher in den Oberstufenrat gewählt.

Kurz nach diesen Kurssprecherwahlen fand die Wahl für den Vorstand der Schülermitverwaltung (SMV) statt. Dieser bestand bis dahin lediglich aus Mitgliedern der Schülerunion (SU), einer CDU-Schülergruppe.

Im ersten Wahlgang fürden Oberstufensprecher erhielt der Kandidat der Schülerunion noch die Mehrheit der Stimmen. Aber so knapp, daß ein zweiter Wahlgang notwendig wurde. Wir nutzten die Zeit bis dahin und verbreiteten die Debatte über die Forderungen des Schüleraktivs. Ergebnis: Der zweite und auch der dritte Wahlgang brachte mehr Stimmen unter die Forderungen des Schüleraktivs als für den Kandidaten der Schülerunion. – (Zelle Ratsgymnasium des Kommunistischen Oberschülerbundes Münster)



Heidelberg. Über 400 Schüler demonstrierten am 17.10. gegen den Erlaß der Landesregierung, die Fahrtkostenzuschüsse für Schüler zu streichen und zu kürzen. Über 1 500 Schüler bekräftigten durch ihre Unterschrift die Forderung: Weg mit dem Fahrtkostenerlaß!

Rektor Hinkel meinte:

Ein Minister ist nicht bloß ein Mensch

Darmstadt. In der KVZ Nr. 37 ist berichtet worden über eine Aktion von Klassensprechern der Peter Behrens Schule (Berufsschule in Darmstadt). Die Klassensprecher eines Berufsschultages waren gemeinsam zur Schulleitung gegangen, um Stellungnahme einzufordern über die Verhältnisse an der Schule.

Die Klassensprecher wollten wissen, wann und wie der Lehrermangel beseitigt wird, wann endlich gebrauchsfähiges Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt wird, wann die lang geforderten 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen eingeführt werden und wollten wissen, ob die jugendlichen Arbeitslosen in Facharbeiterklassen ihrer Wahl kommen.

Die Antwort des Schulleiters Hinkel war damals gewesen, daß er uns rausschmiß.

Wie ist es weitergegangen?

Zwei Wochen nach dem Rausschmiß bei Herrn Hinkel wurde eine Wahlversammlung abgehalten, auf der die Wahl der Tagessprecher anstand. Alle drei Kollegen, die kandidierten, unterstützten die oben angeführten Forderungen und waren der Auffassung, daß weiter die Schulleitung fassung, daß weiter die Schulleitung zur Rede gestellt werden muß und daß man in diesem Jahr um Kampfmaßnahmen, um die Situation zu verbessern, nicht herumkommen wird.

Schon auf der Wahlversammlung wurde der Schulleiter aufgefordert, Stellung zu den Forderungen zu nehmen – er drückte sich mit dem Argument, daß er auf einer Wahlversammlung nicht sprechen könnte. Dies sei Wahlmanipulation. –

Darauf hielten die Schüler fest, daß eine Vollversammlung in den nächsten drei Wochen stattfindet, auf der die Schulleitung Stellung nehmen muß und wo beraten wird, was weiter gemacht wird.

Als die Vollversammlung angemeldet wird, äußert die Schulleitung Bedenken:

"In dem vollen Saal kann eine Panik entstehen. Die Vollversammlung muß entweder im Freien stattfinden oder es gibt nur eine Teilversammlung." Zuerst tut Hinkel noch so, als wolle er sich raushalten – *"Sie tragen die Verantwortung, wenn etwas passiert"*.

Wir sind immer noch im guten Glauben, daß wir unsere Vollversammlung machen können. Aber zwei Stunden vor der Versammlung sagt Herr Hinkel, daß er den Schlüssel, den wir benötigen, nicht rausgibt, und sprechen tut er mit uns sowieso nur im Hof.

Sei's drum. Mit solchen Manövern kommt er um eine Stellungnahme nicht herum. Wir rufen mit Megaphon die Schüler auf dem Hof zusammen und erklären die Lage. Wir beschließen zu bleiben – und uns anzuhören, was er vortragen wird.

Schließlich erscheint er – und wir schildern die Verhältnisse. Jetzt soll er mal sagen, was los ist.

Es fängt schon gut an: *"Tja, mit dem Lehrermangel – das ist so ein Problem."* Er hat sich bemüht, sagt er, Lehrer zu bekommen – aber der Kultusminister hat gesagt, es ginge nicht.

Er wird aufgefordert, einen Brief an das Kultusministerium zu unterschreiben, in dem festgehalten wird: "Wenn die miserablen Zustände an der Schule nicht beseitigt werden, sehen wir uns gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation der Berufsschule in die öffentliche Diskussion bringen, und unseren Forderungen mit anderen Mitteln Nachdruck zu verleihen." Das geht ihm aber zu weit.

Als wir sagen, daß es an der Zeit ist, Als wir sagen, daß es an der Zeit ist, Leute wie Kultusminister Krollmann in Trab zu bringen, fängt er an sich aufzublasen:

"Davon muß ich mich entschieden distanzieren. Die Würde des Herrn Kultusministers muß hier von mir geschützt werden. Es geht nicht, daß Sie Herrn Krollmann als 'Mensch' bezeichnen."

Wir fordern ihn dann auf, an alle Klassen einen Zettel auszugeben, wo sie ausfüllen können, in welchen Fächern Bücher fehlen bzw. veraltete benutzt werden.

"Da habe ich Besseres zu tun", meint er.

Was eigentlich? Die Schüler niederhalten und einschüchtern, hinter den Lehrern herschnüffeln – und die Referendare schikanieren.

Aber wie soll es weitergehen? Nach der Vollversammlung unterhalten sich noch mehrere Kollegen.

"Das bringt ja doch nichts ein", meinen einige. *"Da stecken ja noch ganz andere Leute dahinter. Im Betrieb ist es ja auch nicht anders."* Dagegen wird gesagt:

"Wenn wir uns einig sind, setzen wir uns durch. Wenn wir alle zusammenhalten, sind wir stärker. – Aber viele machen ja doch nicht mit." Klar, daß irgend jemand den Anfang machen muß.

Vier Kollegen machen zusammen einen Stand im Rahmen der DGB-Aktionswoche in der Stadt. Damit mehr Leute informiert werden. Unsere Forderungen sind gerecht – wir gemeinsam können sie durchsetzen. – (a., Darmstadt)

Kundgebung in der Innenstadt

Darmstadt. Auf der Jugendversammlung der Technischen Hochschule Darmstadt am 21.10. beschlossen die anwesenden 90 Lehrlinge einstimmig, daß alle Lehrlinge nach der Prüfung übernommen werden müssen. Die Leitung der Hochschule dagegen will nur einen Teil der Lehrlinge übernehmen. Anschließend zogen 80 von ihnen durch die Hochschule zum Präsidenten, um von ihm eine Stellungnahme zu diesem Beschluß zu fordern. Der Präsident der Hochschule hatte sich aber verdrückt, um einer Stellungnahme auszuweichen. 40 der Lehrlinge zogen daraufhin in die Innenstadt und legten ihre Lage und ihre Forderungen in einer Kundgebung der Bevölkerung dar.

dar.

Resolution gegen Krankenhausausbildungsgesetzentwurf

Auf Widerstand stößt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Krankenhausausbildung. Dieser Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, daß statt bisher 670 bis 880 DM Ausbildungsvergütung jetzt nur noch 200 bis 380 DM als BAFöG gezahlt werden, wovon ein Teil zurückgezahlt werden soll. Die Jugendvertretung im Krankenhaus soll abgeschafft werden; an ihre Stelle tritt die Schülermitverwaltung. Über Zwischenprüfungen wird der Teil der Schüler, den der Staat für überflüssig hält, ausgesiebt. Die Ortsjugendkonferenz der ÖTV Braunschweig faßte einstimmig gegen den Gesetzentwurf folgenden Beschluß, der an die Bezirksjugendkonferenz weitergegeben wird:

"Die Bezirksjugendkonferenz möge beschließen, den Referentenentwurf in der Geburtshilfe, nichtärztliche Heilberufe und in der Krankenpflege in dieser Fassung abzulehnen. Es ergeht die Aufforderung, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, damit die gewerkschaftlichen, tariflichen Erfolge erhalten bleiben.

Keck - Kapitalisten:

Unheimlich aufgeregt weil ich bei der Gewerkschaft war

Da wird man für Aushilfsjobs verwendet / Sofort haben sie mir dann Hausverbot gegeben

Osnabrück. Das nachfolgende Interview machten wir mit einer Kollegin, die bis vor kurzem bei Auto-Keck, einer Tochterfirma von Karmann, gearbeitet hat.

Du bist 22 Jahre alt, gesckieden und hast einen kleinen Sohn von vier Jahren. Augenblicklich bist du arbeitslos, warum?

J.: Ich habe bis vorige Woche bei Keck gearbeitet und bin da jetzt rausgeflogen. Das Arbeitsamt hatte mir diese Stelle vermittelt.

Als was hast du da gearbeitet?

J.: Das Arbeitsamt hat mir eine Stelle als Putzhilfe angeboten. Ich bin dann mit der Karte zu Keck gegangen und habe dort den Geschäftsführer Geiger getroffen. Er war sehr freundlich und lud mich gleich in das Restaurant bei Keck, ins "Oldtimer", ein. Er sagte mir, daß ich erst mal als Putzhilfe anfangen könne, und dann wollte er mal weitersehen. Vielleicht könne ich später als Serviererin arbeiten. "Putzhilfe ist doch nichts für Sie", meinte er. Ich hatte mich natürlich sehr gefreut, eine derartige Stelle zu finden, wo ich sechs Stunden arbeiten kann, weil ja auch noch mein Kind versorgt werden muß. Vormittags ist der Kleine im Kindergarten.

Was wurde auch dem Versprechen?

J.: Zunächst mal gar nichts. Ich habe saubergemacht im Restaurant und dann habe ich, ich glaube zwei Wochen lang, im Imbiß gearbeitet. Aber der Geiger kam gleich zu Anfang zu mir und wollte mich einladen. Ich hatte wohl schon gemerkt, daß der hinter allem, was jung und nach Frau aussieht, her war. Ich habe gleich abgelehnt und ihm gesagt, daß ich nach der Arbeit nie Zeit hätte, weil ich ja auf meinen Sohn aufpassen muß. Ich dachte, er hätte das kapiert. Aber er überging das und meinte ganz lässig, ein Babysitter ließe sich schon besorgen.

Im Gespräch mit ihm ließ er dann auch die Katze aus dem Sack. Als ich ihm meine Lage schilderte als geschiedene Frau mit einem Kind und ohne erlernten Beruf, da meinte er prompt: "Wenn Sie meine Freundin wären, hätten Sie schon längst eine Lehrstelle."

Wie hast du dich gefühlt in diesem Moment?

J.: Na, ich war unheimlich sauer auf den Kerl und kam mit vor wie sonstwas. Weil ich in einer beschissenen Lage stecke, soll ich sozusagen gefügig sein, und als Lohn dafür bekäme ich dann endlich eine Lehrstelle. Für mich wäre eine Lehrstelle natürlich viel wert, auch weil ich mit einem erlernten Beruf mehr verdienen könnte und nicht jede Drecksarbeit anzunehmen brauchte. Aber was der mir erzählte, war ja ein bißchen viel.

Und wieso bist du nun bei Keck rausgeflogen?

J.: Wieso schon? Die Arbeit, die ich zu machen hatte, war erledigt. Die "Grundreinigung" im Restaurant war gemacht. Auf die Einladung bin ich nicht eingegangen, also brauchte man mich nicht mehr. Die Unternehmer haben da so ihre Tricks. Wenn die Leute brauchen für kurzfristige Arbeiten, dann stellen sie schnell welche ein. Ist die Arbeit dann geschafft, werden die Leute innerhalb der Probezeit wieder entlassen. Das Ganze ist im Grunde nur ein Aushilfsjob.

Aber die Geschäftsleitung hat das natürlich anders ausgedrückt. Ich bekam die Kündigung mit der Begründung "... aus betrieblichen Gründen" und mit viel Blabla. Aber dann kam das Größte: Ich bin gleich zur Gewerkschaft, das sieht man bei Keck gar nicht gerne, und habe mit denen meinen Fall besprochen. Die haben mir gesagt, die Kündigung sei gar nicht fristgerecht erfolgt. Wenn ich die so einfach angenommen hätte, dann hätte ich vom Arbeitsamt eine Sperrfrist von vier Wochen für meine Arbeitslosenhilfe bekommen.

Die von der Gewerkschaft haben dann bei Keck angerufen und gesagt, so und so sieht das aus. Bei Keck haben die sich unheimlich aufgeregt, daß ich zur Gewerkschaft gegangen bin. Mir ist dann fristgemäß gekündigt worden, aber ich habe sofort Hausverbot bei Keck bekommen. Ich sollte mich da ja nicht wieder sehen lassen, sonst platzt ihnen der Kragen, haben sie gesagt. – (Aus: Ortsbeilage Osnabrück)

Gegen Paragraf 218

Oberhausen. Mit großer Mehrheit haben die 56 Teilnehmerinnen der 11. Bezirksfrauenkonferenz der IG Chemie Nordrhein gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Gesetzentwurf der Bundesregierung protestiert und die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert. In der Begründung heißt es: "Wir lehnen es ab, den Schwangerschaftsabbruch unter Strafe zu stellen, solange es noch soziale Verhältnisse gibt, welche die Familien der Arbeiter und Angestellten zur Abtreibung als letztem Mittel greifen lassen ... Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht dem erklärten Willen des Volkes ... Wir werden von unserem Recht Gebrauch machen, den § 218 durch unsere Arbeit zu Fall zu bringen." Der Beschluß wird an die Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie weitergeleitet.

In der Debatte über die Resolution, die vom Frauenausschuß Köln eingebracht worden war, hatte sich das Mitglied des Bundesvorstandes der IG Chemie Liesel Winkelsträter für die Akzeptierung des Gesetzentwurfes der SPD/FDP-Koalition eingesetzt. Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts müsse man diesen Entwurf als Fortschritt begrüßen. Wer damit nicht zufrieden sei, solle die Fäuste in der Tasche ballen, aber seine Wut herunterschlucken.

Auf der Frauendelegiertenkonferenz des Bezirks Rheinland-Pfalz Saargebiet hatte sie mit einer solchen Argumentation eine Entschließung für den Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition durchbringen können. Die Teilnehmer der Oberhausener Konferenz hielten dagegen nichts davon, sich vor den Karren einer Regierungspolitik spannen zu lassen, die ihnen das Recht auf Abtreibung, auf das sie angewiesen sind, verweigert und den verhaßten § 218 zementiert.

Westberlin. Am 20.10. wurde in der Mitgliederversammlung des Westberliner GEW-Bezirks Neukölln von

für den Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition durchbringen können. Die Teilnehmer der Oberhausener Konferenz hielten dagegen nichts davon, sich vor den Karren einer Regierungspolitik spannen zu lassen, die ihnen das Recht auf Abtreibung, auf das sie angewiesen sind, verweigert und den verhaßten § 218 zementiert.

Westberlin. Am 20.10. wurde in der Mitgliederversammlung des Westberliner GEW-Bezirks Neukölln von

etwa 100 Mitgliedern einstimmig bei wenigen Enthaltungen eine Resolution zum Kampf gegen den § 218 verabschiedet mit den Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Die Mitgliederversammlung beschloß außerdem, daß sie vom Landesvorstand erwartet, die Bezirksvorsitzenden aufzufordern, sich im DGB-Landesvorstand dafür einzusetzen, daß am Tag der Verabschiedung des Gesetzentwurfes eine Protestdemonstration in Westberlin durchgeführt wird. Die Resolution soll außerdem in der Berliner Lehrerzeitung abgedruckt werden.

Oldenburg. Die Mitglieder der GEW-Betriebsgruppe am Studienseminar in Oldenburg haben am 15. September eine Resolution beschlossen, in der die Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! erhoben werden. In der Resolution heißt es: "Nach der Verabschiedung der Neufassung ... (des § 218, die Red.) wird der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 weitergeführt werden. Besonders am 1. Mai 1976 muß dieser Forderung Ausdruck verliehen werden."

Kiel. Auf der letzten Mitgliederversammlung des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in Kiel haben sich die Anwesenden einstimmig gegen den § 218 und für einen Volksentscheid ausgesprochen. Ein entsprechender Antrag geht an die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV, die Ende Oktober stattfinden wird.

Rücknahme der Disziplinierungen verlangt

Stuttgart. Gegen die politische Disziplinierung von zwei Schülerinnen am Kolping-Kolleg Freiburg wegen ihres Eintretens gegen den § 218 haben Vertreter von 17 Fachhochschulen aus ganz Baden-Württemberg bei der 3. Landesfachschulkonferenz am 11. Oktober in Stuttgart protestiert und die sofortige Rücknahme der Disziplinierungen gefordert.

'Pro- Familia '- Leiterin versetzt

Augsburg. Nachdem die Staatsanwaltschaft aufgrund des § 218 Strafbefehl gegen Mitarbeiter und Besucher der "Pro Familia"-Beratungsstelle erlassen und das bayrische Sozialministerium auf die Entlassung der Leiterin der Stelle gedrängt hatte, wurde jetzt vom Landesverband der "Pro Familia" klein beigegeben. Frau Heil-Küster soll aus der Augsburger Beratungsstelle wegversetzt werden.

„Wir vertreiben unseren Hunger mit Zigaretten"

Gespräch mit einem Arbeitslosen, Vater von 7 Kindern über § 218

H., ihr habt sieben Kinder. Wie ist eure Lage?

H.: Ich habe in der Woche 208 DM Arbeitslosenunterstützung. Das sind 832 Mark im Monat. Es kommt alle zwei Wochen. Dann habe ich 380 Mark Kindergeld. Ich hätte eigentlich mehr haben müssen, nämlich 530, aber ich muß 150 Mark für meine geistig behinderte Tochter in Hodenhagen dazubezahlen. Das sind dann zusammen 1 212 Mark. Dann habe ich mit Beihilfe von 271 Mark 1 493. Davon geht die Miete weg, 310, und etwa 100 Mark Strom, da wir elektrisch kochen; das Haus hat keinen Gasanschluß. Die Ölheizung – Ölöfen – kostet auch 'n Haufen Geld im Winter, schätzungsweise 700 bis 800 Mark. Wenn Miete und Strom weg sind, habe ich noch 1 083 Mark. Wenn man das aufteilt, kann sich jeder ausrechnen, was ich dann noch hab': etwa 180 Mark pro Kopf; also alle: Kinder und Erwachsene. Wenn man alles abzieht, was die Kinder brauchen an Bekleidung, Schuhen, Fahrgeld, für die Schule an Schulbüchern und Heften usw., bleiben pro Kopf 123 Mark. Das langt nicht hinten und nicht vorne, und es ist wirklich kein Witz, wenn man sagt, daß wir den Kindern nicht genügend Milch kaufen können oder Essen. Meine Frau und ich – meine Frau ist bereits wieder schwanger – nehmen nur eine Mahlzeit am Tag ein, wir vertreiben uns unseren Hunger mit Zigaretten, daß wir die Kinder einigermaßen satt bekommen. – Zwei meiner Kinder, meinen Sohn Arnold, elfjährig, hab' ich bei meiner Schwester in Frankreich untergebracht, und meinen Sohn Robert, sieben Jahre alt, hab' ich bei meiner Schwiegermutter untergebracht, weil wir einfach nicht in der Lage sind, die Kinder erstens hier in der engen Wohnung unterzubringen und zweitens die Kinder ausreichend zu ernähren. Jeder, der meine Kinder sieht, sieht,

Zigaretten, daß wir die Kinder einigermaßen satt bekommen. – Zwei meiner Kinder, meinen Sohn Arnold, elfjährig, hab' ich bei meiner Schwester in Frankreich untergebracht, und meinen Sohn Robert, sieben Jahre alt, hab' ich bei meiner Schwiegermutter untergebracht, weil wir einfach nicht in der Lage sind, die Kinder erstens hier in der engen Wohnung unterzubringen und zweitens die Kinder ausreichend zu ernähren. Jeder, der meine Kinder sieht, sieht,

wie blaß sie sind und wie abgemagert sie sind. Also, wir wissen uns keinen Ausweg, als für die vollkommen ersatzlose Streichung des § 218 einzutreten und den Volksentscheid zu fordern, notfalls zu erkämpfen.

Die Verteidiger vom Strafparagrafen 218 reden viel davon, daß das ungeborene Leben geschützt werden muß und daß deswegen der § 218 bestehen bleiben muß. Habt Ihr was davon gemerkt, daß sich diese Leute um Eure Kinder gekümmert haben, wenn sie erst mal auf der Welt gewesen sind?

H.: Wir dürfen wohl sagen, daß sie sich um uns kümmern, indem sie fromme Sprüche machen und gute Ratschläge erteilen, daß man das Leben schützen müßte usw. Ich möchte klar sagen, daß meine Frau und ich Gegner dieses Paragrafen sind, daß dieser Paragraf fallen muß. Es treibt niemand aus Spaß ab, auch wir würden nicht aus Spaß abtreiben. Ich finde die ganze Handlung scheinheilig und hinterfötzig, was diese Leute tun, indem sie praktisch die Arbeiter und die ärmeren Schichten des Volkes zwingen, die Kinder zur Welt zu bringen, während die Reichen nach Holland und nach England und weiß der Kuckuck wohin noch fahren können, um sich einen Eingriff machen zu lassen. Unsere Frauen werden gezwungen, zu einem Kurpfuscher zu gehen.

Ich war auf der Demonstration in Bonn dabei gewesen und hab' gesehen, daß ich nicht alleine stehe mit meinen Problemen und daß die Demonstration auch Anklang bei der Bevölkerung gefunden hat. Ich war auch einer der ersten, die damals unterschrieben haben die Forderungen nach Volksentscheid. In diesem Sinn werde ich auch weiterkämpfen. – (r., Braunschweig)

werden gezwungen, zu einem Kurpfuscher zu gehen.

Ich war auf der Demonstration in Bonn dabei gewesen und hab' gesehen, daß ich nicht alleine stehe mit meinen Problemen und daß die Demonstration auch Anklang bei der Bevölkerung gefunden hat. Ich war auch einer der ersten, die damals unterschrieben haben die Forderungen nach Volksentscheid. In diesem Sinn werde ich auch weiterkämpfen. – (r., Braunschweig)

Aus Polen in die Braunschweiger Weststadt- ein Aussiedler berichtet über seine Erfahrungen mit dem § 218

„Da wird es Zeit, dass der Sozialismus kommt"

"Wir siedelten 1973 von Polen in die BRD über, weil alle unsere Verwandten hier leben. Ich habe eine Frau, vier Kinder und einen stummen, nicht erwerbsfähigen Bruder, der auf unsere Hilfe angewiesen ist; wir sind also zusammen sieben Personen.

Als wir hierher kamen, wußten wir nicht viel über die BRD. Um so überraschter waren wir vom großen Einfluß der Kirchen, der hohen Kirchensteuer und dem verfluchten § 218.

Seit Mai, nach einem Arbeitsunfall, bin ich arbeitslos. Die Arbeitslosenhilfe beträgt ungefähr 500 DM im Monat. Meine Frau arbeitet bei Olympia; sie verdient so 900 bis 1 000 DM im Akkord. Mein Bruder ist nicht erwerbsfähig. Er erhält monatlich 150 DM an Kindergeld und Sozialhilfe.

Dazu kam bis vor kurzem noch das Kindergeld. Doch da das alles nicht langt, mußte meine neunzehnjährige Tochter die Förderschule verlassen und arbeiten gehen. An der Schule hatte sie gute Zensuren. Und jetzt arbeitet sie als Hilfskraft im Akkord, bei einem Stundenlohn von etwas über 6 DM. Mein siebzehnjähriger Sohn fand über eineinhalb Jahre keine Lehrstelle und arbeitet jetzt als Hilfsarbeiter. Die zwei jüngsten Kinder gehen noch zur Schule.

Unsere vier Zimmer kosten 500 DM einschließlich Wassergeld und Heizung. Bei einem Stromverbrauch von etwa 120 DM und einer Verpflegung von etwa 800 DM für sieben Personen bleibt da nicht mehr viel übrig. Wir können uns keine größere Wohnung leisten, obwohl das eigentlich nötig wäre: Von unseren vier Zimmern sind drei Schlafzimmer; in einem schlafen meine Frau und ich, in einem mein Sohn und mein Bruder, in dem dritten meine drei Töchter, zwei davon sogar in einem Bett. Es ist klar, daß in diese Wohnung kein weiteres Kind hineinpaßt. Und eine Wohnung mit einem Zimmer mehr kostet auch gleich 100 bis 150 DM mehr.

Deshalb leben wir immer in Angst vor einem weiteren Kind, und das geht allen Aussiedlern so. Sie fühlen sich wie im Gefängnis. Die Frauen werden durch die vielen Sorgen mit dem § 218 psychisch krank. Meine Frau verhaut sogar meine vierzehnjährige Tochter aus Angst vor einem Kind, wenn diese abends zu spät nach Hause kommt.

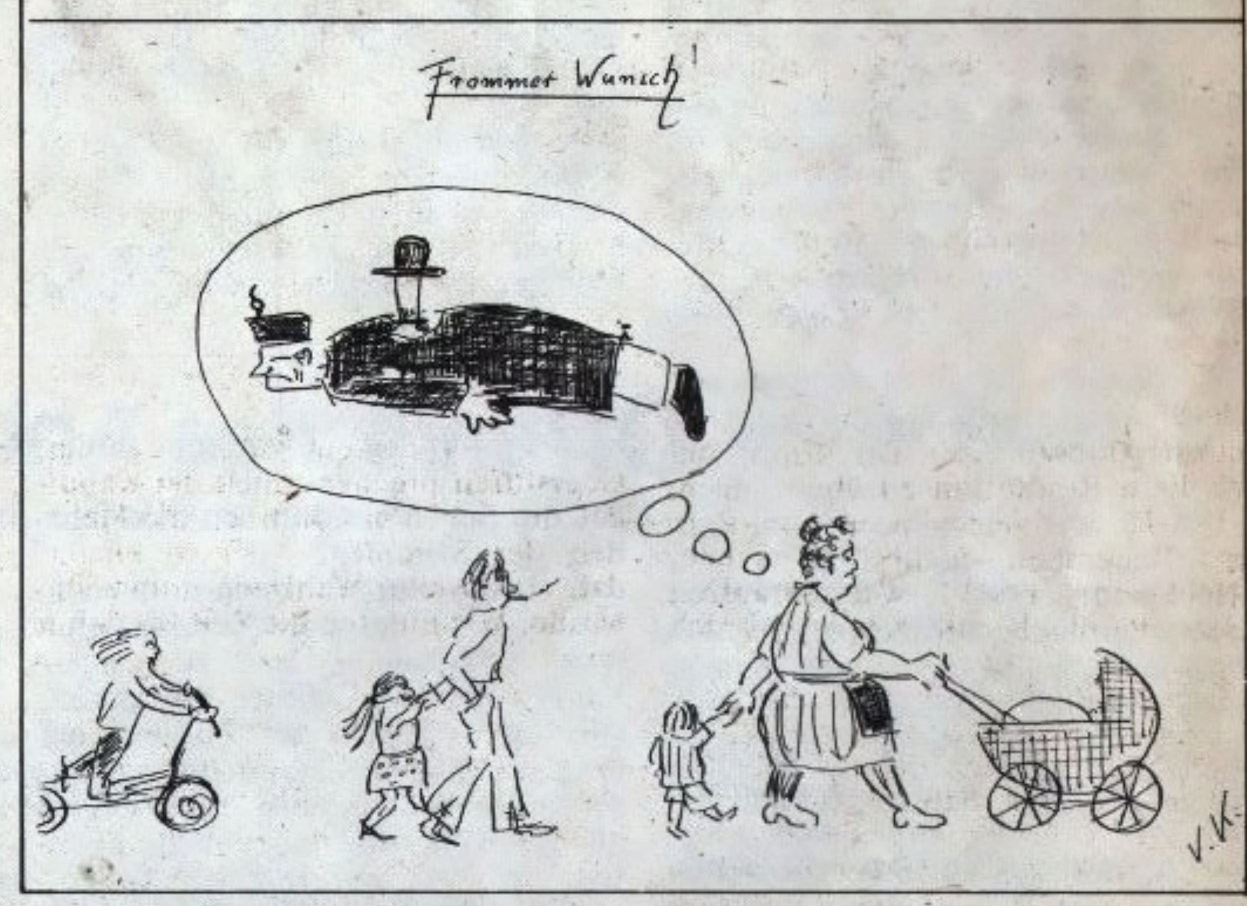
Ich habe wegen der Abtreibung an den Bundestag geschrieben, die schickten mir nur Broschüren. Dann war ich bei "Pro Familia" und fragte die, was wir mit einem weiteren Kind machen sollten. Sie haben mir nur geraten, es zur Adoption freizugeben, aber das werde ich niemals machen.

Ich werde jetzt wohl im § 218-Komitee mitarbeiten. Aber unter diesen Bedingungen hier in der BRD wird es Zeit, daß der Sozialismus kommt." – (Gekürzt, nach einem Bericht)



zung. Bei einem Stromverbrauch von (Gekürzt, nach einem Bericht)





Abgelehnt, als die Frist um war

Im August 1974 wurde meine Freundin schwanger. Da sie nierenkrank war und noch ist, da sie bereits ein uneheliches Kind hat und dementsprechend nervlich belastet ist, da wir damals auch nicht wußten, ob wir weiterhin zusammen bleiben, ging sie zur Schwangerschaftsberatung der Ärztekammer in der Nähe des Waldthausenparks. Nach der Untersuchung im Klinikum mußte sie zum Psychiater Dr. Lowitz, Kettwiger Straße, der nur befinden konnte, sie wäre gesund und kräftig und könne noch viel mehr Kinder bekommen. Der Facharzt für Nierenleiden reagierte ähnlich, als er erfuhr, wofür meine Freundin das Attest brauchte. Er weigerte sich, ihr eine Bescheinigung auszustellen und bombardierte sie mit Vorwürfen wie "erst rumbumsen und dann die Verantwortung auf die Ärzte abschieben". Am Ende rückte er dann eine nichtssagende Bescheinigung heraus. Nach **sechs Wochen** war dann der Ablehnungsbescheid der Ärztekammer fristgerecht eingetrudelt, d.h. die drei Monate waren längst um. Unsere letzte Chance war nun eine Adresse in Haarlem, Holland. Hier wies man uns wegen der Fortgeschrittenheit der Schwangerschaft ab, gab uns aber gleich eine neue Adresse in Haarlem, Holland. Hier wies man uns wegen der Fortgeschrittenheit der Schwangerschaft ab, gab uns aber gleich eine neue Adresse in England, mit der diese Klinik in "Geschäftsverbindung" stand. Die Kosten für die Abtreibung in England incl. Flug mußte ich gleich in Haarlem zahlen. Wegen der Überschreitung der Dreimonatsfrist natürlich ein extra saftiger Preis: 1 600 DM!

Die "Klinik" entpuppte sich als eine kleine Absteige in einem dreckigen und muffigen Elendsviertel. Erst nach drei Tagen kam meine Freundin an die Reihe. Der Behandlungsraum, so erzählte sie mir, sei primitiv eingerichtet und völlig unsauber. Abgesehen von den starken Schmerzen, die sie ihr beifügten, brachten es diese Verbrecher fertig, meiner Freundin den soeben geholten Embryo neben ihr aufs Kopfkissen zu legen. Diesen Schock hat sie bis heute nicht überwunden, und das war wohl auch die Absicht. Sie ist heute noch, nach Monaten, in Behandlung beim Frauenarzt.

Nicht eine Silbe daran ist akzeptabel

Mit einem kurzen, unauffällig plazierten Artikel hat die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes "Welt der Arbeit" in der Nr. 42 vom 17. Oktober 1975 zu dem Gesetzentwurf der SPD/FDP-Fraktion zum § 218 Stellung genommen. Für eine Frage wie die nach dem Recht auf Abtreibung, mit der Millionen von Arbeiterfamilien, Millionen Arbeiterinnen zu tun haben, ist das erstaunlich wenig für ein Gewerkschaftsorgan. Aber es ist leicht zu verstehen, wenn man liest, was der Schreiber des Artikels zu dem Gesetzentwurf zu sagen hat.

Hatten gleich nach Verkündung des Urteils noch verschiedene Sprecher der Gewerkschaft gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Protest eingelegt und zur Demonstration nach Karlsruhe aufgerufen, so kommt nun der Schreiber des Artikels zu dem Schluß, daß der neue Entwurf der SPD/FDP-Koalition, obwohl er sich gänzlich im abgesteckten Rahmen dieses verhaßten Urteils hält, eine "akzeptable § 218-Reglung" in Aussicht stelle. Zwar sei's nicht der "Große Wurf", aber der Gesetzentwurf bringe "trotzdem eine immer noch akzeptable Reform des Abtreibungsparagrafen".

Ganz im Gegensatz zu zahlreichen gewerkschaftlichen Körperschaften und zu Hunderttausenden von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur noch entschlossener die Abschaffung des Paragrafen 218 gefordert haben, empfiehlt der Schreiber des DGB-Blattes den Kollegen, sich selbst in die Tasche zu lügen und sich den Fortschritt, der ihnen von den bürgerlichen Parteien und dem Gericht verweigert wird, wenigstens einzubilden.

"Der Entwurf läßt insbesondere mit seiner Notlagenindikation einen so breiten Auslegungsspielraum für den Arzt, daß sich praktisch jede Frau, die eine Schwangerschaft nicht austragen will, darauf berufen kann." Das ist prächtig! Sind dem Schreiber dieser Zeilen die Beschlüsse von Ärzteverbänden nicht bekannt, mit denen die Herren Ärztevertreter den Arbeiterinnen zu verstehen gaben, niemand solle glauben, wegen sieben oder acht Kindern schon in einer unzumutbaren Notlage sich zu befinden? Hat er nie gehört von Frauen, die in einschlägigen Beratungsstellen mit der Drohung, man würde sie wegen Abtreibung anzeigen, fertig gemacht worden sind? Findet es der Schreiber akzeptabel, daß sich dieselben Ärzte, die sich gegenüber den Kassenpatienten sowieso gerne als Herren über Leben und Tod aufführen, sich jetzt auch noch als staatlich konzessionierte Wächter über die Aufzucht des Nachwuchses von Millionen Arbeitern aufspielen können? Und das zu dem Zweck, der Strafandrohung gegen die Abtreibung wieder den nötigen "Respekt" zu verschaffen.

Gewiß, niemand bestreitet, daß für die Frauen der besseren Gesellschaft dieses Gesetz kein Problem sein wird. Der Auslegungsspielraum für den Herrn Doktor wird da breit genug sein, jeder Verwirrung der empfindlichen Seele vorzubeugen.

Aber seit wann sollen die Mitglieder der Gewerkschaften ein Gesetz deshalb akzeptabel finden, weil die Damen der besseren Gesellschaft keine Schwierigkeiten damit haben, es zu unterlaufen?

An diesem Gesetzentwurf ist für die Arbeiterklasse nicht das Geringste akzeptabel, und ein "Fortschritt" wird dieses Gesetz nur für die bürgerliche Reaktion sein, die mit Hilfe dieses Gesetzes zu einer schärferen Verfolgung und Bestrafung derer kommen will, die in ihrer Not sich nicht anders zu helfen wußten. – (hv)

Universität Kiel:

Die Mehrheit beteiligte sich am Mensaboykott

Der Boykott schuf gute Bedingungen für die Entwicklung breiter politischer Debatten

Kiel. Seit Semesterbeginn sind an der Kieler Universität die Preise für das Mensa-Essen gestiegen: Mit einem Überraschungscoup ordnete Kultusminister Braun höchstpersönlich per Dienstanweisung an das Studentenwerk als Träger der Mensa die Erhöhung der Esssenspreise um durchschnittlich 40 Pfennig für Studenten und sogar 80 Pfennig für die Angestellten an.

Weder dem Personalrat noch dem AStA (Allgemeiner Studentenausschuß), den Vertretungskörperschaften der betroffenen Angestellten und Studenten, ließ er Zeit, sich darüber zu beraten und Einspruch zu erheben. Ohne jeden Widerspruch wollte der Staat hier seine Ausplünderung der Hochschulangehörigen über die Bühne bringen.

Alle mit Ausnahmen der Professoren, die ihr eigenes Restaurant im Uni-Bereich haben, werden durch diese Preiserhöhung getroffen. Entsprechend wichtig war eine gemeinsame Demonstration des Widerstands aller Uni-Angehörigen.

Der AStA der Universität, der in Kiel gestellt wird von den Roten Zellen, der studentischen Massenorganisation des KBW in Kiel, rief auf zu einem dreitägigen Mensa-Boykott.

Die Fachgruppe Hochschule im Landesverband der GEW erklärte ihre Unterstützung des Boykotts.

Der Personalrat protestierte in einer ultimativen Beschwerde beim Kultusminister gegen die Preiserhöhung und dagegen, daß er übergangen wurde. Er behält sich gerichtliche Schritte vor.

Viele Mensa-Angestellte bekundeten ihre Sympathie mit dem Boykott und unterstützten ihn, indem sie für die Notküche erforderliche Geräte herausgaben.

Unter den Studenten herrschte eine breite Empörung gegen die Preiserhöhungen und über die Einsparungen an den anderen Bereichen. So fand der Aufruf zum Boykott breiten Widerhall und 50 Prozent aller Mensabenutzer boykottierten diese jeden Tag und aßen in der vom AStA organisierten Notmensa. Zum Preis von je 1,20 DM gab es hier zwei verschiedene Gerichte, zum Teil von einer Großküche gekauft, zum Teil auf einer improvisierten Kochstelle selbst gekocht.

Die politischen Hochschulgruppen der bürgerlichen Parteien waren gezwungen, auf der Welle der Empörung mitzuschwimmen und den Boykott zu unterstützen.

– Die DKP-Studenten hatten zwar versucht, entsprechend ihrer Aktion Preisstopp selbst billige Würstchen und Koteletts zu verkaufen, und das, als bereits bekannt war, daß der AStA als studentische Vertretung eine Notmensa errichten würde. Sie mußten ihren spalterischen Würstchenstand, der kaum Beachtung fand, abbauen und halfen mit, bei der Notmensa Suppe auszuteilen.

– Die Jusos, die noch vor zwei Semestern die Studenten nur durch Schulung zur Geschichte der SPD ködern wollten, haben in diesem Semester ihr Herz für die sozialen Belange der Studenten entdeckt. Eine voluminöse "Sozialbroschüre", mit tatkräftiger Unterstützung von SPD-Landesvorstand, Landtagsfraktion und MdB Gansel herausgebracht, verkündet lauthals, daß der *"maoistische AStA"* die sozialen Interessen der Studenten über der *"großen Politik"* vergesse.

Wer so große Töne spuckt, der kann sich in der Aktion nicht mehr drücken, und so halfen sie ebenfalls beim Suppeausteilen.

Die Studenten und Universitätsangestellten führten in diesen drei Tagen viele Debatten. In der boykottierten Mensa wurde ebenso diskutiert wie vor der Notmensa und unter den hier in Engelsgeduld Anstehenden.

Was der Sinn dieser Ausplünderungspolitik des Staates sei, wo überall "gespart" würde und wo dagegen nicht, für wen die "gesparten" Gelder verwendet würden: diese Fragen wurden heiß diskutiert.

Stellwände und Wandzeitungen illustrierten diese Fragen, in Flugblättern und Redebeiträgen wurden sie aufgegriffen. Insgesamt war es so, daß wir vielfach auf Zustimmung stießen, daß all diese "Sparpolitik" im Kern eine ungeheure Begünstigung der Reichen und der besitzenden Klassen wäre, daß der bürgerliche Staat ein großer Verschwender sei, dessen Maßnahmen man entschlossen bekämpfen müsse. Es wird den Reaktionären in Zukunft schwerer fallen, ihre Ausplünderungsfeldzüge an der Kieler Uni durchzuführen. – **(bi., AStA Uni Kiel)**

Hessische Landesastenkonferenz

Der Vorschlag eines landesweiten Streiks muß diskutiert werden

Am vergangenen Donnerstag traf sich die hessische LandesAStenkonferenz zum erstenmal in diesem Semester.

Debattiert wurde dort die Lage an den hessischen Hochschulen. Ein Überblick zeigte, daß der Staat gegenwärtig einen konzentrierten Angriff auf die Studenten vorträgt. Dazu gehört die Umstellung des BAFöG-Satzes auf Darlehensbasis für einen Teilbetrag von 130 DM. Die Kürzung der Förderungsbeträge infolge der "Lohnerhöhungen" der Eltern. Durchschnittliche Kürzungen von 120 Mark, in Extremfällen bis zu 300 DM, teilte das Frankfurter BAFöG-Amt dazu mit. Bewirken wird dies, daß man in den Ferien Arbeit suchen muß, und wo man keine findet, daß man das Studium abbrechen muß. Völlig gerecht ist es daher, daß an allen Universitäten und Hochschulen die Forderung nach "mindestens 600 DM BAFöG und 1 200 DM Elternfreibetrag" aufgestellt wird.

Während auf der einen Seite das BAFöG unter das Existenzminimum gesenkt wird, werden Prüfungen, Klausuren und Schikanen ausgebaut, wodurch sich der Leistungsdruck auf die Studenten und die Konkurrenz unter ihnen verschärft. "Mindestens 50 % der Arbeiten werden schlechter als vier ausfallen", erklärte z.B. Professor Maier am Fachbereich Jura in Frankfurt bei Entgegennahme der Hausarbeiten, die in den Ferien geschrieben werden mußten.

Die Studienbedingungen und die Lage der Studenten verschlechtert sich weiterhin dadurch, daß überall die Mittel für Lehrveranstaltungen fehlen. Es fehlt am Notwendigsten: am Raum und am Personal. 75 Prozent der freiwerdenden Stellen in hessischen Universitätsverwaltungen werden nicht mehr besetzt. Auf die Studenten wirkt sich das so aus, daß viele heute noch nicht zum Arzt gehen können, weil sie drei Wochen nach Beginn des Semesters noch keine Studienbescheinigung erhalten haben. Auch ihr BAFöG können sie daher nicht beantragen.

Abgesichert wird diese Hochschulpolitik der Regierung mit der Bespitzelung sämtlicher Universitätsangehörigen und mit einem Haufen von politischen Nichteinstellungen und Entlassungen. 20 Tutoren wurden am Fachbereich Jura zu Semesterbeginn mit einem Schlag nicht eingestellt. Begründung: Der Verfassungsschutz sei noch hinter ihnen her.

Festgestellt wurde auf der LandesAStenkonferenz weiterhin: Gegen den wachsenden Unmut der Studenten versucht die Landesregierung ihre Position zu stärken, indem sie die Studenten ihrer Einheit berauben will. Dazu sollen deren Interessenvertretungen, die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten), zerschlagen werden. Der Marburger AStA z.B. hat mittlerweile 20 000 Mark Strafen aufgehängt bekommen, weil er sich politisch geäußert hat. Der Darmstädter AStA soll 2 000 Mark dafür bezahlen, daß er die Studenten zum Streik gegen die Entlassung des Dozenten V. Pfaff aufgerufen hat.

Angesichts dieser Lage hat die LandesAStenkonferenz den richtigen Beschluß gefaßt zur Grundlage der Diskussion an den Hochschulen über die Kampfmaßnahmen der Studenten: den Vorschlag, einen landesweiten Streik zu machen. Natürlich wird es unter den Studenten und gegenwärtig auch noch unter ihren gewählten Vertretern einige geben, die vor diesem Vorgehen warnen. Regierungsfeindlich sei das, werden sie sagen. Natürlich ist es das. Schließlich hat dieRegierung den Studenten den Kampf erklärt. Ihre Antwort darauf dürfen sie sich nicht von Regierungsvertretern im Gewand von Studentenvertretern diktieren lassen.

‚Der Vorschlag steht: hessenweite Urabstimmung während der Aktionstage des VDS. Streik in der ersten Dezemberwoche gegen die Regierungspolitik, für die Rechte der Studenten, Beschlossen wird über ihn auf einer LandesAStenkonferenz am Donnerstag, den 29. Oktober. Vorbereitet werden muß diese LandesAStenkonferenz durch Versammlungen der Studenten an Seminaren und Instituten, Fachbereichen und Universitäten, auf welchen sie über die vorgeschlagenen Kampfschritte und Forderungen und den Streik beschließen.

Genutzt werden können hierzu die zahlreichen Aktionen, mit welchen die Studenten sich bereits heute ihrer Haut wehren. – **(t., Frankfurt)**

Urabstimmung beschlossen

Osnabrück. Das Studentenparlament der Universität Osnabrück hat auf Antrag des Kommunistischen Studentenbundes in seiner letzten Sitzung eine Resolution gegen die immer schärfer werdenden Angriffe des Staates auf die materiellen Lebensbedingungen und politischen Rechte der Studenten beschlossen. Darin wurde festgelegt, daß vom 1. bis 3. Dezember eine Urabstimmung für einen Streik gegen diese staatliche Hochschulpolitik durchgeführt werden wird. Der Zentralrat des VDS wird aufgefordert, eine entsprechende Urabstimmung einheitlich an allen Hochschulen zu diesem Zeitpunkt durchzuführen.

Streik ausländischer Studenten

Darmstadt. Einen Unterrichts- und Klausurenboykott führen die ausländischen Studenten des Studienkollegs Darmstadt, die dort Vorbereitungskurse für die Zulassung zur Hochschule durchführen müssen, gegenwärtig durch. Die Kollegiaten fordern die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Überwachung der Prüfungen, da bislang dieBeurteilung ihrer Leistungen völlig von der willkürlichen Bewertung der Lehrer abhängt. Sie fordern weiter das Recht, eine Prüfung zu wiederholen, und die automatische Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für diesen Zweck. Ferner verlangen sie die Eingliederung in die Technische Hochschule, da sie dort am besten auf ihr Studium an der Hochschule vorbereitet werden können.

Polizei und Rektor mußten wieder abziehen

Westberlin. An der Technischen Fachhochschule versucht der Staat augenblicklich die vollständige Entrechtung der Masse der Studenten auszuprobieren.

Durchgesetzt werden soll ein Erlaß vom Frühjahr, der Wandzeitungen, Flugblätter und Drucksachen "beleidigenden oder verleumderischen Inhalts" verbieten sollte.

Der Rektor Tippe, Urheber dieses Erlasses, versuchte zunächst Angestellte vorzuschicken, um wegzuräumen, was ihm "verleumderisch" erscheint, worunter er vor allem Büchertische mit kommunistischer Literatur versteht. Der Versuch schlug fehl, denn verständlicherweise hatten die Angestellten kein großes Interesse an diesem Auftrag.

Sodann bemühte sich Rektor Tippe, unterstützt durch den Verwaltungspräsidenten und zwei Prorektoren, den Erlaß durchzusetzen, indem er mit Gewalt gegen einen Büchertisch vorging. Einem Studenten, der ihn bei der für ihn ungewohnten körperlichen Tätigkeit fotografierte, versuchte er den Fotoapparat wegzunehmen. Die anwesenden Studenten konnten dies jedoch verhindern.

Das war am Montag letzter Woche. Da sich seit dieser Zeit Polizei auf dem Gelände der Technischen Fachhochschule herumtrieb, mußte für Donnerstag, da die Büchertische montags und donnerstags aufgestellt werden, mit einem Polizeieinsatz gerechnet werden. Die Kommunistische Hochschulgruppe rief die Studenten dazu auf, am Donnerstag das Recht auf freie politische Betätigung gegenüber Rektorat und der Polizei zu verteidigen. Diesem Aufruf folgten etwa 300 Studenten, und die Büchertische wurden trotz Polizeieinsatz und Ausweiskontrollen verteidigt. Am Freitag fand wiederum ein Polizeieinsatz statt, dessen Ziel vor allem die Wandzeitungen waren. Aber wiederum versammelten sich die Studenten, und so mußten Rektor und Polizei wiederum unverrichteter Dinge abziehen.

Universität Oldenburg:

Öffentliches Anhörungsverfahren durchgesetzt

Die 200 Anwesenden beschlossen nach der Anhörung: Assistent Müller muß im Hochschuldienst bleiben

Oldenburg. Am 7. Oktober erhielt Wolfgang Müller, Sekretär der Ortsleitung Bremen des KBW und als wissenschaftlicher Assistent an der Universität in Oldenburg beschäftigt, eine Vorladung zu einem Gespräch mit dem Rektor, dem Kanzler und dem zuständigen Fachbereichsvorsitzenden.

Der Kanzler ließ mitteilen, daß er vom niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst aufgefordert worden sei, zu prüfen, ob Wolfgang Müller die Gewähr biete, jederzeit für die "freiheitlich demokratische Grundordnung" einzutreten. Anlaß zu Zweifeln war ein Artikel im "Weser Kurier", in dem ein Journalist im Rahmen einer Vorstellung aller Parteien, die sich zur Bürgerschaftswahl gestellt hatten, versuchte, die Ansichten des KBW darzulegen. Grundlage für diesen Artikel war ein Gespräch mit Wolfgang Müller. Jetzt wollten Rektor und Kanzler der Universität, die sich selbst Carl-von Ossietzky-Universität nennt, den "Fall" hinter verschlossenen Türen verhandeln. Doch daraus wurde nichts. Zu der für Donnerstag, den 16. Oktober, anberaumten Anhörung nahm der Wolfgang Müller in einer öffentlichen Erklärung, die an der ganzen Universität verteilt wurde, Stellung. Gleichzeitig lud er alle Universitätsangehörigen ein, an der geplanten Anhörung teilzunehmen.

Am Donnerstag drängten sich dann auch schon Studenten, Angestellte und Hochschullehrer vor dem Zimmer des Rektors, so daß dem Antrag, die Anhörung öffentlich durchzuführen, entsprochen werden mußte. Nachdem seitens der Universitätsleitung zunächst ein viel zu kleiner Raum ausgesucht worden war, mußte unter dem Druck der Zuhörer ein größerer Hörsaal aufgesucht werden, so daß schließlich über 200 Personen an der Anhörung teilnehmen konnten.

War in der Vorladung noch die Rede davon, daß neben dem Kanzler auch noch der Rektor und der Fachbereichsvorsitzende an dem Gespräch teilnehmen sollten, war jetzt nur der Kanzler erschienen und verkündete den erstaunten Zuhörern, daß er als "Untersuchungsführer" bestellt sei. Ohne daß dies Müller vorher mitgeteilt worden war, hatte der Rektor bereits ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, dessen Ziel die Entlassung aus dem Hochschuldienst ist. Gegenstand der Untersuchung war auch nicht mehr nur der Artikel im "Weser Kurier", sondern auch die öffentliche Stellungnahme vom 13. Oktober.

Darin hatte Wolfgang Müller ausgeführt:

"Die Ziele, für die ich eintrete, hat die revolutionäre Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren erhoben: die Abschaffung der Ausbeutung durch die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums an Fabriken und Maschinen und den Aufbau des Sozialismus. In dieser Gesellschaft schaffen die Arbeiter den Reichtum, die Kapitalisten eignen ihn bloß an.

Dieses Verhältnis ist Ursache für alles gesellschaftliche Elend; es bringt notwendig immer wieder Krisen hervor. Fortwährend wächst in dieser Gesellschaft der Reichtum der Kapitalistenklasse, fortwährend vergrößert sich die Ausbeutung und Abhängigkeit der Arbeiterklasse.

Der bürgerliche Staat schützt diese Verhältnisse. Er garantiert das kapitalistische Eigentum. Seine Maßnahmen dienen den Kapitalisten und sind gegen die Arbeiterklasse und das Volk gerichtet. Die jüngsten Gesetze der Bundesregierung zum Sparprogramm zeigen das deutlich.

Solche Verhältnisse müssen nicht sein. Die Arbeiterklasse kann die Produktion in die eigenen Hände nehmen und zum Nutzen der ganzen Gesellschaft entwickeln. Dazu muß sie die politische Macht erobern. Dazu muß sie den Staat der Kapitalisten zerschlagen."

Gerade der letzte Absatz hatte offenbar die Zweifel der Leitung der Carl-von-Ossietzky-Universität genährt. Wie er das denn meine, wurde Wolfgang Müller gefragt.

Er sei Wissenschaftler, und als Wissenschaftler habe er die Wirklichkeit zu untersuchen, und diese Wirklichkeit zeige heute, daß Fabriken und Maschinen ungenutzt herumständen, daß es Arbeiter gebe, die an diesen Maschinen arbeiten könnten und daß dies auch erforderlich sei, um die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Aber weil kein Profit zu machen sei, blieben die Maschinen halt stehen und die Arbeiter würden auf die Straße gesetzt. Ändern könne dies nur die Arbeiterklasse, indem sie die Produktion in die eigenen Hände nehme und planvoll das produziere, was das Volk benötigt. Daß die Arbeiterklasse dazu in der Lage sei, könne auch nicht ernsthaft bestritten werden, schließlich sei es die Arbeiterklasse, die den Reichtum produziere, die in planvoller Arbeit z.B. riesige Tanker baue und die auch die Geschicke des Volkes selbst lenken könne.

Um aber die Kapitalisten zu enteignen, müsse die Arbeiterklasse die politische Macht erobern. Dazu aber sei der bürgerliche Staat nicht nur ungeeignet, sondern dessen Aufgabe sei es gerade, die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu sichern. Daß dieser Staat keineswegs dem "Gemeinwohl" diene, lasse sich tagtäglich belegen. So habe ein Gericht den Betriebsrat der Seibel-Belegschaft kurzerhand abgesetzt, weil sich dieser Betriebsrat an die Spitze der Kollegen im Kampf gegen die Schließung des Werks gestellt habe.

Das zeige sich, wenn der bürgerliche Staat und seine Repräsentanten heute von den Werktätigen den Lohnverzicht fordere und gegen die im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen hetze, alles mit dem Ziel, den Kapitalisten die Gewinne zu sichern. So rede Schmidt zwar von Lohnpause, beteuere aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Profite für die Kapitalisten.

Das alles könne nun aber auch niemandem verborgen bleiben, meinte Wolfgang Müller wenn man nur die Augen aufmache und die Wirklichkeit untersuche und nicht wie ein Pfaffe Glaubenssätze herbete. Daß dies auch die Zuhörer so sahen, bewies immer wieder der starke Beifall, durch den die Rede Wolfgang Müllers unterbrochen wurde.

Nur der Kanzler mochte dies nicht sehen; er hielt es mit den Glaubenssätzen und fragte, wie denn diese Ausführungen mit den Prinzipien der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" vereinbar seien. Dabei muß doch auch ihm bekannt gewesen sein, daß diese Prinzipien durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 aufgestellt wurde, um die KPD und – so war die Hoffnung der westdeutschen Bourgeoisie – damit die Ziele der Arbeiterklasse ein für allemal zu verbieten.

Bezüglich der Menschenrechte erklärte Müller, daß er für die Volkssouveränität eintrete.

Aber was habe es denn mit der Volkssouveränität zu tun, wenn die Regierung etwa durch das Sparprogramm Gesetze gegen das Volk mache, wenn das Bundesverfassungsgericht gegen den Willen des Volkes den § 218 verewigen lasse. Was habe es mit der Volkssouveränität zu tun, wenn keine Regierung, kein Abgeordneter, kein Beamter oder Richter, ja niemand, der ein öffentliches Amt ausübe, dem Volk, sondern allenfalls seinem Gewissen verantwortlich sei.

Der Kanzler mochte nicht antworten. Er will jetzt prüfen, ob Wolfgang Müller entlassen werden soll.

Die 200 Teilnehmer aber beschlossen unmittelbar nach der Anhörung einstimmig, daß Wolfgang Müller im Hochschuldienst bleiben müsse. Das forderten auch die Teilnehmer eines Teach-ins am gleichen Abend, zu dem sich ebenfalls wieder 200 Menschen eingefunden hatten. Der Rektor wurde aufgefordert, keinesfalls einer Entlassung zuzustimmen, sondern eher zurückzutreten. – **(jb)**

Die Bestrafungen werden nicht hingenommen!

Zwei Disziplinarstrafen wegen Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218

Koblenz. Wegen Teilnahme in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn wurden zwei Soldaten bestraft und insgesamt sechs vom MAD verhört. Der Gefreite Norbert Ruh, der Vertrauensmann der Mannschaften seiner Kompanie ist, erhielt eine Geldstrafe von 150 DM, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Ihm wurde angedroht, als Vertrauensmann abgesetzt zu werden. Thymo Fischer, Soldat in der 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 142, erhielt am 20.10. eine Geldstrafe von 120 DM. Der Vertrauensmann dieser Kompanie, der bei Disziplinarstrafen vorher angehört werden muß, stellte sich hinter T. Fischer und billigte seine Teilnahme in Uniform an der Demonstration. Daraufhin drohte ihm der Chef mit der Absetzung. Die Mannschaften reagierten auf dieses Vorgehen am Abend mit einer Mannschaftsversammlung. 90 Soldaten waren anwesend. Davon sprachen sich in einer Abstimmung 80 für den Vertrauensmann aus und billigten sein Verhalten. 10 Soldaten enthielten sich der Stimme. Keiner stellte sich auf die Seite des Kompaniechefs, der von den Soldaten aufgefordert wurde, vor ihnen die Absetzung des Vertrauensmannes und die Disziplinarstrafe zu rechtfertigen. Gegen das Vorgehen von Bundeswehrführung und MAD haben sich fünf der Soldaten in einer Presseerklärung gewandt, die nachstehend abgedruckt wird.

Der MAD hatte die Soldaten durch Erpressung zum "Reden" zu bringen versucht:

"Sie haben doch weit nach Hause zu fahren, möchten Sie nicht gerne heimatnah versetzt werden?" Oder, bei Schülern: "Möchten Sie noch studieren? Sehen Sie, da wird nichts draus." Das alles hat den "freundlichen Herrn" nichts genützt. Sie mußten ohne Antwort von dannen ziehen. Vom MAD wurden den Soldaten Bilder von ihnen, auf der Demonstration geschossen, vorgelegt.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz, das Koblenzer Komitee gegen den § 218, der Kommunistische Studentenbund und die Ortsgruppe des KBW unterstützen die Soldaten in ihrem Kampf für die Rücknahme der Disziplinarstrafe und gegen die angedrohte Absetzung des Vertrauensmanns. In der Stadt und vor den Koblenzer Kasernen wurden unter anderem Stände gemacht und Flugblätter verteilt. Das Soldaten- und Reservistenkomitee schlägt in einer Korrespondenz vor, dem Kommandeur des Bataillons, in dem der Gefreite Ruh Dienst tut, **Protestresolutionen** zu schicken mit den Forderungen: "Keine Absetzung von Norbert Ruh als Vertrauensmann" – "Rücknahme der Disziplinarstrafe". Ebenfalls Protestresolutionen sollen an die Chefs der Kompanien geschickt werden, in denen die anderen vier Soldaten, die die Presseerklärung unterzeichnet haben, Dienst tun. Die Adressen lauten folgendermaßen:

Kommandeur o.V.i.A. des Schweren Pionierbataillons 310, 54 Koblenz, Rheinkaserne;
Chef o.V.i.A. der 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 142, 54 Koblenz, Gneisenaukaserne;
Chef o.V.i.A. der 4. Kompanie des Instandsetzungsbataillons 320, 54 Koblenz, Rheinkaserne;
Chef o.V.i.A. der 2. Kompanie des Schweren Pionierbataillons 850, 54 Koblenz, Pionierkaserne;
Chef o.V.i.A. der 4. Kompanie des Fernmeldebatillons 330, 54 Koblenz, Falckensteinkaserne.
Soldaten- und Reservistenkomitee, c/o Heinz Dillmann, 5400 Koblenz, Andernachstr. 88

Presseerklärung der 5 Soldaten

Der § 218, der die Abtreibung unter Strafe stellt, bedeutet für viele Familien entweder fast unüberwindbare wirtschaftliche Schwierigkeiten, oder sich in die Arme der Kurpfuscher zu begeben. Und diesen Schritt haben schon viele Frauen mit dem Leben bezahlt. Sie treiben ab, nicht weil sie das Kind nicht auf die Welt bringen wollen, sondern niedriger Lohn, fehlende Kindergartenplätze, die hohen Kosten für die Aufziehung eines Säuglings uw. zwingen sie dazu.

Für die Soldaten bedeutet der § 218: Wie sollen wir bei dem niedrigen Wehrsold, der Kasernierung und oft weiten Entfernungen zum Heimatort ein Kind ernähren und großziehen? Eine Abtreibung können wir uns gar nicht leisten.

Der § 218 trifft arm und reich sehr unterschiedlich. Denn die Reichen können mit Geld ins Ausland gehen oder über Beziehungen einen Arzt besorgen.

Brauchen tuen den § 218 nur die Fabrikherren und Konzernbosse; für sie erhält er das "Menschenmaterial" für ihre Fabriken und das Kanonenfutter für ihre Kriege und ihre Armeen. Über ihn greifen sie in das Leben der Familien ein, ist er ein Mittel des Staatsapparates, die Arbeiter und das ganze Volk zu bevormunden und ihnen die eigene Entscheidung über ihre Kinder zu nehmen.

Um diese Bevormundung aufrechtzuerhalten, diente das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Das Volk, in dessen Namen die Richter entschieden haben, nimmt dieses Urteil nicht hin und es muß durch einen Volksentscheid den § 218 zu Fall bringen. Für dieses Ziel haben die Komitees gegen den § 218 über 500 000 Unterschriften gesammelt, auch in den Kasernen. 25 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Bonn, mit ihnen 200 Soldaten in Uniform.

Was unsere Kameraden schon lange wissen, hat die Bundeswehrführung nun herausbekommen: Wir haben uns am 21. September in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 – Für Volksentscheid gegen den § 218 in Bonn beteiligt. Aus über 150 Orten haben die Komitees gegen den § 218 dazu aufgerufen.

Wenn wir Soldaten in Uniform demonstrieren, zeigen wir, daß wir uns vom Volk nicht trennen lassen und es in seinem Kampf für die Streichung des § 218 unterstützen, auch und gerade als Soldaten. Weil wir, trotz Verbot, in Uniform demonstrierten, wurden wir in Bonn von den Demonstranten und den Passanten überall mit großem Beifall begrüßt. Die Bundeswehrführung dagegen verfolgt uns. Einige von uns erhalten Disziplinarstrafen, bei anderen steht die Bestrafung unmittelbar bevor. Auch soll Norbert Ruh durch das Truppendienstgericht als Vertrauensmann abgesetzt werden. Unsere Vorgesetzten berufen sich auf ein Gesetz, das es verbietet, in Unifom auf politischen Veranstaltungen aufzutreten. Angewandt wird dieses Gesetz nur, wenn wir uns gegen die bestehenden Verhältnisse wehren, wie wir das bei der Demonstration gegen den § 218 getan haben. Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hildebrandt, hat vor einigen Monaten in Uniform an einer Siegesfeier des Franco-Regimes teilgenommen. Der Generalleutnant wurde nicht gestraft.

Wenn wir jetzt bestraft werden, weil wir uns als Soldaten für einen Volksentscheid gegen den § 218 einsetzen, dann wird uns das nicht daran hindern, weiterhin gegen diesen Paragrafen aufzutreten. Wir fordern alle Soldaten auf, den Kampf der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen, unter den Forderungen: **Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218.**

Wolfgang Ayaß, Falckensteinkaserne, 4. Fernmeldebataillon 330; Gerhard Bayha, Pionierkaserne, 2. Schweres Pionierbataillon 850; Horst Wilhelm, Rheinkaserne, 4. Instandsetzungsbataillon 320; Norbert Ruh, Rheinkaserne, 1. Schweres Pionierbataillon 310; Thymo Fischer, Gneisenaukaserne, 1. Panzergrenadierbataillon 142.

Soldaten begrüßen Protestaktion des DGB gegen das Franco-Regime

Bremen. Mit folgendem Brief an den DGB Bremen begrüßte eine Gruppe von 16 Soldaten aus der Lützow-Kaserne in Schwanewede die Protestaktion des DGB gegen das Franco-Regime:

Werte Kollegen!

Kurz nachdem die Hinrichtung der 5 Antifaschisten in Spanien bei uns bekannt wurde, wandten wir (Soldaten der Lützow Kaserne, Schwanewede) uns an unsere Kameraden, um unsere Empörung über die Todesurteile und Hinrichtungen in Spanien zum Ausdruck zu bringen.

In kurzer Zeit kamen 16 Kameraden überein, daß man gegen den Terror gegen die spanischen Arbeiter und ihre Organisationen öffentlich protestieren muß.

Wir begrüßen Eure Protestaktionen gegen das Francoregime hier in Bremen. In unserer Protestresolution, die von den Kameraden unterzeichnet wurde, steht:

"Insbesondere begrüßen wir die Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftsbundes, am 2.10.75 einen internationalen Protesttag gegen das Francoregime durchzuführen. Auch der Bremer Kreisvorstand des DGB muß eine Demonstration durchführen.

– Schluß mit den Todesurteilen und Hinrichtungen in Spanien!

– Freiheit für die spanischen Arbeiterorganisationen!

– Nieder mit dem Francoregime!

– Keine Unterstützung des Francoregimes durch die Bundesregierung!"

Darüberhinaus schlagen wir Euch vor, in Zusammenarbeit mit dem KJA eine Veranstaltung zu den Verhältnissen in Spanien durchzuführen. Es waren ja gerade Militärgerichte, die die Beschuldigten abgeurteilt haben, deshalb ist auch für uns Soldaten diese Frage von besonderer Bedeutung.

Wir hoffen auf baldige Antwort
i.A. H.G. Duda
28 Bremen, Köhlerhof 1 a
(IG Metall)

„Straffe Zügel"- für die Bevölkerung

Hildesheim. Eine Woche Manöver in Niedersachsen. Mindestens ein Unteroffizier ist dabei zu Tode gekommen. Unter dem Kommando der Bundeswehrführung wurden amerikanische "Ledernacken" eingesetzt.

Worin bestand die Aufgabe des Manövers?

Einerseits wurde die Schlacht mit dem östlichen Weltkonkurrenten geprobt, wozu man NATO-Truppen brauchte, denn die westdeutschen Imperialisten gegen die Warschauer-Pakt-Staaten zu verteidigen ist eine schwere Arbeit.

Andererseits wurde der Kampf gegen den inneren Feind geprobt. Es wurden Bauernhöfe besetzt und in den Scheunen errichtete man beheizte Offizierszelte, es wurden die Sanis in die Wohnhäuser zwangseinquartiert, wo sie ihre Krankenstation einrichten mußten, es wurde in Kellerräumen der Bevölkerung die Instandsetzung des Materials organisiert.

Die Zügel wurden straff für die Bevölkerung gehalten. Am Ortseingang von Oedelum und am Ortsausgang lag ein Gefreiter in einer Holzkarre, mit Grünzeug getarnt und vom Bauern "ausgeliehen". Auf Bauernhöfen und vor Häusern, die von den Militärs besetzt wurden, hingen große Schilder: "Wir machen von der Schußwaffe Gebrauch." Als wir die Gefreiten fragten nach dem Sinn und Zweck des Manövers, war immer die erste Frage: "Seid ihr Feinde?" Wir wunderten uns zunächst, da wir keine Uniform trugen, sondern mit unserem VW und in Zivil vorfuhren. Doch dann weihten uns die Gefreiten ein; sie verrieten den militärischen Plan ihrer Manöverführung. "Der Feind kommt nämlich nicht nur in Uniform, er kommt auch in Zivil. Es wird von einer Bandentätigkeit ausgegangen, die im Dorf organisiert ist."

Dies ist deutlich. Doch die Gefreiten fanden dies widersinnig, weshalb sie es uns erzählten. Wenige Meter entfernt von den Stahlwerken Peine-Salzgitter wurde der Bürgerkrieg geprobt. Ein Gefreiter sagte: "Mir ist das alles scheißegal, nur der Drill und der Druck hält einen in diesem Laden und die Drohung von Strafen und Gefängnis. Wir müssen jetzt sogar ohne Heizung im Zelt schlafen bei dieser Kälte, aber die hohen Offiziere haben sich im Gasthaus einquartiert. Ich bin Kölscher Arbeiter und will zurück. Deshalb hab ich einen Versetzungsantrag gestellt. Alles hat mir die Scheiß-Bundeswehr versaut, meinen ganzen Beruf. Gleich nach der Lehre weg. Und wenn du aufmuckst, so wie ich neulich, dann kannst du alleine den ganzen Kasernenhof fegen. 170 Mark kriegste im Monat für den Dreck." Zu verteidigen hätte er hier in Westdeutschland nicht mal eine Arbeitsstelle, und Vaterland verteidigen, das wär überhaupt nicht drin. Das stehende Heer und das kasernierte nichtsnutzige Leben kotzt sie an. "Im Ernstfall, sag ich euch, würden sich 80 Prozent verpissen."

Wir gingen dann auf den Marktplatz von Oedelum, der mit Panzern gefüllt war. Wir wollten fotografieren. Doch da kam ein Hauptfeldwebel von hinten angesaust und zog und entsicherte die Pistole und drückte sie einem von uns in den Rücken. Wir müßten sofort abgeführt werden, und auf seinen Befehl mußten uns zwölf Soldaten mit dem G 3 und Pistolen abführen. Ein Hauptgefreiter wollte die Waffe nicht auf uns richten, sondern hielt sie hoch; den Hauptfeldwebel stimmte dies ärgerlich: "Die Waffe nicht hochhalten, sondern auf den Mann richten!" So wurden wir unter den Augen der staunenden Bevölkerung in eine Scheune geschleppt, wo der Herr Major, sein Hauptmann und Oberleutnant im warmen Zelt warteten.

Ein Verhör sollte stattfinden, bei dem die Gefreiten immer noch die Knarren auf uns richteten. Doch dazu kam es nicht. Denn wir erklärten, wir würden hier deshalb fotografieren, um für die KVZ Meldungen darüber zu bekommen, wie der Staat den imperialistischen Krieg und den Bürgerkrieg vorbereitet. Dabei hätten die Offiziere beinahe Schluckkrämpfe gekriegt und sie nahmen uns nicht einmal den Film. Es bestände jetzt aber noch kein Grund, vor uns Angst zu bekommen, so hatten wir bereits auf dem Marktplatz dem Hauptfeldwebel erklärt. Als wir das Offizierszelt dann endlich verließen und auch dem Herrn Major sagten: "Sie brauchen doch keine Angst vor uns zu haben", rief der Hauptfeldwebel dazwischen: "Er hat eben gesagt: 'jetzt noch nicht'." Nun, da hatte er recht. – **(tb, jm, Hildesheim)**

"Straffer Zügel"

An dem Manöver "Straffer Zügel", das in der vergangenen Woche im norddeutschen Raum stattfand, nahm zum ersten Mal amerikanische Marineinfanterie in Brigadestärke teil. Die Marineinfanteristen, die bis April des Jahres die Kerntruppe der US-Aggression in Indochina bildeten, werden vom kommenden Jahr an bei Bremerhaven stationiert. Die US-Imperialisten messen der norddeutschen Tiefebene große Bedeutung bei für einen möglichen Krieg mit der sozialimperialistischen Sowjetunion um Europa. Die Teilnahme der Marineinfanteristen an diesem Manöver in Norddeutschland und ihre ständige Stationierung in Bremerhaven drückt das verschärfte Rivalisieren der beiden Supermächte um Europa an und zeigt, daß die Kriegsgefahr ständig wächst.



"Straffer Zügel": verbotenes Foto. Als die Korrespondenten des nebenstehenden Berichts fotografieren wollten, wurden sie festgenommen.



US-Marineinfanterie-Soldaten nach der Landung mit Landungsbooten in Bremerhaven, wo sie vom nächsten Jahr an stationiert sein werden.

Libanon: Was heißt da Religionskrieg?

‚Die Zeitungen sind voll von Berichten über den "Religionskrieg" im Libanon. Urplötzlich sei er ausgebrochen und nicht mehr einzudämmen. Die Regierung werde mit der Lage nicht mehr fertig. Die "Schweiz des Nahen Ostens" gehe dem Chaos entgegen. Dies sind die Behauptungen. Solang das US-Finanzkapital, die mit ihm liierten einheimischen Finanzleute die Millionen scheffelten und die Massen die Armut erduldeten, solang herrschte Ordnung. Jetzt wo die Massen dies nicht mehr dulden, soll Chaos herrschen.

Doch nicht nur das: Unterdrückt werden alle Informationen darüber, daß der Ausbruch der Konflikte im Libanon Produkt der Machenschaften der Supermacht USA und des israelischen Zionismus ist.

Beharrlich wird an der imperialistischen Propagandalüge gestrickt, daß solche Länder und Staaten wie der Libanon nicht mit sich selber fertig werden, eine ordnende Hand brauchen. Bereits jetzt wird an die Aggression und Invasion des US-Imperialismus im Libanon 1958 erinnert. So von der "New York Times", die meint, daß es gegenwärtig nicht klug sei, zu intervenieren (nach Neue Zürcher Zeitung, 16.10.). Nicht etwa, daß eine solche Aggression prinzipiell abgelehnt werden muß. Bloß gegenwärtig sei sie nicht zu empfehlen.

Die Supermächte garantieren die Existenz Israels

Urplötzlich ist dieser Kampf im Libanon keineswegs ausgebrochen. Geplant worden ist er von der Supermacht USA, geschürt von Israel und den Falangisten, durchgeführt von den Falangisten. Die Kämpfe im Libanon finden statt innerhalb der Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte, deren jede um Vorteile ringt, und sie werden dadurch weiter geschürt. Beide Supermächte halten den Zustand von weder Krieg noch Frieden im Mittleren Osten aufrecht. Dieser Zustand erhält ihnen die Möglichkeit, Einfluß auszuüben, sich ständig einzumischen und den Oberherren zu spielen. Durch die Waffenlieferungen, durch deren Empfänger, über die Menge und ihren Einsatz versuchen sie, die Politik der arabischen Staaten zu bestimmen. Nur dieser Zustand ermöglicht ihnen, verschiedene arabische Staaten gegeneinander auszuspielen. Und nur dieser Zustand ist eine brüchige Garantie für die Existenz des zionistischen Unterdrückerstaates, an dessen Existenz beide Supermächte Interesse haben.

Auch die andere Supermacht, die Sowjetunion, betreibt aktiv die Aufrechterhaltung dieses Zustandes. Der russische Sozialimperialismus ermuntert Israel, seine verbrecherische Politik fortzuführen. Offiziell hat er dem Kolonialstaat Israel das Existenzrecht anerkannt und sich dadurch verbürgt, diese Existenz auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aufrechtzuerhalten. Während die Israelis Aggressionen gegen den Südlibanon durchführen und nachweislich den Kampf anheizen, nimmt die Sowjetunion diplomatische Kontakte mit dem Zionistenstaat auf und ist der erneuten Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht abgeneigt. So schafft sie den Zionisten diplomatischen Spielraum, den diese nützen, um die Aggression fortzusetzen.

Die Mörderlogik Israels

Am 12.4.1975 hat der israelische Ministerpräsident Rabin ausdrücklich erklärt: "Wir sind dabei, einen konfessionellen Krieg im Libanon zu erwarten und zu planen", der dieselbe Wirkung haben solle wie die ständige Aggression des Besatzerstaates Israel auf den Südlibanon. Seit Jahren bombardieren israelische Flugzeuge den Süden des Libanon, seit Jahren beschießen israelische Schiffe die Küste des Libanon, Flüchtlingslager der Palästinenser und libanesische Dörfer werden bombardiert, Mordkommandos werden nach Beirut eingeschleust. Die palästinensische Nation soll niedergehalten werden, der Libanon, ein souveräner Staat, wird ganz selbstverständlich zu einem Territorium gemacht, auf dem sie imperialistisches Hausrecht ausüben.

Letzte Woche hat Rabin im israelischen Fernsehen erklärt: "Jeder Versuch (durch Syrien), Libanon zu besetzen, würde eine Situation schaffen, die als ein Angriff auf Israels Sicherheit ausgelegt werden müsse. 'Israel hat ein Interesse an der Existenz Libanons wie es ist,' " (Stuttgarter Zeitung, 16.10.) Generalstabschef Gur hat erklärt: "Wenn eine Änderung in der inneren Struktur des Libanon eintreten würde, wären die Konsequenzen für Israel ernst, was die Aktivitäten der Fedayin angeht, die sich von diesem Gebiet gegen die israelischen Siedlungen richten." (L'orient le jour, 26.6.1975)

Der israelische Ministerpräsident und einer seiner höchsten Militärs nehmen in Anspruch, daß die inneren Angelegenheiten des Libanon von ihnen gebilligt werden müssen.

Eine konsequente Mörderlogik entwickeln sie. Israel müsse sich gegen die Palästinenser, die dort in Flüchtlingslagern hausen, verteidigen! Weshalb hausen diese dort? Weil sie von den Zionisten aus dem Heimatland vertrieben worden sind. Zuerst vertreiben sie die Palästinenser von ihrem eigenen Boden, errichten einen Besatzerstaat und nehmen dann die Existenz von Flüchtlingslagern zum Anlaß, um andere souveräne Staaten zu überfallen.

Die Klassenwidersprüche entfalten sich

Sie verwahren sich dagegen, daß vom Libanon aus palästinensische Kommandos gegen den zionistischen Staat kämpfen. Imperialistische Schlächterlogik ist das. Das Opfer muß ruhig sein und stillhalten. Durch Überziehung des Libanon mit Krieg und durch Terror und durch die Stachelung des Bürgerkrieges wollen die Zionisten die palästinensischen Massen niederhalten, wollen sie einen Spalt zwischen Palästinenser und die libanesischen Massen treiben.

Diese ihre Taktik setzt auf die ausgeprägten inneren Klassenwidersprüche im Libanon, die sie zugunsten der Reaktion zur Entfaltung bringen wollen. Zur Entfaltung sind sie gekommen. Das erhoffte Ergebnis ist bislang ausgeblieben. Die Supermacht USA, der israelische Zionismus setzen im Libanon auf die einheimische Bourgeoisie, die unselbständig, direkt verfilzt und abhängig ist vom internationalen Finanzkapital. Sie setzen auf die Falangepartei und ihre bewaffneten Formationen, deren Kampfauftrag es war und ist, dies Land dem US-Imperialismus offenzuhalten. Sie reden von der "Schweiz des Nahen Ostens". Wenn diese Leute von der Schweiz reden, weiß man gut, was sie meinen: Großbanken. Im Libanon sei das "Geschäfts- und Bankenwesen prächtig gediehen", stellt die "Neue Zürcher Zeitung" fest (18./19.10.75).

Der Libanon sollte so zumindest an der Nordgrenze Israel Ruhe und Entlastung verschaffen.

Weshalb dann Religionskrieg? Die Reichen des Libanon gehören der christlichen Kirche an, die Armen zumeist der mohammedanischen. Über lange Zeit hinweg hat sich der Klassengegensatz ausgedrückt nur in der Erscheinung des religiösen Gegensatzes. Die christliche Kirche ist selber einer der größten Feudalherren und Ausbeuter und Schmarotzer: "Die libanesische maronitische Kirche besitzt 20 Prozent des bebauten Bodens im Libanon, 85 Prozent der Schulen, 90 Prozent der Krankenhäuser und Heime, eine unschätzbare Zahl von festen Gebäuden usw." (Afrique Asie). Sie finanziert und unterstützt direkt die Falangisten.

Zu Beginn der Auseinandersetzungen im Frühjahr hatten die USA, Israel und die Falangisten darauf gesetzt, daß sie bloß die Palästinenser angreifen, sie einzeln und getrennt von den libanesischen Massen schlagen müßten, um so insgesamt die Position der Reaktion zu stärken und die Massen insgesamt zu entmutigen. Dies ist ihnen nicht gelungen. Gemeinsam haben die palästinensischen und die libanesischen Massen gekämpft und den Plan der Falange vereitelt. Resultat der bisherigen Auseinandersetzungen: Hinter den religiösen Widersprüchen treten die sozialen Gegensätze, die Klasseninteressen hervor und werden zum Inhalt der Kämpfe.

Nicht nur objektiv, bewußt und geplant arbeiten die Falangisten und Zionisten zusammen: "In der Nähe von Tyrus im Süden Libanons fanden Guerillas israelische Waffen. Ihre Führer verkündeten daraufhin lauthals, dies sei ein Beweis, daß Israel bei den Kämpfen im Libanon seine Hand im Spiel gehabt habe. Die Mossad-Agenten (israelischer Geheimdienst) hat diese Entwicklung erzürnt. Laut 'Time' hatten sie nämlich tatsächlich – aus Sicherheitsgründen über Mittelsmänner – christliche Gruppen mit Feuerwaffen und Munition versorgt. Zuvor hatten sie jedoch mit großer Sorgfalt versucht, alle Nummern und Zeichen, an denen die Herkunft der Waffen erkennbar war, zu entfernen." (Welt, 11.7.75)

Jetzt wird gemeldet, daß drei schwerbeladene Schiffe im Hafen von Beirut Waffen an die Falange geliefert hätten. Woher kommen diese Schiffsladungen? Dschumbladt, der Führer der Progressiven Sozialistischen Partei Libanons, hat erklärt, daß die "westlichen Industrienationen" ihre Waffenlieferungen einstellen sollten. – Das ganze ein rein innerlibanesischer Konflikt, wie die bürgerliche Presse behauptet? Ein Religionskrieg? Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die beiden Supermächte, die gemeinsam die Oberherren über die Völker und die Reichtümer des Nahen Ostens sein möchten, wollen unbedingt den Zustand von weder Krieg noch Frieden aufrechterhalten. Kein Gerede vom Religionskrieg kann darüber hinwegtäuschen, daß dieser Konflikt ohne die Existenz des Zionistenstaates in der gegenwärtigen Form nicht denkbar wäre. Und daß beide Supermächte alles tun, um diese Existenz zu garantieren. – **(hjh)**

Ölpreissenkung wollen die Imperialisten

Auf dem vorbereitenden Treffen für eine "Konferenz über die internationale Zusammenarbeit", das in der letzten Woche in Paris stattgefunden hat, wurde vereinbart, diese Konferenz am 16. Dezember auf Ministerebene ebenfalls in Paris durchzuführen. Stellvertretend für die Länder der Dritten Welt stimmten die Vertreter Algeriens, des Iran, Saudi-Arabiens, Venezuelas, Zaires, Brasiliens und Indiens dieser Abmachung mit den USA, der Europäischen Gemeinschaft und Japan zu.

Das Treffen dieser zehn Delegationen, das auch als "Vorkonferenz" bezeichnet wurde, schlägt der Ministerkonferenz vor, gemischte Kommissionen zu folgenden vier Themen einzusetzen: 1. Energie; 2. Rohstoffe; 3. Entwicklungshilfe; 4. Finanzen und Währungsfragen. An der Ministerkonferenz sollen 19 Entwicklungsländer und acht entwickelte Länder teilnehmen. Diese Zusammensetzung gilt auch für die einzurichtenden Kommissionen. Sie sollen aus je zehn Vertretern der Entwicklungsländer und fünf Vertretern der entwickelten Länder zusammengesetzt sein. Die Kommissionen sollen einer zweiten Ministerrunde im Januar 1976 über ihre Arbeit berichten.

Dieses Ergebnis der Vorkonferenz ist ein Erfolg für die Entwicklungsländer, sowohl was die Festlegung der Themen anbelangt als auch die Zusammensetzung der Ministerkonferenz und der Kommissionen. Denn im April dieses Jahres scheiterte diese Vorkonferenz bereits einmal, weil die imperialistischen Länder, besonders die Supermacht USA, nicht bereit waren, über andere Fragen auf der geplanten Ministerkonferenz zu verhandeln als über die Ölpreise. Die US-Imperialisten strebten eine solche Ministerkonferenz mit den Ländern der Dritten Welt an, um ein Ölpreisdiktat durchzusetzen. Sie wollten diejenigen Länder der Dritten Welt, die selber über Ölvorkommen nicht verfügen und auf Importe angewiesen sind, dafür gewinnen, auf dieser Konferenz mit ihnen gemeinsam die Ölländer zu verurteilen, um den Ölkampf zu zerschlagen. US-Außenminister Kissinger hatte zu diesem Zweck die Gründung einer sogenannten Internationalen Energieagentur betrieben, in der alle ölverbrauchenden Länder zusammengefaßt werden sollten, damit sie sich den Plänen und der Herrschaft der US-Imperialisten unterordneten. Um dem Plan Gewicht zu verleihen, drohten Kissinger und Ford den Ölländern fortgesetzt mit Krieg und militärischer Besetzung der Ölfelder. Einschüchtern konnten die Häuptlinge des US-Imperialismus damit jedoch kein Land der Dritten Welt. Das Vorhaben scheiterte, denn außer den NATO-Ländern ist kaum ein anderes Land Mitglied in dieser "Energieagentur" geworden. Frankreich zum Beispiel hat damals die Beteiligung sogar von Anfang an abgelehnt.

Der gerechte Kampf der Ölländer für nationale Kontrolle der eigenen Bodenschätze und für gerechte Ölpreise war nicht zu zerschlagen. Dieser Kampf war das Signal für viele Länder der Dritten Welt, den Kampf aufzunehmen gegen die ungleiche Bezahlung ihrer Waren auf dem Weltmarkt, gegen die Ausplünderung ihrer Bodenschätze und gegen die Ausbeutung durch die imperialistischen Länder und die imperialistischen Monopole. In der Folge des Ölkampfs wurden weitere Vereinigungen von Rohstoffproduzenten gegründet, deren Stärke ständig zunimmt. Eine steigende Zahl von Ländern ergreift Maßnahmen, um die multinationalen Gesellschaften stärker zu kontrollieren und die ausländischen Monopolunternehmen zu verstaatlichen. All das zeigt, daß die Länder der Dritten Welt den imperialistischen Ländern erfolgreich entgegentreten können, wenn sie auf die eigene Kraft vertrauen, untereinander zusammenhalten und sich nicht spalten lassen.

Bei dem Zusammentreffen in Paris haben jetzt die Länder der Dritten Welt verlangt, daß die Arbeit der Ministerkonferenz im Dezember und der von ihr einzusetzenden vier Kommissionen eingeordnet wird in die von der UNO eingeleiteten Maßnahmen zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die auf der im September durchgeführten 7. Sonderkonferenz der UNO-Vollversammlung beschlossen wurde. Die Vertreter der Dritten Welt traten dementsprechend dafür ein, daß der Ministerkonferenz nicht nur die Gründung der vier Kommissionen vorzuschlagen sei, sondern daß zugleich feste Aufträge auf der Basis der Beschlüsse der 7. Sonderkonferenz der UNO für die Kommissionen zu bestimmen seien.

‚Die imperialistischen Länder stimmten dem jedoch nicht zu, so daß die Aufträge für die Kommissionen erst von der Ministerkonferenz geklärt werden können: "Die Industrienationen wollen jedoch nicht grundsätzlich an die bestehenden internationalen Institutionen und Verträge tasten und streben – vor allem die USA – weiter nach einer Verbilligung des Erdöls." (Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober) Da ist eine bürgerliche Zeitung einmal nahe dran an der Wahrheit: Die Imperialisten spielen auf Zeitgewinn, sie wollen möglichst viel von der alten Position durchsetzen und hoffen nach wie vor, daß sie den Ansatzpunkt zur Spaltung der Länder der Dritten Welt finden. Diese Politik der Verzögerung und des Hinhaltens drückte der US-Vertreter Robinson deutlich aus am Ende des Pariser Treffens. Er war nicht nur gegen die Festlegung eines präzisen Auftrags für die Kommissionen auf der Grundlage der Beschlüsse der 7. UNO-Sonderkonferenz, sondern er sprach sich überhaupt dagegen aus, daß diese Kommissionen tatsächlich Kompetenzen erhalten und an der Arbeit zur Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung teilnehmen. Die Kommissionen sollten nur Untersuchungen durchführen und Vorschläge ausarbeiten, die dann vielleicht von den bestehenden internationalen Organisationen umgesetzt werden könnten, das erklärte Robinson (Süddeutsche Zeitung, 17. Oktober). Mit anderen Worten: Weder durch die Arbeit der Kommissionen noch durch die Ministerkonferenz sollen irgendwelche Maßnahmen eingeleitet werden, die das bestehende Wirtschaftssystem verändern.

Gegen diese Haltung des Vertreters der Imperialisten nahm der algerische Vertreter Stellung: "Gewiß", sagte er, "während der letzten Monate sind große Schritte nach vorn gemacht worden. Die reichen und die armen Länder stehen sich nicht mehr wie noch vor kurzem in allen Bereichen feindlich gegenüber. So sind Fortschritte erzielt, was das Herankommen an die Probleme betrifft. Aber hinsichtlich der Zusammenarbeit und dem Zweck der Zusammenarbeit gibt es nur sehr geringe Fortschritte, es bleibt noch alles zu tun. Die Industrieländer haben wohl die Richtung des Gewehrs geändert, aber das Gewehr bleibt nach wie vor da. Wir wollen dagegen solche allgemeinen Richtlinien, die daran festhalten, daß es sich um globale Verhandlungen handelt und die den Kommissionen erlauben, einen solchen allgemeinen Rahmen herzustellen, in dem die Zusammenarbeit entwickelt werden kann." (Le Monde, 16. Oktober) – **(gj)**

„Fischerei-Krieg?" - Das Volk wird verhetzt

Island hat seine Hoheitsgewässer auf 200 Seemeilen erweitert. Notwendig wurde diese Maßnahme, weil das isländische Volk, nahezu vollständig abhängig von der eigenen Fischindustrie, nicht länger zusehen konnte, wie die Gewässer vor der eigenen Küste von ausländischen Trawlern abgefischt wurden.

Dabei hat die isländische Regierung nicht bei den Regierungen der betroffenen imperialistischen Länder um Erlaubnis gebeten. Dies wird ihr jetzt verübelt.

"Einseitig", hetzt die bürgerliche Presse und mischt sich munter in die Angelegenheiten des isländischen Volkes.

Damit nicht genug, ein "guter Imperialist" gibt so schnell nicht auf, und er hat viele Stützen im eigenen Land.

Die bürgerliche Presse schwingt sich sofort zum Sprecher der "Furcht" der deutschen Seeleute auf: "Fischerei-Krieg auf Leben und Tod", so die Schlagzeile der "Morgenpost" Bremen am 13. Oktober. Und "Bild", wohl weil sie dabei war, weiß auch wie's läuft: "Isländer jagen Bremer Kutter" (16. Oktober).

Sie läuft wie geschmiert, die bürgerliche Meinungsmaschine, und "geschmiert" wird sie ja in der Tat genug.

"Bild" geht weiter: "Was wird Bonn nun tun? " fragt sie, und weil kein Zweifel aufkommen soll, gibt sie selbst gleich die Marschrichtung vor: "Nach dem Ölkrieg der Araber nun der Kabeljaukrieg der Isländer. Wie sagte Bundeskanzler Schmidt kürzlich? 'Dieses Land hat eine starke Regierung!' Nun wollen wir mal sehen, was diese 'starke Regierung' für die deutschen Fischer und die Hausfrauen tut." (Kommentar am 16. Oktober)

"Gruß an Kiel", kann man da nur sagen, jagt die Marine los, heißt das! Damit dies besser zieht, legt "Bild" erst richtig los, wobei es auf ein paar Lügen nicht ankommt. So wird Bruno Peschau, Chef der Hochseefischer-Kapitalisten, zitiert: "Wenn die Isländer durchkommen und im Fischereikrieg siegen, ist das der Tod der deutschen Fischwirtschaft. 10 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr." (Selbst wenn's wahr wäre, es sind nicht die Arbeitsplätze, die diesen Herrn so interessieren, die verlustig gehenden hohen Profite, die schmerzen ihn.)

"Bild" selbst führt den "Beweis" für diese Aussage: "Dort (um Island, der Verf.) liegen wichtige Fanggründe der deutschen Flotte mit jährlich 120 000 Tonnen Kabeljau und Seelachs." (So auf Seite 1 vom 16. Oktober)

Auf der letzten Seite liest man erstaunt: "Tatsächlich fischen deutsche Trawler pro Jahr 90 000 Tonnen Rotbarsch, Seelachs und Kabeljau im Nordatlantik vor Island." Macht einen diese "geringe" Differenz von 30 000 Tonnen aufmerksam, so erstaunt man beim Lesen der "Bremer Nachrichten" noch mehr. Man erfährt: "Die Bedeutung der Fänge aus den Gewässern um Island ist für die bundesdeutschen Fischer in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen", und mit Zahlen wird belegt, daß 1974 der Anteil am Gesamtfischfang 14 Prozent betrug, knapp 70 000 Tonnen (Bremer Nachrichten, 17. Oktober).

Die Bundesregierung hat vorläufig sich aufs Verhandeln verlegt. Am 28. Oktober will Außenminister Genscher nach Reykjavik fliegen. Erklärt hat die Bundesregierung, daß sie "Sonderkonditionen" erwarte. Aufgehoben hat sie das Anlandeverbot für isländische Fische in deutschen Häfen, um bei den Verhandlungen etwas besser dazustehen. Die isländischen Fischer zeigten sich nicht sonderlich beeindruckt: Die isländischen Fische würden im Hafen von Ostende abgesetzt, und zwar zu guten Preisen, erklärte ein Sprecher des Verbandes der Trawlerbesitzer. Und am 16. Oktober kappte ein isländisches Inspektionsschiff die Netze eines deutschen Trawlers, der sogar innerhalb der 50-Meilen-Zone vor Island fischte. Genscher wird keine leichten Verhandlungen haben, denn die Forderungen Islands sind gerecht und finden bei vielen Ländern der Welt Unterstützung. – (rf., Bremen)

Sultanat Oman greift VDR Jemen an

Von britischen Piloten geflogene Bomber der Luftwaffe des Sultanats Oman haben am 18. Oktober das Grenzgebiet der Demokratischen Volksrepublik Jemen bombardiert. Diese Aggression hat der Sultan Quabus von Oman in einer Presseerklärung seiner Regierung als Akt der Verteidigung hinstellen lassen.

Quabus führt seit Jahren Krieg in der an den Südjemen angrenzenden Provinz Dhofar. Das Volk hat diese Provinz unter der Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) von der Herrschaft des reaktionären Sultans befreit. Dhofar wurde zum befreiten Gebiet erklärt. Bei seinem Krieg zur Wiederherstellung seiner Kontrolle über Dhofar wird der Sultan vom britischen und amerikanischen Imperialismus unterstützt. Der britische Imperialismus, der ehemalige Kolonialherr, führt den Krieg mit seinen Offizieren. Der US-Imperialismus unterhält einen Luft- und einen Flottenstützpunkt in Oman. An dem Krieg zur Rückeroberung Dhofars beteiligt sich ferner der Iran mit einer Armee von 3 000 Mann. Außerdem stehen jordanische Elitetruppen und saudi-arabische Truppen im Lande. Die PFLO hat in einer Stellungnahme anläßlich der Bombardierung südjemenitischen Gebietes erklärt, daß starke iranische, britische und omanische Kräfte bereits am 16. Oktober mit Hubschraubern in das befreite Gebiet eingedrungen seien, unterstützt durch die Luftwaffe und durch Schiffsartillerie von der See her. Angesichts der verstärkten Kampftätigkeit der Befreiungsfront, heißt es in der am 19. Oktober in Aden veröffentlichten Erklärung weiter, bombardiere der Feind blindwütig zivile Ortschaften, weil er den angekündigten schnellen Sieg bisher nicht erreichen konnte. Der Feind habe bei seinen Operationen beträchtliche Verluste hinnehmen müssen. Dieser Erklärung der PFLO ist ein Aufruf an "das arabische Volk und die nationalen Regierungen" beigefügt, in dem sie aufgefordert werden, "sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk von Oman bewußt zu werden, das von der Ausrottung bedroht ist". Weiter werden "die friedliebenden Kräfte" aufgefordert, "die Aggression zu enthüllen und den Kampf des Volkes von Oman zu unterstützen". Ein Sprecher des britischen Kriegsministeriums hat am Sonntag dementiert, daß britische Truppen an der Luftlandeaktion in Dhofar beteiligt seien. Der Sprecher gab jedoch zu, daß britische Soldaten im Sultanat Oman stationiert sind. (Nach: Le Monde vom 20. und 21. Oktober)



Dhofar: Versammlung des Volkes. Die Versammlungen sind Organe der demokratischen Volksherrschaft in den befreiten Gebieten.

Spanien: Kardinal Döpfner rechnet Todesurteile auf

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz hat der Münchner Kardinal Döpfner wegen der Todesurteile folgenden Brief an General Franco geschrieben:

"Seiner Exzellenz; dem spanischen Staatschef
Herrn Generalissimus Francisco FRANCO

Exzellenz,
mit großer Sorge verfolge ich die Berichte, wonach in Ihrem Land in den vergangenen Wochen und Tagen eine Reihe von Todesurteilen ausgesprochen worden sind. Es ist nicht meine Absicht, mich in innere Angelegenheiten Ihres Landes einzumischen. Auch möchte ich kein Urteil darüber abgeben, ob die Umstände es erforderlich machen, zur Erhaltung der staatlichen Integrität und der öffentlichen Ordnung zu derartigen Maßnahmen zu greifen. Vielmehr appelliere ich an Sie als den Staatsmann eines christlichen Landes, durch einen Gnadenakt die Vollstreckung dieser Todesurteile zu verhindern.

Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß ich die Ermordung von Polizisten, die ihren Dienst im Auftrage des Staates vollbringen, für ein verabscheuungswürdiges Verbrechen halte. Es ist für mich auch betrüblich, daß sehr viele derjenigen, die gegen die Todesurteile protestieren, bisher nicht gegen die Ermordung von Polizisten Stellung genommen haben. Es ist ebenfalls für mich unbegreiflich, daß Todesurteile in kommunistisch regierten Staaten in der westlichen Öffentlichkeit kaum Aufsehen erregen.

Aber um so mehr bitte ich Sie sehr nachdrücklich, die Todesurteile durch einen Gnadenakt aufzuheben. Die Vollstreckung der Todesurteile würde das Ansehen Ihres Staates auch bei den Katholiken unseres Landes sehr erheblich belasten.

Hochachtungsvoll
gez. Julius Kardinal Döpfner"

Ähnliche wie der Kardinal reden nicht wenige. "Ja", sagte ein Kapitalist in einem Bremer Betrieb zu den Arbeitern, "ihr demonstriert gegen Spanien. Aber gegen die Todesstrafen in der Sowjetunion, gegen die Todesstrafen in der DDR, dagegen traut ihr euch nicht zu demonstrieren." Als ob es einfach um Todesstrafen ginge! Als ob die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen die faschistische Unterdrückung durch das Franco-Regime gerade so wie in einem Tauschgeschäft gehandelt werden kann: Gerade so macht es auch der Kardinal, der die Todesurteile des Franco-Regimes gegen die Todesurteile in der DDR oder in der Sowjetunion aufzurechnen versucht, so daß für das Franco-Regime weniger herauskommt und es plötzlich – immer im Verhältnis – noch glänzend dasteht.

Die Arbeiterklasse rechnet anders. Sie untersucht die Tatsachen, die materiellen Verhältnisse. Tatsache ist zum Beispiel, daß das Franco-Regime mit den Hinrichtungen den Kampf des spanischen Volkes zu zerschlagen versucht. Dieser Kampf ist darauf gerichtet, das Franco-Regime selber, das seit vierzig Jahren mit aller erdenklichen Brutalität und größtem Terror das Volk unterdrückt, zu stürzen und zu beseitigen. Dieser Kampf des spanischen Volkes ist revolutionär. Er wird von der Arbeiterklasse geführt mit dem Ziel, mit dem Sturz des Franco-Regimes auch die Ausbeutung des Menschen durch Menschen zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Nun hat in einer solchen Gesellschaft die Krämerlogik, die seiner Heiligkeit und dem Unternehmer und dem Lehrer im Dienst der bürgerlichen Klasse so sehr zu eigen ist, keinen Platz. Dessen sind sie sich natürlich bewußt, und deshalb ihre Rechenkünste, an die sie die Hoffnung knüpfen, sie könnten damit die Solidaritätsbewegung, die sich mit dem Kampf des spanischen Volkes gebildet hat, verwirren und also schwächen. Stützen können sie sich dabei auf die Tatsache, daß in der einstmals sozialistischen Sowjetunion der Kapitalismus wiederhergestellt wurde und eine neue Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft mit faschistischen Mitteln über die Arbeiterklasse und das Volk ausübt. Den geistlichen und weltlichen Herren versichern wir deshalb mit gutem Gewissen, daß das internationale Proletariat keine Minute zögern wird, seine Solidarität mit dem Kampf der sowjetischen Arbeiterklasse zu zeigen, sobald die Arbeiter und die Völker der Sowjetunion den Kampf aufgenommen haben zum Sturz der neuen Zaren und zur Beseitigung der Monopolbourgeoisie, von der sie ausgebeutet werden. Wenn die bürgerlichen Herren der Sowjetunion heute Todesurteile mit Hilfe ihrer Gerichte verhängen, dann geht es ihnen darum, Konkurrenten auszuschalten, Konkurrenten im Kampf um staatliche Pfründe, um die Beherrschung des staatlichen Machtapparates, um mit seiner Hilfe um so besser die Arbeiterklasse zu unterdrücken und auszusaugen und sich zu bereichern. Solchen "Opfern" weint die internationale Arbeiterklasse natürlich keine Träne nach, weshalb man sie auch nicht gegen die vom Franco-Regime umgebrachten Revolutionäre aufrechnen kann. – (g.j.)

Arica
Iquique SALPETER
Antofagasta JOD
KUPFER
SILBER
La Serena GOLD
EISEN
FISCHEREI
OBST
Valparaiso
Santiago WEINTRAUBEN
GETREIDE
Concepcion KOHLE
STAHL
Valdivia FLEISCH
Pto.Montt MEERES-FRÜCHTE
Pto.Aisen HOLZ
SCHAFE
WOLLE
Pta.Arenas ÖL
4200 km
CHILE

Aufruf der chilenischen Junta an die westdeutschen Kapitalisten

"Investieren in Chile – ungenützte Chance für deutsche Unternehmer" – unter diesem Motto fordert die staatliche chilenische "Wirtschaftsförderungsorganisation" Corporation de Fomente de la Produccion (CORFO) in einer sechsseitigen Public-Relations-Anzeige im "Handelsblatt" vom 14. Oktober deutsche Kapitalisten auf, sich an der Ausbeutung des Landes zu beteiligen, das sehr reich an Rohstoffen ist, wie die obenstehende Karte zeigt, die aus der Anzeige des CORFO im "Handelsblatt" ist.

Nichts hindert mehr den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen des Landes: "Den ausländischen Investoren . . ., die sich der Ausbeutung der Naturvorkommen wie Minen, Landwirtschaft, Fischerei, des Meeres und Meeresbodens, des Wassers und der Luft widmen, kann in den jeweiligen Verträgen garantiert werden, daß die Steuerbestimmungen und die darin enthaltenen besonderen Befreiungen nicht geändert werden." So ist es in dem Investitionsstatut im Artikel 14 festgelegt.

Die Arbeiter stehen zur schrankenlosen Ausbeutung bereit: "Dem Investor steht ein Reservoir an Arbeitskräften jeder Qualifikation zur Verfügung. Der chilenische Arbeiter ist geschickt, fleißig und beweglich, bei relativ hoher Arbeitsproduktivität. Die Nominallöhne sind niedriger als in den Industrieländern." Dies wurde erreicht durch zwei Jahre Terror, Zerschlagung der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien. Die chilenischen Arbeiter sind gezwungen, am Rand des Existenzminimums zu leben. Dieser Zustand wird durch eine gewaltige industrielle Reservearmee aufrechterhalten. Die CORFO vergißt auch nicht, unter "Nachrichten" zu erwähnen: "Die Arbeitslosigkeit betrug im Großraum Santiago etwas über 13 Prozent im vergangenen Frühjahr." (Inoffizielle Schätzungen reichen an die 20 Prozent heran.)

Der Zionismus – eine "Form des Rassismus"

New York. Der Sozialausschuß der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat in der vergangenen Woche in der Nacht von Freitag auf Samstag mit 70 gegen 29 Stimmen bei 28 Enthaltungen eine Resolution angenommen, die den Zionismus "als eine Form des Rassismus und der Rassenunterdrückung ansieht". In ihrem Inhalt bezieht sich diese Resolution auf jene Resolution, die die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am 1. August in der ugandischen Hauptstadt Kampala verabschiedet hatte. Darin wird u.a. festgestellt, daß "das rassistische Regime, das im besetzten Palästina errichtet ist, ebenso wie die rassistischen Regimes in Zimbabwe und Südafrika gemeinsam auf dem Imperialismus fußen". Moinyhan, der Repräsentant der USA in der UNO, hat diese vom Sozialausschuß verabschiedete Resolution, die der Vollversammlung jetzt zur Abstimmung vorliegt, für "fürchterlich" befunden. Moinyhan drohte: Falls diese Resolution angenommen würde, wäre damit die Mitarbeit seines Landes an dem für das laufende Jahrzehnt von der UNO aufgestellten Programm gegen den Rassismus beendet. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben die gleiche Drohung von sich gegeben. Diese Resolution des UNO-Sozialausschusses enthält nur die täglichen Erfahrungen, die die Völker Palästinas, Zimbabwes, Anzanias und Namibias täglich mit dem Zionistenregime bzw. mit den weißen Kolonialistenregimes machen. Wenn diese Erfahrungen jetzt in einer UNO-Resolution festgehalten werden, dann ist das gut und nützlich für den gerechten Kampf der Völker gegen Rassenunterdrückung. Die Imperialisten wollen dagegen die Rassenunterdrückung beibehalten. Sie wollen deshalb die Resolution zu Fall bringen und richten sich zugleich gegen die für das nächste Jahr geplante Weltkonferenz gegen Rassenunterdrückung, die in Accra, der Hauptstadt Ghanas, stattfinden soll. (nach Le Monde, 19./20. Oktober)

Der spanische Kolonialismus muß die westliche Sahara freigeben

Der spanische Kolonialismus, der seit Jahrhunderten die westliche Sahara beherrscht, will sich der UNO-Resolution 1514 fügen und das Selbstbestimmungsrecht der 75 000 Saharabewohner anerkennen. Bereits im Frühjahr erklärte sich die spanische Regierung bereit, sich aus diesem Gebiet zurückzuziehen. Die westliche Sahara ist ein Gebiet im Nordwesten Afrikas entlang der Atlantik-Küste. Im Nordosten hat es eine gemeinsame Grenze mit Marokko und ein kurzes Stück auch mit Algerien, im Osten und Süden grenzt es an Mauretanien. Die Bevölkerung der westlichen Sahara wird politisch repräsentiert durch die PUNS, eine vom spanischen Kolonialismus unterstützte politische Organisation, und die Volksbefreiungsfront Polisario, die für die Unabhängigkeit des Gebiets kämpft. Während Marokko das Gebiet als Teil seines nationalen Territoriums betrachtet, fordert Algerien die Durchführung der UNO-Beschlüsse und alles zu unterlassen, was dem entgegensteht. Der marokkanische König Hassan II. hat in den letzten Tagen Hunderttausende von unbewaffneten Marokkanern in Tarfaya an der Grenze zur westlichen Sahara zusammengezogen, um mit ihnen einen "friedlichen Marsch auf El Aioun", das Verwaltungszentrum der westlichen Sahara, durchzuführen. Die spanische Regierung hat deshalb den UNO-Sicherheitsrat angerufen, der sich am Anfang der Woche mit der Sahara-Frage befassen wollte. Am 5. November wird sich die Vollversammlung der UNO damit befassen. (nach: Le Monde, 20.10.75)

23 Staaten Südamerikas vereinbaren Zusammenarbeit zum Schutz der wirtschaftlichen Unabhängigkeit

Panama. Am 18. Oktober haben die Vertreter von 23 südamerikanischen Staaten den Vertrag über das "Lateinamerikanische Wirtschaftssystem" (SELA) beschlossen. In diesem Vertrag über die regionale Zusammenarbeit zur Entwicklung der Wirtschaft werden die bestehenden Vereinigungen, der "Anden-Pakt", die "Mittelamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft" und die "Gemeinsschaft der Karibischen Inseln" integriert. Die SELA "bringt die gemeinsamen Interessen der Mitgliederländer zum Ausdruck". Sie hat zum Ziel, die Rohstoffproduzenten und die Produzenten von Nahrungsmitteln zusammenzuschließen, um sie gegenüber den Imperialisten in eine stärkere Verhandlungsposition zu bringen. Bei der Vorbereitung des Vertrags in den vergangenen Monaten wurde von allen Delegationen klargestellt, daß die Vereinigung besonders dem Schutz vor der Ausplünderung durch den US-Imperialismus diene. Die Zusammenarbeit in der SELA ist ein Erfolg der Länder Lateinamerikas im Kampf gegen die jahrhundertelange wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA. (nach: Le Monde, 21.10.)

„Die BRD – ein Erzfeind des Volkes von Namibia"

Das erklärte der Präsident der SWAPO anläßlich der Genscher-Reise nach Afrika

Die Guerillas der "Südwestafrikanischen Volksunion" (SWAPO), die die einzig legitime Vertretung des Volkes von Namibia ist, haben ihre Kampftätigkeit gegen die südafrikanischen Rassisten verstärkt. Ihre Operationen konnten sie auf das gesamte Ovamboland ausdehnen. Besonders die Intensivierung ihrer Aktivitäten im Bereich des Uran-Bergwerkes bei Rossing und in dem Bergwerk selber hat das südafrikanische Siedlerregime in große Panik gestürzt. Vorster, der Häuptling der Rassisten, erklärte am Samstag, "mit Energie und gnadenlos" werde seine Regierung gegen "Terroristen" vorgehen. Die Rassistenpresse in Südafrika rechtfertigte die ständige Verletzung der Grenze zwischen Namibia und Angola mit der Begründung, die Truppen Südafrikas hätten das Recht, die Grenze nach Angola zu überqueren, um die SWAPO-Kämpfer zu verfolgen. Die UNO hat mehrfach das Vorster-Regime aufgefordert, die Herrschaft über Namibia aufzugeben. Die UNO stellte fest, daß das Vorster-Regime die Herrschaft über Namibia widerrechtlich ausübt. Aber an der Fortexistenz der Rassistenherrschaft über Namibia haben die Imperialisten großes Interesse. Die NATO hat Südafrika und Namibia in ihr Aufmarschkonzept einbezogen und richtet Flottenstützpunkte ein. Die westdeutschen Imperialisten beteiligen sich verstärkt an der Ausplünderung Namibias. Wie sie dabei an die alte Kolonialherrschaft des deutschen Imperialismus über dieses Gebiet im Süden Afrikas anknüpfen, zeigt der folgende Artikel.

Seit Aufnahme der BRD in die UNO legen ihre außenpolitischen Vertreter Genscher und Gefolge ein Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem anderen ab. Sie erklären, "daß auch dieses Territorium (Namibia) seine Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht erhalten muß" (Staatssekretär Gehlhoff nach Frankfurter Rundschau, 8. Februar 1975) und daß die Präsenz Südafrikas in Namibia illegal sei. So lauten die schönen Worte der Bundesregierung – mit dem kleinen Zusatz, zugleich wolle die BRD "korrekte und volle Beziehungen" (Gehlhoff) mit Südafrika unterhalten. Die Realität dieser "korrekten und vollen Beziehungen" sieht so aus:

Ein Paradies für das Kapital – Elend und Rechtlosigkeit für die einheimische afrikanische Bevölkerung

Die bedeutendsten Wirtschaftssektoren Namibias sind der Bergbau, die Fischerei und die Landwirtschaft (Karakul- und Rinderzucht). Zur Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes finden die Kapitalisten aller Länder beste Bedingungen vor. Die Arbeitsgesetze des Apartheid-Staates zwingen die afrikanischen Arbeiter unter die uneingeschränkte Verfügungsgewalt – des weißen Kapitals: Eine zumindest formal freie Wahl des Arbeitsplatzes gibt es nicht; Arbeiterrekrutierungsbüros vermitteln afrikanische Wanderarbeiter an die weißen Kapitalisten nach deren Bedarfsmeldungen. Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin (Ungehorsam, Fernbleiben von der Arbeit) werden als kriminelle Delikte bestraft ("Master and Servant Laws"). Die afrikanischen Arbeiter dürfen sich wohl in Organisationen zusammenschließen, sie sind aber aller gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubt, sind nichttariffähig. Streiks sind neuerdings "erlaubt", wenn der zugrundeliegende Arbeitskonflikt dreißig Tage vorher an die Behörden gemeldet und noch nicht "gelöst" wurde. Dabei gilt weiter das Streikverbot des Terrorismus-Gesetzes von 1967, das als Terrorismus definiert, "... die Erzeugung und Verteilung von Waren oder Lebensmitteln an irgendeinem Ort zu zerrütten oder zu behindern".

Auf diese Weise gelang es bisher dem südafrikanischen Kolonialstaat, die Löhne der afrikanischen Arbeiter extrem niedrig zu halten: 1973 lag das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie mindestens bei 82 Rand (Survey of Race Relations 1974, Seite 232). Die Löhne der namibianischen Arbeiter lagen im selben Jahr (ohne den oft zusätzlichen Naturallohn von Unterkunft und Verpflegung im Wert von etwa 12 Rand) zwischen 6 und 12 Rand (Farmarbeiter), 36 Rand (Tsumeb-Minenarbeiter) und 59 Rand (afrikanischer Polizist, Spitzenlohn) (UN-Department of Political Affairs, Decolonization, Dezember 1974).

Hungerlöhne und Massenelend auf seiten der afrikanischen Arbeiter und ihrer Familien: Das ist der gute Boden für die Profite des weißen Kapitals. So machte die Bergbau-Gesellschaft "Tsumeb Corporation" 1947 bis 1971 insgesamt 367 Millionen US-Dollar Gewinn; ihre Lohnkosten betrugen im selben Zeitraum 91 Millionen Dollar. Die Kupfer-Mine von Klein Aub hatte schon nach zwei Produktionsjahren ihre Anfangsinvestitionen wieder eingebracht und kam von da an bei einem Produktionswert von 3 Millionen Rand auf 1,5 Millionen Rand Jahresgewinn (Fraenkel, The Namibians of SWA, London 1974, Seite 24).

Der Kolonialstaat ist dem Kapital nicht nur zu Diensten, was die Löhne angeht. Zusätzlich schafft er dem ausländischen Kapital weitere Anreize: Die Gewinnausfuhr wird "großzügig" gehandhabt (1972 flossen etwa 50 Prozent des in Namibia produzierten Reichtums in ausländische Taschen. Nach: Decolonization, Seite 13), die Steuern sind gering.

Führend in diesem Ausplünderungsgeschäft ist neben dem südafrikanischen Kapital das imperialistische Kapital aus USA, England, der BRD und Frankreich. 1972 waren 66 Prozent des in Bergbau, Fischerei und verarbeitendem Gewerbe investierten Kapitals in überseeischer Hand (Minilexikon SW, hrsg. von der südafrikanischen Botschaft, Seite 15). Die deutschen Firmen bzw. Kapitalbeteiligungen sind in der KVZ Nr. 37/1975 aufgeführt. Während das deutsche Kapital im Bergbau zu spät kam, ist es im verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft im Vormarsch. Großfarmen, die wegen der unsicheren politischen Zukunft von ihren bisherigen Besitzern abgestoßen wurden, wurden vor allem von deutschem Kapital übernommen.

Namibia gilt nicht nur etwas als Kapitalanlagegebiet. Im Außenhandel der Kolonie (wie auch Südafrikas) steht die BRD an führender Stelle: 60 Prozent der Karakulfelle und der größte Anteil der Schmuckdiamanten gehen in die BRD, die ihrerseits nach Südafrika der bedeutendste Lieferant für den namibianischen Markt ist.



Afrikanische Arbeiter im Ovamboland im Norden von Namibia.

Namibia und Südafrika – feste Teile der NATO-Pläne

Wie die anderen imperialistischen Gewinnler des Apartheid-Regimes läßt wohl auch die BRD bisweilen Diplomatisches gegen die südafrikanische Kolonialherrschaft in Namibia verlauten. Sie muß es wegen ihrer umfassenden neokolonialen Interessen in Schwarzafrika und den anderen Ländern der Dritten Welt. Doch sogar auf dieser Ebene der Diplomatie zeigen die BRD und die anderen imperialistischen Staaten immer wieder deutlich, daß sie treue Partner der südafrikanischen Kolonialmacht sind. In der UNO verhindern sie regelmäßig, daß wirksame internationale Maßnahmen gegen das Apartheid-Regime zustandekommen:

Als die UN-Vollversammlung im Dezember 1973 mit 107 Ja-Stimmen den sofortigen Rückzug Südafrikas aus Namibia forderte und die SWAPO als "authentische Vertreterin des Volkes von Namibia" anerkannte, enthielten sich diese Staaten der Stimme. Als die UN-Vollversammlung beschloß, den UN-Namibia-Rat zu ermächtigen, Exporte aus Namibia als gestohlenes Gut beschlagnahmen zu lassen, enthielten sie sich. Den UN-Ausschluß Südafrikas verhinderten die Westmächte im Oktober 1974 ebenso wie die Verhängung eines Waffenembargos im letzten Juni.

Die BRD unterhält gegen alle UN-Beschlüsse weiterhin in Windhoek/Namibia ein Konsulat – zur "Betreuung der vielen deutschen Staatsbürger und Deutschstämmigen", wie es fürsorglich heißt. Doch das Konsulat betreut nicht einfach Deutsche, sondern deutsche Siedler und Kolonialisten, Leute, von denen ein großer Prozentsatz auf geraubtem afrikanischem Boden afrikanische Arbeiter ausbeutet. Das Konsulat betreut den Teil der weißen Kolonialistenklasse, der als verläßlichste Stütze des Apartheid-Regimes gilt. Nicht genug damit. Das Amt für Auswanderung beim Bundesverwaltungsamt betreibt aktiv Werbung für die Auswanderung nach Südafrika und Namibia. Unter ihren Informationsblättern, die alle der Apartheid wohlgesonnen sind, hat eins den Titel "Welche Gesichtspunkte sind bei einem Farmkauf in Südwestafrika wichtig" (issa-Informationsdienst Nr. 12/1974–2/1975, Beilage, Seite 22 f.).

Daß auch und gerade auf militärischem Gebiet eine enge Verbindung zwischen der BRD, der NATO insgesamt und Südafrika besteht, wurde inzwischen trotz strengster Geheimhaltung offensichtlich (siehe die jüngsten Enthüllungen des ANC).

Schon im Juni 1973 beauftragte das "Verteidigungsplanungskomitee" der NATO den Alliierten Oberbefehlshaber Atlantik (SACLANT), "den Schutz der für die europäischen NATO-Staaten lebenswichtigen Schiffahrtslinien im Indischen Ozean und im Südatlantik zu planen, einschließlich Überwachung und Nachrichtenwesen ...", das heißt, das südliche Afrika und die Kap-Route in die Eventualpläne der NATO einzubeziehen (UN-Studie, zitiert in: Blätter des Informationszentrums Dritte Welt Nr. 38, Seite 48).

Die südafrikanischen Kriegshäfen, die Kapazität von Simonstown soll in den nächsten Jahren verdoppelt werden, stehen – so der südafrikanische Verteidigungsminister – "der gesamten freien Welt bzw. jedem Land der freien Welt, das Interesse an einem offenen Zugang zum Indischen Ozean habe", zur Verfügung (journal südafrika Nr. 4/1975, Seite 10). Die Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät durch die BRD und andere NATO-Staaten sind inzwischen allgemein bekannt (KVZ Nr. 41).

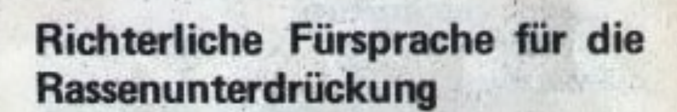
Winfried Nachtwei:
NAMIBIA –
von der antikolonialen Revolte zum nationalen Befreiungskampf.
ca. 160 Seiten, Preis ca. 7,50 DM erscheint im November im Verlag Jürgen Sendler
Bestellungen an:
Buchvertrieb Mannheim
Hager GmbH
6800 Mannheim, Postfach 5129

Das Kulturabkommen von 1963

Unter der Oberfläche diplomatischer Distanzierungen erhält die südafrikanische Kolonialmacht aus den Reihen der westdeutschen Bourgeoisie und ihrem Anhang von Rednern und Schreibern breite propagandistische Unterstützung. Das Kulturabkommen zwischen der BRD und Südafrika von 1963 soll laut Präambel dem Ziel dienen, "eine freundschaftliche Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu pflegen und dadurch das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Völkern zu fördern" (Dokumentation Kulturabkommen, hrsg. von amnesty international, Seite 17). Die Wirklichkeit des "Kulturaustauschs" zwischen der BRD und Südafrika zeigt aber, daß hier nur Verständnis für das Apartheid-System gefördert werden soll. Indem das Abkommen ausdrücklich Namibia einschließt, anerkennt die BRD zugleich die südafrikanische Kolonialherrschaft in Namibia.

Die staatlich zugelassenen Schulbücher sind ein weiteres Beispiel dafür, wie ungehindert, ja staatlich unterstützt auch heute noch breit Propaganda für Kolonialismus und Rassismus getrieben werden kann. So wird z.B. die Eroberung und Besetzung Namibias durch den deutschen Kolonialismus (1884 bis 1914) in den meisten Büchern als Kulturtat verklärt. Als Pionierleistung des weißen Mannes erscheint, was in Wirklichkeit massenhafter Raub von afrikanischem Land und Vieh, was Völkermord an der einheimischen Bevölkerung und Zerstörung ihrer sozialen Verbände war. (Den Freiheitskrieg von 1904 überlebten nur 20 Prozent von vorher 80 000 Hereros!)

Und im heutigen Namibia gibt es nach der Darstellung von Geografiebüchern vor allem blauen Himmel, weites Land und Wildreservate.



Richterliche Fürsprache für die Rassenunterdrückung

Aber nicht nur Schulbuchautoren und die Autoren der in der BRD relativ weit verbreiteten "Südwester-Literatur" zeigen offen ihr Herz für die rassistische Kolonialherrschaft Südafrikas. Auch hohe Staatsbeamte stehen da nicht zurück. In einem langen Aufsatz, der inzwischen von der südafrikanischen Botschaft in Bonn als Sonderdruck verteilt wird, machte sich Anfang des Jahres ein Dr. Clemens Amelunxen zum eifrigen Fürsprecher der faschistischen südafrikanischen Kolonialherrschaft. Dieser Amelunxen ist Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf und war viele Jahre in der politischen Justiz der "Staatsschutzkammer" tätig. Dieser Verfassungshüter begrüßt die "getrennte Entwicklung" (Einsperrung der verschiedenen ethnischen Gruppen der Afrikaner in sogenannte "Bantustans") als "Förderung der ethnischen Homogenität", die UN-Beschlüsse zu Namibia bezeichnet er als illegal, und die namibianischen Freiheitskämpfer nennt er "Terroristen (...), die mit Bomben, Handgranaten und Landminen so heldenhaft schwarze Frauen und Kinder attackieren" (journal südafrika Nr. 3/1975, Seite 4, 9).



Die Kontinuität des deutschen Imperialismus

Vor 90 Jahren erklärte der deutsche Imperialismus Südwestafrika zu seiner Kolonie. Mit brutalster Gewalt enteignete er die einheimische Bevölkerung und schuf damit die Grundlagen für die kapitalistische Kolonialwirtschaft. Lange ist die unmittelbare Kolonialherrschaft übergegangen an Südafrika. Doch der deutsche Imperialismus zeigt Kontinuität. 1972 erklärte der damalige UN-Beauftragte für Namibia, Lord Caradon, die südafrikanische Kolonialherrschaft werde "durch die Unterstützung der westlichen Industriemächte besonders durch die BRD ermöglicht" (Süddeutsche Zeitung, 31. Mai 1972).

Und anläßlich der Afrika-Reise von Bundesaußenminister Genscher stellte der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma, fest: "Die BRD hat durch ihr Handeln in und außerhalb Namibias ohne jeden Zweifel klargemacht, daß sie ein Erzfeind des Volkes von Namibia ist." (Frankfurter Rundschau, 7. Juli)

Heute wie vor 70 Jahren sind deutsches Kapital und sein Staat Hauptverantwortliche für die Knechtschaft und das Elend des Volkes von Namibia. Wir in der BRD können den Befreiungskampf des namibianischen Volkes vor allem dadurch unterstützen, daß wir die Mittäterschaft des westdeutschen Kapitals und des westdeutschen Staates bei der kolonialen Unterdrückung und Ausplünderung Namibias enthüllen, bekanntmachen und bekämpfen. – (wi., Münster)

Auseinandersetzung um Investitionskontrolle :

Eine dürftige, aber lehrreiche Debatte

Keine Zeitung, die in den letzten Wochen nicht mehrmals zur Frage der Investitionskontrolle und -lenkung Stellung genommen hätte. Alle Leitartikler begaben sich an die Front. Die Debatte war kurz, heftig und einseitig. Eine Auswahl von Überschriften: "Sprengstoff Investitionslenkung" (Süddeutsche Zeitung), "Investitionslenkung – ein Holzweg" (Frankfurter Allgemeine Zeitung), "Lenkung in die Irre" (Süddeutsche Zeitung), "Wem mützt die Investitionslenkung? " (Frankfurter Allgemeine Zeitung), "Den Dolch im Gewande" (Die Zeit), "Schwelbrand eines Begriffs" (Die Welt). Der Tenor der Leitartikel: Die Debatte hätte besser gleich gar nicht stattgefunden. Was hat das zu bedeuten? Zahlreiche Bourgeoisideologen stürzen sich in eine Debatte, von der sie sagen, sie dürfe nicht sein?

104 Konzerne mit jeweils mehr als einer Milliarde Umsatz, untereinander durch zahlreiche Fäden und Beteiligungen verbunden, haben heute in der BRD durch die Ausbeutung von 3,73 Millionen Beschäftigten (das sind 46 Prozent aller Industriebeschäftigten) mit rund 463 Milliarden DM einen Anteil von 62 Prozent des gesamten Industrieumsatzes errungen. So lauten die Zahlen für 1974, und 1975 wird sich die Konzentration und Zentralisation des Kapitals noch mehr verstärkt haben. Einige dieser Konzerne wie VEBA, nach seiner Verschmelzung mit der Gelsenberg AG der weitaus größte Konzern der Bundesrepublik, oder wie VW befinden sich praktisch in der Hand des Staates.

Objektive Voraussetzungen der Debatte

Andere Konzerne wie die Rüstungskonzerne, die Flugzeugindustrie und die Werften sind ganz oder entscheidend von den Aufträgen des Staates abhängig. Eine ganze Reihe von Leistungen, ohne die die kapitalistische Wirtschaft zusammenbrechen würde, werden durch staatliche Monopolbetriebe wie Post und Bundesbahn erbracht. Der Energiesektor befindet sich praktisch in der Hand des Staates, und ohne die Subventionen für Forschungen, Exporte usw. könnten die meisten Konzerne dicht machen.

Die Finanzgeschäfte der Konzerne werden über einige wenige Banken abgewickelt, von denen vier, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Westdeutsche Landesbank und die Commerzbank zu den dreißig größten Finanzinstituten außerhalb der USA gehören. Diese Banken besitzen Beteiligungen an den Konzernen, sie entscheiden über die Kredite, ihre Direktoren sitzen in den Aufsichtsräten der Konzerne, wie umgekehrt die großen Konzernherren an diesen Banken beteiligt sind, in ihren Aufsichtsräten sitzen und Abgesandte in den Direktionsetagen haben.

Dies, die Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger Kapitalmagnaten, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital, die Verwandlung des Staates in einen Superkapitalisten und seine Indienststellung durch das Finanzkapital, kurz, die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet die eine Voraussetzung, unter der man die Debatte um Investitionskontrolle und Investitionslenkung untersuchen muß.

Die andere Voraussetzung ist die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, die schwerste und tiefgehendste nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die durch keinerlei staatliche Konjunkturmaßnahmen verhindert werden konnte und die kapitalistische Wirtschaft in eine Stagnation geführt hat, deren Ende die Politiker und bürgerlichen Wissenschaftler nicht mehr vorauszusagen wagen. Der Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Existenz des Finanzkapitals, die Rolle der Konzerne und Banken und die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Staates, der in die Rolle des Gesamtkapitalisten hineinwächst, beweisen die Reife der gesellschaftlichen Produktion für eine gesellschaftliche Kontrolle und Planung.

Die wirtschaftliche Krise aber zeigt drastisch, daß Anarchie herrscht. Behält man diese beiden Voraussetzungen im Auge, dann kann man verstehen, warum in der sozialdemokratischen Partei die Debatte um die Investitionskontrolle und Investitionslenkung unvermeidlich aufkommen mußte und warum Regierung, Industrieverbände und die maßgebliche bürgerliche Presse diese Debatte lieber heute als morgen unter den Tisch kehren und beenden wollte.

Die Debatte in der SPD

Die sozialdemokratischen Ideologen kommen nach dem Bankrott ihrer Reformversprechen gar nicht mehr darum herum, ein Heilmittel gegen die wirtschaftliche Krise zu suchen und an den Wähler zu bringen, und sie können dieses Allheilmittel nur finden in der Staatsmaschinerie oder neuen bürokratischen Institutionen. Die Sozialdemokratie ist zwar eine Partei des Kapitals, sie ist aber keine Partei von Privatkapitalisten. Ihren Ideologen geht es darum, die Interessen des Gesamtkapitals mit Hilfe des Staates gegenüber den Privatkapitalisten zur Geltung zu bringen, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Grundlage des Kapitalismus und die Existenzbedingung der Privatkapitalisten, in Frage zu stellen. Die Schattierungen in der Partei sind gerade Schattierungen in der Frage, wie weit man die Interessen des Gesamtkapitals gegenüber den Privatkapitalisten mit Hilfe des kapitalistischen Staates zur Geltung bringen **soll** und **kann**.

Die Regierung hat es bei der Entwicklung und Verwirklichung ihrer Politik mit den Kapitalisten und ihren Verbänden direkt zu tun. Jederzeit ist für sie die Erkenntnis äußerst naheliegend, daß man die Bewegungsfreiheit des privaten Kapitals weder einschränken **kann** noch **soll**. Gegen die Kapitalisten und ihre Verbände läuft nichts, und würde man's trotzdem versuchen, so würden die Kapitalisten die Regierung rasch fallen lassen. Das Interesse des Gesamtkapitals kann nur sein, was die leibhaftigen Kapitalisten als ihr Interesse anerkennen, das ist die Leitlinie der Regierung. Es kann laut Schmidt gar nicht darum gehen, die Investitionen zu lenken, sondern nur darum, die Kapitalisten durch welche Anreize auch immer zu Investitionen zu bringen. Haben's die Konjunkturprogramme und die Milliarden für die Kapitalisten noch nicht gebracht, dann muß es nochmal versucht werden. Kaum hat die Regierung Steuererhöhungen für die Massen beschlossen, schon berät das Kabinett, welche Steuersenkungen den Kapitalisten denn zupaß kommen könnten, um sie aus ihrer "Investitionslethargie" hervorzulocken.

Der sogenannte "linke" Flügel der SPD dagegen: Je weiter seine Vertreter von Regierungsfunktionen entfernt, um so entschiedener fordert er die Förderung des Gesamtkapitals und die Heilung des Kapitalismus durch Staatsaktionen gegenüber den Privatkapitalisten. Ist für die Sozialdemokraten in der Regierung die "indirekte Investitionslenkung", d.h. Gewinnanreize und Subventionen, gerade noch zulässig im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, so treten "kühne" sozialdemokratische Ideologen für die "direkte Investitionslenkung" ein: Gebote und Verbote sollen die privatkapitalistischen Investitionen an die richtige Stelle lenken und von falschen fernhalten. Freilich wagen sie noch nicht mal so weit zu gehen wie ihre britischen Kollegen und die Verstaatlichung des privaten Kapitals zu fordern. Den Skandal hat vielmehr bereits schon folgender harmlose, mehr wehleidige und beleidigte als das Privatkapital berührende Beschluß von Hessen-Süd hervorgerufen:

"Zur Vermeidung der immer schärferen Konjunkturausschläge und zur gezielten Lösung von Strukturproblemen ist eine demokratische gesamtwirtschaftliche Planung einzuführen, die die öffentlichen Hände sowie die strukturbestimmenden Großunternehmen umfaßt. In Verbindung mit der qualifizierten Mitbestimmung wird damit den Großunternehmen und den Unternehmerverbänden die Möglichkeit genommen, durch eine konzertierte Aktion der Investitionsverweigerung, Entlassung und Kurzarbeit zu versuchen, eine gewählte SPD-Regierung 'in die Knie zu zwingen' und gegenüber den Gewerkschaften Lohndiktate durchzusetzen. Dies wird deshalb von uns gefordert, weil wenige Großkonzerne die Märkte beherrschen und demokratische Wirtschaftskontrolle kaum möglich ist. Zugleich gilt es, Marktprozesse wieder unbeeinflußt von Machtkalkülen der Großunternehmen zur kurzfristigen Bedarfsfindung und -deckung wirken zu lassen." (Frankfurter Rundschau, 27. September)

Das ist ein gequälter Aufschrei sozialdemokratischer Funktionäre, die sich an die Staatskrippe gewöhnt haben und nicht von dieser angenehmen Stelle vertrieben werden sollen, aber kein Angriff auf die Privatkapitalisten. Von politischer oder ökonomischer Logik ist darin nichts zu entdecken. Die Investitionen sollen gelenkt werden, damit die SPD an der Staatskrippe bleibt, das ist die einzige Logik, die man entdecken kann. Wollte "Hessen-Süd" an die Großkonzerne heran, dann müßte es ihre Enteignung fordern, und wollte es eine "demokratische gesamtwirtschaftliche Planung", dann müßte es die Zerschlagung des monopolkapitalistischen Staatsapparates propagieren. Von beidem kann natürlich nicht mal die Rede sein. Damit sind wir beim Kernpunkt der ganzen Vorschläge zur Investitionslenkung: Sie sparen konsequent die Eigentumsfrage und die Frage des Klassencharakters des bestehenden Staates aus. Damit wird Investitionslenkung tatsächlich zu einem bloßen Reizwort, und als Reizwort hat es auch in der ganzen bisherigen Debatte gewirkt. Gereizt hat es die bürgerliche Presse, gereizt hat es die Regierung und gereizt hat es die Kapitalistenverbände. Warum ist von dieser Stelle so empfindlich auf die Beschlüsse zur Investitionslenkung reagiert worden?

Es ist so empfindlich reagiert worden, weil die Kapitalisten, die bürgerlichen Journalisten und die Regierung sehr gut wissen, daß in jeder ernsthaften Auseinandersetzung um die Investitionslenkung die Eigentumsfrage und die Frage nach dem Klassencharakter des Staates gar nicht umgangen werden können angesichts der tatsächlichen Verhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der wirtschaftlichen Krise. Die sozialdemokratischen Ideologen haben diese Fragen umschifft, denn sie haben sich mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln versöhnt und den monopolkapitalistischen Staat als Futterkrippe längst lieb gewonnen. Was sie wollen, ist ein bißchen Gewichtsverlagerung zugunsten des Staates im Verhältnis zwischen Staat und Monopolen. Das haben sie Investitionskontrolle und Investitionslenkung genannt, und jetzt wird ihnen vorgeführt, daß hinter der Investitionskontrolle, sobald man sie ernsthaft untersucht, die Eigentumsfrage und die Frage nach dem Klassencharakter des Staates verborgen ist.

Die Empörung der Bourgeoisideologen

Empört stellt ein Wirtschaftsfachmann der Süddeutschen Zeitung zu den sozialdemokratischen Beschlüssen fest: "Die Frage nach dem Eigentum scheint in solchen Diskussionen wohl bald überhaupt keine Rolle mehr zu spielen" (Süddeutsche Zeitung, 26. September), und Jürgen Eick, Wirtschaftsleitartikler der "Frankfurter Allgemeinen", fragt entrüstet: "Wer haftet bei Fehlentscheidungen gegenüber den Eigentümern, oder sollen sie bei dieser Gelegenheit gleich mit abgeschafft werden? " (25. September). Solche Empörung scheint weit hergeholt und reichlich künstlich, wenn man die Absichten der sozialdemokratischen Ideologen betrachtet. Sie ist aber verständlich bei einem bewußten Bourgeoisideologen, der weiß, daß gesellschaftliche Planung allemal Eingriffe in das Eigentumsrecht voraussetzt. Auch die Frage des Staates werfen die bewußten Bourgeoisideologen auf, wenn sie die Vorschläge zur Investitionslenkung wutschnaubend zurückweisen. Zu einer langfristigen Planung sei eine "Demokratie westlicher Art" nicht gut geeignet, stellt Michael Jungblut in der Wochenzeitung "Die Zeit" fest: "Man mag dies bedauern. Doch wer es grundlegend ändern will, sollte nicht vergessen (oder verheimlichen), daß er dazu auch 'eine andere Republik' braucht, wie Karl Schiller einmal erschreckt feststellte." (10. Oktober) Die sozialdemokratischen Ideologen haben die Windchen säen wollen und haben auch nicht mehr gesät. Sie haben aber Sturm geerntet. Von allen Seiten blasen ihnen die bewußten Bourgeoisideologen den Marsch, und schon gilt es als sicher, daß die gerade erst aufgeflammte Debatte auf dem Parteitag der SPD beerdigt werden wird.

Gehofft wird, daß ein Wiederaufschwung der Konjunktur und ein Machtwort der Partei die Sache erledigt: "Ein Trost bleibt: Wenn die Konjunktur wieder läuft, wird sich die über reale und effiziente Verbesserungen der Konjunktur- und Steuerpolitik hinausgehende Diskussion wohl wieder dahin zurückziehen, wo sie hingehört – in die Diskutierclubs der Utopien. Die praktische Wirtschaftspolitik hat wichtigere Aufgaben. Noch besser wäre freilich ein sofortiges Ende dieser Debatte, denn solche Klimastörungen sind alles andere als geeignet, die notwendige Investitionsneigung zu beflügeln und ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen." (Staatssekretär Schlecht vom Wirtschaftsministerium, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Oktober) Die Debatte, die sich auf Grundlage der Krise entwickelt, soll gleichzeitig die Ursache der Krise sein. Die Überwindung der Krise soll die Debatte beendigen und die Beendigung der Debatte soll den Aufschwung der Wirtschaft fördern. Das theoretische Durcheinander entspricht dem ökonomischen.

Was die Debatte zeigt

Tatsache ist jedoch, daß die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus objektiv die Frage der Investitionskontrolle und der Investitionslenkung aufwirft, und Tatsache ist auch, daß der Kapitalismus sowohl die Notwendigkeit der Investitionskontrolle und -lenkung als auch ihre Möglichkeit hervorgebracht hat, Freilich in einem anderen und umfassenderen Sinn als die Sozialdemokraten andeuten und **im Zusammenhang** der Eigentumsfrage und der Frage der politischen Macht. Die Bedingungen dafür sind mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus selber gegeben. Lenin hat in seinem Artikel "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" (1917) folgendes festgestellt:

"... der Imperialismus ist nichts anderes als monopolistischer Kapitalismus. (...) Und was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z.B. die der Junker und Kapitalisten. Deshalb ist das, was Plechanow (Scheidemann, Lensch u.a.) 'Kriegssozialismus' nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten.

Nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d.h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionäre Weise den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus bedeutet!

, Denn wenn ein kapitalistisches Großunternehmen sich in ein Monopol verwandelt, dann bedeutet das, daß es das ganze Volk beliefert. Wenn dieses Unternehmen Staatsmonopol geworden ist, dann bedeutet das, daß der Staat (d.h. die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiter und Bauern, revolutionären Demokratismus vorausgesetzt) den ganzen Betrieb lenkt – in wessen Interesse?

Entweder im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten; dann handelt es sich nicht um einen revolutionär-demokratischen, sondern um einen reaktionär-bürokratischen Staat, eine imperialistische Republik; oder im Interesse der revolutionären Demokratie; dann ist das eben ein Schritt zum Sozialismus.

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein." (Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Band II, Seite 298f.)

Die sozialdemokratischen Ideologen werfen die Frage der Investitionskontrolle und -lenkung auf und wollen gleichzeitig die Frage der politischen Macht und die Eigentumsfrage umschiffen, weil sie sich mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ausgesöhnt haben und an der Krippe des bürgerlichen Staates ihre Existenz fristen. Sie sind verdeckte Bourgeoisideologen.

Die offenen Bourgeoisideologen, die direkten Diener der Kapitalisten, wissen, daß sich diese entscheidenden Fragen nicht unterdrücken lassen, wenn erst einmal die Frage der Investitionskontrolle und -lenkung aufgeworfen ist.

Wir Marxisten-Leninisten, die stets von dem unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und von den Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ausgehen, werfen in allen ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen stets die Eigentumsfrage auf und erklären offen, daß sie nur durch die Diktatur des Proletariats und die Enteignung der Kapitalisten gelöst werden kann; daß für eine Kontrolle und Lenkung der Investitionen wie überhaupt der gesellschaftlichen Produktion durch die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus alle Voraussetzungen geschaffen sind und die Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und der Eroberung der politischen Macht vorwärtsschreiten kann zum Sozialismus. Die Arbeiterklasse braucht die gesellschaftliche Produktion nur von der kapitalistischen Hülle zu befreien, eine Hülle, die bereits viel zu eng geworden ist, wie jede Krise drastisch zeigt. Jetzt kontrolliert die aneignende Klasse, die Kapitalistenklasse, die Produktion. Dabei erleidet sie Schiffbruch, weil der Profit zu einem jämmerlichen "Lenkungs"kriterium geworden ist gegenüber den gewaltigen Potenzen der gesellschaftlichen Produktivkraft. Der Streit zwischen den Bourgeoisideologen, verdeckten und offenen, ist die theoretische Widerspiegelung dieser Krise des Kapitalismus. Sie ist theoretisch geradeso gefährlich für den Kapitalismus wie die Krise praktisch. Deshalb hätte sie besser gleich gar nicht begonnen, wie der Chor der Leitartikler tönt. Untersucht man die Voraussetzungen der Debatte, den staatsmonopolistischen Kapitalismus und seineKrise, dann erkennt man, um was es jenseits der Debatte der Bourgeoisideologen und in der Realität des Klassenkampfes heute geht:

Es geht darum, daß die hervorbringende Klasse, das Proletariat, die Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion erobert. Dazu braucht sie die politische Macht, dazu muß sie die Ausbeuter enteignen. – **(js)**

Mit Strafverfahren wollte die Justiz die Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen zweier Mannheimer Stadtteile schüren. Deren Antwort:

Gegen den Staat halten wir zusammen

Mannheim. Vom 14. bis 18. Oktober fand vor dem Landgericht Mannheim ein Prozeß gegen 12 Jugendliche des Stadtteils Mannheim-Hochstätt statt. Auf "besonders schweren Landfriedensbruch" lautete die Anklage. Was steckt hinter diesem Vorgang?

Im März 1974 war es vor dem städtischen Jugendheim in Mannheim-Rheinau zu einer Auseinandersetzung zwischen Gruppen von Jugendlichen aus den benachbarten Stadtteilen Rheinau und Hochstätt gekommen. Wenn eine "Menschenmenge" in eine Auseinandersetzung verwickelt ist, handelt es sich für die bürgerliche Justiz um "Landfriedensbruch". So auch in diesem Fall, und für den Staatsanwalt war es gleich noch "schwerer Landfriedensbruch".

Was war die Ursache der Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen? Schon lange bestand ein Fehdezustand zwischen den Jugendlichen beider Stadtteile. Wenn ein Rheinauer nach Hochstätt kam, mußte er damit rechnen, "seine Fänge zu kriegen", und umgekehrt. Im März 1974 waren dann ganze Gruppen der Jugendlichen aneinandergeraten. Doch eine Erklärung der Ereignisse ist damit nicht gegeben.

Dazu muß man die Verhältnisse betrachten, unter denen die Jugendlichen zu leben gezwungen sind. Beide Stadtteile, Hochstätt und Rheinau, sind typische Arbeiterviertel. Blockbebauung mit einfachen, zum Teil "Einfachst-"Wohnungen der "Gemeinnützigen Baugesellschaften" kennzeichnen beide Stadtteile.

Mit 58 Prozent liegt der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung in Rheinau um 11,3 Prozent höher als im Stadt-Durchschnitt. In Hochstätt ist der Arbeiteranteil noch weitaus höher.

Die Industrie prägt auch im Wohngebiet selber buchstäblich die Atmosphäre: Rheinau hat den höchsten Schwefeldioxidgehalt der Luft von Baden-Württemberg, häufig riecht es nach "faulen Eiern" (Nervengift Schwefelwasserstoff).

Schwefelwasserstoff).

Einer überdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte auf der Hochstätt (bebaute Fläche 0,25 Quadratkilometer bei 3 500 Einwohnern – stehen keine Freizeiteinrichtungen gegenüber. In den beiden Kneipen, die es gibt – eine davon wird demnächst abgerissen – haben viele der etwa 700 Jugendlichen Lokalverbot. Völlig unzureichend ist in beiden Stadtteilen die Versorgung mit Spielplätzen – in Hochstätt gibt es gar keinen – und Kindergärten.

Das städtische Jugendheim in Rheinau – früher nur an vier Wochentagen für jeweils dreieinhalb Stunden abends für Jugendliche geöffnet – ist seit geraumer Zeit für die Jugendlichen, die nicht in einem Verein organisiert sind, geschlossen.

Alle 12 Jugendlichen vor Gericht stammen aus Arbeiterfamilien, die unter den schwierigsten materiellen Verhältnissen leben. Die Wohnverhältnisse sind sehr beengt. Viele der Jugendlichen haben den Hauptschulabschluß nicht geschafft oder mußten die Sonderschule besuchen. Nur ein Teil konnte eine Lehre erfolgreich abschließen. Die anderen "jobten" mal hier, mal da. Denn immer wieder eckten sie an, weil sie gegen Schikanen und Unterdrückung im Betrieb individuell rebellierten. Kaum machte sich die Krise bemerkbar, wurden sie arbeitslos. Oft sind sie das bereits seit 1974. In der Arbeitslosigkeit verschärfen die beengten Wohnverhältnisse und das fehlende Freizeitangebot die Situation der Jugendlichen.

Keinen Finger rühren der Staat und seine kommunalen Statthalter in den Rathäusern, um an diesen Verhältnissen etwas zu ändern. So läßt er die Fähigkeiten der Jugendlichen verrotten. Wenn sich deren Wut gegen diese Verhältnisse, die von der Profitmacherei diktiert sind, in gegenseitigen Schlägereien Luft verschafft, dann ist dieser Staat da und seine Staatsanwälte schreien "Landfriedensbruch".

Man sieht, was dieser Staat unter "Landfriedensbruch" versteht, daß sich die Jugendlichen stumm und ohne aufzumucken diesen Verhältnissen unterwerfen sollen.

Die Jugendlichen haben sich versöhnt

Die Rheinauer und Hochstätter Jugendlichen haben, als die Staatsgewalt einschritt und "Landfriedensbruch" schrie, jedoch erkannt, daß es unsinnig ist, wenn sie sich gegenseitig bekämpfen, denn sie befinden sich alle in derselben Lage und haben keine gegensätzlichen Interessen. Sie versöhnten sich und schlossen sich zusammen, um die Prozesse gemeinsam vorzubereiten.

In gemeinsamen Versammlungen diskutierten sie über die Ursachen ihrer früheren Streitereien und über ihre Rechte, die sie vor Gericht haben. Heraus kam dabei, daß sie sich gegenüber dem Eingreifen der Staatsanwaltschaft zusammengeschlossen haben. Als Ausdruck ihres Zusammenschlusses wählten sie einen gemeinsamen Ausschuß. Sie organisierten zwei freundschaftliche Fußballspiele und gründeten einen gemeinsamen Rechtshilfefonds, der die Prozeßkosten bestreiten sollte. Über ihre Prozesse, ihre soziale Lage und die gemeinsame Vorbereitung dieser Prozesse informierten sie die Bevölkerung in Flugblättern und Plakaten.

Dem Staat paßte dieser Zusammenschluß der Jugendlichen überhaupt nicht, und er versuchte ihn zu stören, wo immer möglich. Die Stadt Mannheim erlaubte ihnen nicht mal, das geplante "Große Landfriedens(bruch)fest", auf dem Geld für den Rechtshilfefonds gesammelt werden sollte, im Nachbarschaftshaus Rheinau oder in einem anderen stadteigenen Haus durchzuführen. Auch von den Kirchengemeinden erhielten sie dafür keinen Raum. Bis heute steht ihnen im städtischen Jugendheim Rheinau kein Raum zur Verfügung, wo sie ihre Versammlungen abhalten können. Der Oberbürgermeister Dr. Ratzel (SPD) persönlich hat eine Raumvergabe abgelehnt, so sehr liegt ihm am Herzen, den Zusammenschluß der Jugendlichen zu verhindern.

Deutlich wurde dadurch, worauf sich die staatliche Jugendpolitik allein versteht: auf die polizeiliche Bevormundung.

Gericht will Zusammenhalt der Jugendlichen untergraben

Diese Politik, die die Jugendlichen vom Stadtjugendamt her zur Genüge kennen, wurde jetzt im Gerichtssaal von der bürgerlichen Justiz auf Biegen und Brechen fortgesetzt. Ständig

gen und Brechen fortgesetzt. Ständig

versuchte das Gericht die Jugendlichen gegeneinander auszuspielen und aufzuwiegeln. Der ganze Prozeß war darauf angelegt, die Auseinandersetzung unter den Jugendlichen aufrechtzuerhalten und ihnen gegenüber die Staatsautorität hervorzukehren. Um irgendetwas anderes konnte es auch schon deswegen gar nicht gehen, weil es außer den Beteiligten selbst, die sich alle miteinander ausgesöhnt haben, keine Geschädigten gibt, deren Interessen gegen die Jugendlichen geltend gemacht werden könnten. Die Anzeige gegen Unbekannt, die die Mutter eines verletzten Jugendlichen erstattet hatte, war von ihr zurückgezogen worden.

So bewegt sich der ganze Prozeß in dem Widerspruch, einerseits die Jugendlichen dafür zu bestrafen, daß sie sich befehdet haben, und andererseits den Fehdezustand, den die Jugendlichen von sich aus längst überwunden haben, wiederherstellen zu müssen, um sie überhaupt bestrafen zu können. Denn nur indem die Jugendlichen sich gegenseitig belasten, hätte das Gericht Handhabe gegen sie bekommen können.

Erfolglose Spaltungsversuche des Gerichts

Dies Bestreben des Gerichts, die Jugendlichen gegeneinander auszuspielen, wurde bereits vor Beginn des Prozesses deutlich: Der Gesamtkomplex mit 32 Angeklagten wurde in drei Verfahren aufgeteilt, um das Aussageverweigerungsrecht von Angeklagten zu umgehen, indem man sie in anderen Verfahren zu Zeugen macht. Aufgrund dieses Tricks hatten die Zeugen nur dann ein Auskunftsverweigerungsrecht, wenn sie selbst eine mögliche Selbstbelastung einräumten, also ihre Beteiligung an dem "Landfriedensbruch".

Ein Angeklagter hätte Vorteile für sich selber erwirken können, wenn er erlittene Verletzungen geltend gemacht und dadurch andere belastet hätte. Da die Jugendlichen sich jedoch nicht auf derart schmutzige Manöver einließen, blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als die Zeugen ständig unter Druck zu setzen, indem es ihnen mit Verfahren wegen Falschaussage drohte – ohne damit freilich Erfolg zu haben.

Um bei einem derart heiklen Verfahren möglichst ungestört zu sein, hatte das Gericht von Anfang an die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Angeblich zum Schutze der zur "Tatzeit" minderjährigen Angeklagten. Diese selbst allerdings forderten wiederholt die Wiederzulassung der Öffentlichkeit. In einem Flugblatt schrieben sie: "Das Urteil wird 'im Namen des Volkes' verkündet, wieso entscheidet ein Richter den Ausschluß des Volkes?"

Nicht mal eine Gruppe von Sozialarbeit-Studenten wurde zu Studienzwecken zugelassen. Der Korrespondent der "Mannheimer Arbeiterzeitung" bzw. der "Kommunistischen Volkszeitung" erhielt erst nach längeren Schikane-Manövern des Gerichts Zutritt zur Verhandlung.

Aufgrund des solidarischen Verhaltens der Jugendlichen stand die Anklage praktisch mit leeren Händen da. Sie konnte sich lediglich auf ein polizeiliches Vernehmungsprotokoll eines inzwischen bei einem Verkehrsunfall verstorbenen Jugendlichen stützen. Daraus geht neben einer Reihe von Namen hervor, daß die Auseinandersetzung stattfand.

So mußte die Anklage mit knirschenden Zähnen vom Vorwurf des "besonders schweren" auf einfachen Landfriedensbruch zurückstecken, und das Gericht mußte sich mit einem in Anbetracht des ursprünglichen Vorwurfs niedrigen Strafmaß zufriedengeben: dreimal Freispruch bzw. vorläufige Einstellung des Verfahrens, achtmal Verwarnungen mit Geldstrafen zwischen 200 und 500 DM (bzw. in zwei Fällen stattdessen 75 Stunden unbezahlte Arbeitsleistung), einmal zwei Wochen Dauerarrest.

Die ganze Wut, die sich beim Staatsanwalt darüber aufgestaut hatte, daß die Jugendlichen vor dem Gericht nicht auf dem Bauch krochen, sondern ihm solidarisch und selbstbewußt gegenüberstanden, kam zum Ausdruck, als er ankündigte, ein Verfahren wegen Zeugenbeeinflussung einzuleiten.

Damit soll die Aussöhnung der Jugendlichen und ihre Zusammenarbeit bei der Prozeßvorbereitung selber zu einer Straftat gemacht werden. Auf diese Weise würde er gern das Strafmaß doch noch erreichen, das er aufgrund dieses Prozeßverlaufs nicht durchsetzen konnte. Gleichzeitig möchte er den Jugendlichen einbleuen, daß sie mit ihrem Zusammenhalt gegen die Justiz doch nichts erreichen können.

Doch mit diesem schändlichen Ansinnen wird der Staatsanwalt nur bewirken, daß die Empörung über das Vorgehen der Justiz noch breiter und heftiger wird. "Die jungen Leute haben sich versöhnt. Es gibt sonst keine Geschädigten. Was geht diese Sache das Gericht überhaupt an?" – So denken jetzt schon viele. Der Staatsanwalt mischt sich dennoch ein und sorgt dafür, daß Strafen verhängt werden. Es spielt sich hierbei im Hirn des Staatsanwalts und der Richter der staatsschützende Gedanke ab, daß man nicht zulassen kann, daß Menschen ihre Angelegenheiten selber regeln, ohne daß sie diesen Staat dazu brauchen.

‚Das wirft ein Schlaglicht auf die Verhältnisse, welche der Staat schützt: In ihnen sollen sich die Massen der Profitmacherei und all ihren Folgen der Bevormundung durch den Staat unterwerfen. Der selbständige Zusammenschluß der Jugendlichen gegenüber dem Gericht hat diesmal aber dem Staat einen Strich durch die Rechnung gemacht. – (Stadtteilzelle Mannheim-Rheinau)



Plakat der Jugendlichen von Hochstätt und der Rheinau anläßlich eines gemeinsam durchgeführten Fußballspiels.

„Schlussfolgerungen aus dem Ganzen"

Im folgenden drucken wir ein Interview ab, das die KVZ mit einem Teil der vor Gericht stehenden Jugendlichen gemacht hat.

Wie kommt es eurer Meinung nach zu solchen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterjugendlichen wie die zwischen Rheinau und Hochstätt?

J.: Das passiert leicht. Wenn du mal ein bißchen angesoffen bist, dann gibt's gleich ne Klopperei.

F.: Erst mal vom Ärger im Geschäft, dann weil keine Freizeitmöglichkeiten da sind, wo man hingehen kann. Daß es zu einer Schlägerei kommt, finde ich, ist ganz normal. Weil du dich abreagieren mußt. Das ist klar. Was willst du machen?

B.: Vielleicht aus Langeweile bilden sich bei den Jugendlichen irgendwelche Interessengruppen, die halt irgendwie aus Langeweile auch zu Schlägereien kommen.

J.: Meine Meinung ist die, daß wenn einer arbeitslos ist oder mehrere, daß sie nicht wissen, was sie machen sollen, daß sie rumfahren oder wohin gehen, in eine Wirtschaft oder so, daß sie ein bißchen zuviel gesoffen haben, daß es dadurch passieren kann, daß es Schlägereien gibt. Das ist meine Meinung, weil ich es nämlich schon miterlebt habe.

Warum meinst du, daß die Jugendlichen soviel saufen?

J.: Aus Langeweile. Das habe ich auch schon erlebt, daß mal ein paar gesoffen haben wie die Löcher, einer redet mal Scheiße, der andere regt sich auf, und daß da der eine ein paar Typen holt und der andere, da gibt's ne Schlägerei.

F.: Ich glaube, die Leute saufen, weil sie meinen, wenn sie besoffen sind, dann wär's irgendwie anders. Dann meinen sie, sie haben ihre Ruhe und sehen die Dinge mal anders, nicht so, wie sie in Wirklichkeit sind.

B.: Die Jugendlichen könnten sich auch anders beschäftigen, mit Hobbies. Wenn sie z.B. Fußballspiele machen täten. Und die täten lieber das Geld, das sie versaufen wollten, in eine Kasse schmeißen und täten einen Ausflug machen, das täte ihnen mehr gefallen.

Sie können sich aber nicht auf der Straße treffen. Du mußt ja eine Stelle haben, wo du irgendwie eine Verbindung hast. Du kannst dich ja nicht einfach auf der Straße treffen und dann einen Ausflug machen oder ein Hobby betätigen. Du mußt schon Räumlichkeiten haben, wo du dich treffen kannst.

Wie sieht das auf der Hochstätt aus mit den Räumlichkeiten?

B.: Auf der Hochstätt, als ich dort noch gewohnt habe, gab es als einzige Räumlichkeit, wo man sich treffen konnte, einmal die Straße, am Müllkübel waren wir gestanden, das war die einzige Möglichkeit, was anderes gab's nicht. Oder in den Wald halt, andere Möglichkeiten gab's nicht.

Außer den Beteiligten gab es keine Geschädigten. Eine Anzeige wegen Körperverletzung wurde zurückgezogen. Wie ist es eurer Meinung nach zu erklären, daß der Staat die Anklage trotzdem aufrechterhält?

J.: Weil sie irgendwie die Rechte reinbringen sollen, daß wir wieder vernünftig werden sollen. Wir vertragen uns aber so, wir haben das gar nicht nötig, uns gegeneinander rumzukloppen. Das ist passiert und fertig ab.

B.: Ich vermute, vielleicht daß der Anklagevertreter, der die Öffentlichkeit vertritt, vielleicht irgendwie gezwungen ist, die Anklage aufrechtzuerhalten. Zweite Möglichkeit: daß sie vielleicht an diesem Beispiel zeigen wollen, daß hier immer noch ein Staat ist, der durchgreift, oder es immer noch ein Recht und ein Gesetz gibt.

J.: Ich meine, daß die Geldstrafen zu hoch sind, denn viele schaffen ja nicht, sie können meistens das gar nicht zahlen. Da kann ja mal was passieren, daß vielleicht jemand einbrechen geht, daß er es zahlen kann. Deshalb würde ich sagen, die Strafe ist zu hoch.

B.: Vielleicht ist die Öffentlichkeit an der Sache interessiert, weil sie zu wenig informiert ist, so daß vielleicht blindlings ein Interesse besteht, die Leute zu verurteilen. Daß sie gar nicht wissen, welche Hintergründe dahinter sind.

Wie bist du dir vorgekommen im Zeugenstand, als du gegen deine Freunde aussagen solltest?

F.: Ich bin mir nicht wohl vorgekommen dabei. Ich habe gemerkt, daß sie uns irgendwie gegeneinander ausspielen wollten. Es war ein ungutes Gefühl.

Ich habe auch beim Richter gemerkt, daß er uns erst zusammenziehen will, aber hintenrum, daß er jeden einzeln auseinanderbringen will.

Seid ihr der Ansicht, daß die gemeinsame Prozeßvorbereitung nützlich war, und wenn ja, warum?

J.: Ich finde, daß das nützlich war. Und ich wäre froh, wenn das weiter so bleibt. Und wenn wir die Verhandlung fertig haben, daß man dann weiter zusammenbleibt. Das wäre nämlich unheimlich riesig, weil man da noch viel draus machen könnte. Erstens daß es keine Schlägereien mehr gibt und daß wir uns gut vertragen tun.

F.: Die Versammlungen haben uns viel genützt. Ohne Versammlungen hätten sie mit uns machen können, was sie gewollt hätten. Fünf, sechs Wochen Bau und so. Und daß es weitergehen soll, finde ich sehr gut.

B.: Ich fand die Versammlungen gut, weil es das noch nie gab, daß die Jugendlichen über ihre Rechte vor Gericht beraten werden. Und daß die Jugendlichen nach so einer Sache doch dann wieder so zusammengehalten haben und auch weiterhin zusammenhalten werden.

Wenn man allein dasteht, ist man doch irgendwie verlassener und empfindlicher als wenn man irgendwie zusammen ist, in einer Gemeinschaft, da ist man viel stärker, finde ich.

Welche Schlußfolgerungen kann man aus der ganzen Sache ziehen?

F.: Ich finde, der Zusammenhalt sollte noch etwas stärker ausgebaut werden. Ich würde auch sagen, man sollte mehr Spiele machen und zusammen was tun. Baden gehen und mehr die Öffentlichkeit informieren, was überhaupt los ist.

B.: Wenn man die Schlußfolgerung von dem Ganzen beurteilen will, würde ich sagen, daß man auch in anderen Bereichen, nicht nur von der rechtlichen Seite her, die Gruppe beibehalten soll, weil man gemerkt hat, daß wenn man mehrere ist und man hält zusammen, doch irgendwie stärker ist. Also zusammenbleiben und vielleicht auch eventuelle Hobbies, Spiele oder sonst irgendwie oder auch vielleicht im Bildungsbereich was oder auch politisch irgendwie.